

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie
und Gesundheit



Sicheres Wohnquartier Gute Nachbarschaft

Handreichung zur Förderung
der Kriminalprävention im Städtebau
und in der Wohnungsbewirtschaftung



Niedersachsen

Inhalt

Einleitung 5

Sicheres Wohnquartier, gute Nachbarschaft

Theoretische Grundlagen	7
Sicherheit als städtebauliches Thema	7
Schutz bietender Raum – „Defensible Space“	8
Städtebauliche Förderung von Verantwortung	10
Kriminalpräventive Siedlungsgestaltung	11
Wachsamen Nachbarn – „Neighborhood Watch“	13
Die kriminologischen Grundlagen	14
Wirksamkeit der Kriminalprävention	16
Deutsche und europäische Perspektiven	16

Praxis der Kriminalprävention im Wohnquartier

Zur aktuellen Problematik	18
Sicherheitsdefizite im Wohnquartier	18
Handlungsperspektiven für Niedersachsen	20

Kriminalprävention im Städtebau	22
Sichere öffentliche Räume	22
Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial	25
Schaffung belebter Stadträume	26
Lösungsansatz für Großwohnsiedlungen	28
Kleine Lösungen für Nachkriegssiedlungen	32
Lernen aus der Vergangenheit	33
Kriminalprävention im verdichteten Neubau	35
Muster für den Neubau von Einfamilienhausgebieten	38
Technische Standards der sicheren Wohnung	40
Plaketten als Präventionssymbole	41

Förderung der Nachbarschaft	42
Engagement durch Beteiligung	42
Sicherheitsmanagement der Wohnungsunternehmen	44
Maßnahmen zur sozialen Kontrolle	47

Zusammenarbeit und Vernetzung	48
Prävention durch Kooperation	48
Kooperation von Polizei und Bauverwaltung	49

Freizeitpädagogische Praxisbeispiele	50
Sportangebote gegen Vandalismus	50
Integrationsprojekte	51

Quellenverweise 53

Einleitung

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit zählt zu den Grundbedürfnissen und hat für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung. Umfragen zeigen, dass die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit auch weiterhin eine große Herausforderung für die Zukunft darstellt. Subjektiv empfundene Unsicherheit ist vor allem in städtischen Lebensumfeldern festzustellen. Auf die Frage, wie sicher man sich nachts auf den Straßen der eigenen Wohngegend fühlt, weist fast ein Viertel der Bevölkerung auf Defizite hin. In großen Mehrfamilienhaus-siedlungen fällt der Anteil noch größer aus.

In diesem Zusammenhang kommt dem Erscheinungsbild im öffentlichen Raum der Städte und Gemeinden und in den Siedlungen der Wohnungsgesellschaften ein hoher Stellenwert zu. Deshalb wird die Thematik der Sicherheit im Wohnquartier und in der Nachbarschaft in der vorliegenden Handreichung gezielt aufgegriffen. Es wurden Beispiele für eine Kriminalprävention auf der kommunalen Ebene und in der Wohnungswirtschaft gesammelt, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken und die Wohngebiete sowie Stadtteile, die hier negativ auffallen, wieder stabilisieren können. Im Blickpunkt stehen dabei besonders so genannte ‚soziale Brennpunkte‘ – wie zum Beispiel Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre und mit Problemen belastete Wohngebiete in Innenstadtnähe, die von der Bevölkerung anderer Stadtteile aus Angst häufig gemieden werden. Der Verfall von Gebäuden und Wohnumgebung zieht in Verbindung mit mangelnder Identifikation der Bevölkerung Unordnung und Verwahrlosung nach sich.

Bei der Suche nach beispielhaften Lösungen für diese Problemlagen hat sich ein Wechsel vollzogen. Statt eines täterorientierten Standpunkts wird eine situationsorientierte Perspektive eingenommen. Das heißt: Das Augenmerk wird nicht mehr allein auf die Disziplinierung des Straftäters konzentriert, sondern nun erhalten auch Maßnahmen einen hohen Stellenwert, mit denen die „Tatgelegheitsstruktur“ verändert werden kann. In besonderer Weise findet dabei das Wohnumfeld und die gebaute Umwelt als Ansatzpunkt für Kriminalprävention Beachtung. Sozial angemessenes Verhalten soll durch eine entsprechende Gestaltung der Siedlung, der Gebäude und des öffentlichen Raumes bewirkt werden. Die Ergebnisse veranschaulichen, wie die Kriminalprävention in Zukunft an Wirksamkeit gewinnen kann. Weil Kriminalprävention im Wohnumfeld und Sicherheit im Wohnquartier nicht über eine einzelne Strategie, sondern nur über ein integriertes Bündel von Handlungsformen zu erreichen ist, wird ein Einblick in vier Handlungsebenen gegeben:

- die Durchführung städtebaulicher, architektonischer und baulich-technischer Gestaltungsmaßnahmen in den Wohnungen, am Gebäude und im Wohnquartier,
- die Förderung von Bürgerverantwortung und Nachbarschaftsnetzwerken im Wohnumfeld,
- die lokale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Polizei, Wohnungsgesellschaften, Stellen und Einrichtungen der Kommunalverwaltung, Trägern der Sozial- und Jugendhilfe sowie örtlichen Kriminalpräventionsräten, und
- die Integration von Probleme erzeugenden Bewohnern durch pädagogisch gestützte Freizeitangebote.

Dabei wird die Kriminalprävention im Städtebau im Vordergrund stehen. Das Spektrum der präsentierten Hinweise und Anhaltspunkte reicht von der Frage, wie die Thematik der Kriminalprävention in problematischen Stadtgebieten wirkungsvoll verankert werden kann, bis hin zu kriminalpräventiven Gestaltungsmustern im Neubau.

Ganz besonderer Dank gilt allen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Ämtern, Wohnungsunternehmen, Initiativen von Bürgern, sozialen Einrichtungen, Präventionsräten, Gleichstellungsbeauftragten und Polizeiinspektionen in Niedersachsen und in anderen Bundesländern, die an den Erhebungen teilgenommen und Textmaterialien, Pläne und Fotografien zur Verfügung gestellt haben. Die Unterstützung durch die Kommunalen Spitzenverbände und den Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen (vdw) war eine wertvolle Hilfe.

Die vorliegende Handreichung soll in den Kommunen und in der Wohnungswirtschaft Impulse geben, damit beim Wohnungsmanagement und bei der Stadtplanung künftig noch stärker die Prinzipien der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung und der Förderung von Bürgerverantwortung Beachtung finden.

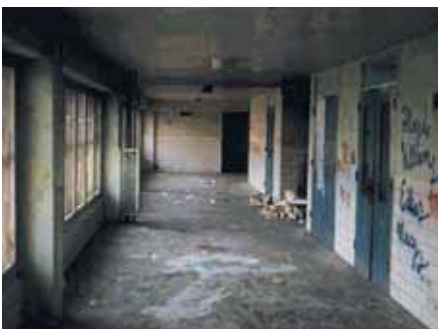
Sicherheit als städtebauliches Thema

Die Erhöhung der Sicherheit durch die Gestaltung des Siedlungsraumes und des Wohnumfeldes wurde zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika thematisiert. In den 70er Jahren hatte dort die Kriminalität in den Städten ein derart hohes Ausmaß erlangt, dass verstärkt auch über solche kriminalpräventiven Strategien nachgedacht wurde, die polizeiliche Interventionen ergänzen. Es lohnt sich einen Blick zurück zu werfen.

Wo alles anfang ...

Pruitt-Igoe: So heißt eine Großsiedlung in St. Louis, Missouri, die nach den Idealen des modernen Massenwohnungsbaus errichtet worden war. Am 15. Juli 1972 wurden die ersten drei Wohnscheiben um 15.52 Uhr nach einer kurzen Lebensdauer von weniger als 20 Jahren gesprengt, weil sich die Siedlung zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt hatte und die Kriminalitätsrate sowie die sozialen Kosten stark angestiegen waren.

Das Bild der in sich zusammensackenden Betonmassen von 11 Stockwerken erlangte via Medien große Popularität. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden außerhalb kriegerischer Handlungen große Wohnungsbestände systematisch niedergedrückt.



Pruitt-Igoe war in den Jahren von 1950 bis 1954 als öffentlich geförderter Wohnungsbau (public housing) auf der Brache eines heruntergekommenen Slumquartiers erbaut worden und bestand aus Gebäudezeilen mit rund 2.800 Wohnungen. Von den 60er bis zum Beginn der 70er Jahre war die Belegung auf ein Drittel abgesunken.

Die hohe Bewohnerdichte und die monotone Architektur hatten aus Pruitt-Igoe ein Problemgebiet gemacht. Die öffentlichen Räume waren steril sowie unbelebt; sie weckten keine soziale Bindung und förderten keine Identifizierung in der Bewohnerschaft, so dass die soziale Kontrolle nicht funktionierte. In jedem Gebäude gab es nur einen Aufzug, der ausschließlich Laubengänge in jedem dritten Geschoss bediente. Der Rest des Weges musste in unbelichteten Treppen-

häusern und über Korridore zurückgelegt werden, die auf Grund von Vandalismus und Kriminalität schnell einen bedrohlichen Charakter erhielten. Die Großsiedlung verwandelte sich allmählich in einen Albtraum aus Verfall und Gewalt. In den Laubengängen und Treppenhäusern waren Glasscherben und Abfälle verstreut. Die Korridore und die Fahrstühle waren übersät mit Graffiti; leere Wohnungen wurden innerhalb kurzer Zeit verwüstet. Die Mütter brachten ihre Kinder gemeinsam zur Schule und verabredeten sich zum Einkaufen, weil sie große Ängste hatten, allein durch die Wohnhäuser zu gehen.



Schutz bietender Raum – „Defensible Space“

Mit dem Schock von Pruitt-Igoe begann das Ende der euphorischen Ära der Moderne in Architektur und Städtebau – symbolisiert durch Namen wie Le Corbusier und Mies van der Rohe. Schon in den 60er Jahren klagte Jane Jacobs mit dem Buch „Tod und Leben der großen amerikanischen Städte“ diese Verhältnisse an. Sie kritisierte die Aufgabe der traditionellen Beziehungen zwischen Gebäuden, Fußweg und Straße zugunsten von Hochhausblocks in Parklandschaften. Denn als unbeabsichtigter Effekt der neuen städtebaulichen Form trat ein Verlust an sozialer Kontrolle im Wohnumfeld ein. Die Bewohner hatten nicht mehr die Möglichkeit, die Straße und Passanten zu beobachten. Stattdessen mussten sie den Hauseingang und den Fahrstuhl mit rd. 150 anderen Haushalten teilen und wohnten auf dem Korridor mit etwa 20 anderen Familien zusammen, ohne diese Übergangszonen aus der Wohnung einsehen zu können. Nur einkommensstärkere Haushalte konnten sich den Einsatz eines Wachmanns oder Portiers (doorman) leisten, der den Eingangsbereich, den Fahrstuhl, die Treppenhäuser und die Korridore des bewohnten Hochhauses für sie überwacht. Die ärmere Bevölkerung in den Wohnblocks und Hochhäusern des öffentlich geförderten Wohnungsbaus war dazu nicht in der Lage.

Im Jahr 1968 verabschiedete der amerikanische Kongress ein Programm zur Erhöhung der Sicherheit auf den Straßen (Safe Streets Act). Es wurde ein Budget zur Entwicklung neuer Techniken der Kriminalprävention in Architektur und Städtebau bereit gestellt. Einer der Architekten, die sich mit der raumbezogenen Kriminalprävention beschäftigten, war Oscar Newman. In einer Buchveröffentlichung des Jahres 1972 prägte er das neue Leitbild des Schutz bietenden Raumes (defensible space), der sowohl von seiner baulich-gestalterischen Gegebenheit her ‚wehrhaft‘ und ‚verteidigungsfähig‘ ist als auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern gut ‚zu verteidigen‘ ist.

Newman richtete den Blick auf (a) **reale und symbolische Barrieren**, auf (b) **planerisch definierte Bereiche der Einflussnahme** durch die Bewohnerschaft und auf (c) verbesserte **Gelegenheiten der natürlichen ‚Überwachung‘**, damit die Wohnumwelt unter der sozialen Kontrolle der Bewohnerschaft ist. Die ‚Verteidigungsfähigkeit‘ des Lebensraumes steigert die Lebensqualität, weil die Sicherheit von Familien, Nachbarschaft und Freunden erhöht wird.

Mit vier Planungsansätzen werden Schutz bietende Räume gestaltet und entwickelt; Newman bezeichnete sie als: Territorialität, natürliche Überwachung, Image und Milieu.

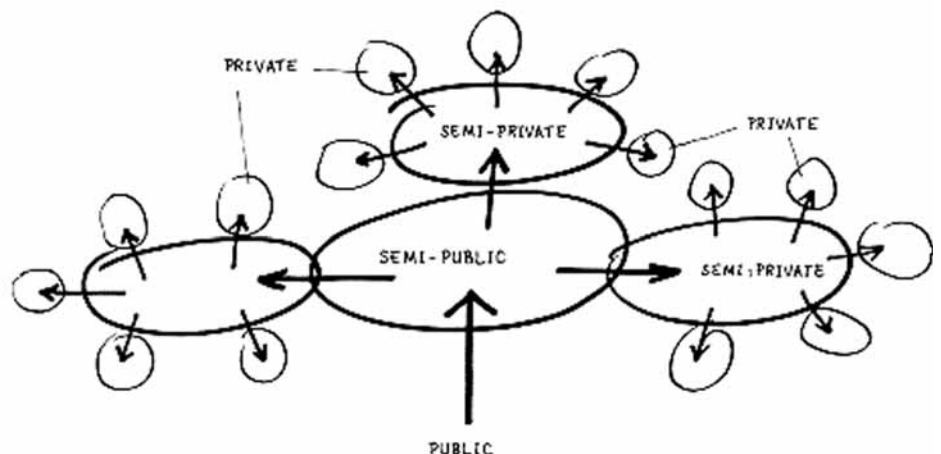
Territorialität

Mit dem Ansatz der Territorialität wird eine **Zonierung der Wohnumwelt** angestrebt, die gegenüber Fremden Barrieren schafft und den Bewohnern die soziale Kontrolle erleichtert. Für diese Zonen haben sich die **Bezeichnungen des privaten, halbprivaten / halböffent-**

lichen und öffentlichen Raumes verbreitet. Insbesondere im halbprivaten / halböffentlichen Bereich benutzen Bewohner Symbole und Zeichen, um Ansprüche des Eigentums und der Einflussnahme an einen Raum zu stellen. Wenn die Zeichen der Zonierung fehlen, setzt der Raum ‚Eindringlingen‘ gegenüber weder symbolische noch reale Barrieren. Dabei wird von einem direkten Zusammenhang zwischen Raumgestaltung, menschlichem Verhalten und menschlicher Wahrnehmung ausgegangen. Das Prinzip der Territorialität fördert unter der Bewohnerschaft Verantwortung für den jeweiligen Raum und lenkt das Verhalten Fremder in die gewünschte Richtung (im Sinne eines natürlichen Leitsystems zur Verhaltenssteuerung).

Natürliche Überwachung

In dem Ansatz der natürlichen Überwachung werden Prinzipien formuliert, wie mit **baulichen Mitteln Aufmerksamkeit in einer Nachbarschaft erzeugt** werden kann. An vorderster Stelle wird dabei auf die Ausrichtung der Fenster verwiesen, um die Sichtbarkeit (Visibilität) von Ereignissen im Wohnumfeld zu erhöhen bzw. um potenziellen Kriminellen das Gefühl zu vermitteln, beobachtet zu werden. Die Gestaltung der Gebäude und des Quartiers soll die informelle soziale Kontrolle für die Wohnbevölkerung erleichtern und fördern.



Die Zonierung der Wohnumwelt nach Oscar Newman (1972)



Das Planungsprinzip der Mini-Nachbarschaft am Beispiel eines Einfamilienhausgebietes in Cloppenburg

Image

Der Ansatz der Imageförderung durch städtebauliche und architektonische Mittel verfolgt das Ziel, ein negatives Stigma durch ästhetisch ansprechende und akzeptierte Gebäudeformen und Umfeldgestaltung zu vermeiden. In einem Wohngebiet mit gutem Image wird nicht nur das private Investment stimuliert, sondern auch das immaterielle Engagement der Bewohnerschaft.

Milieu

Die Planung von Milieus kann durch eine städtebauliche Anordnung der Gebäude erfolgen, die auf einen Bereich hoher sozialer Kontrolle ausgerichtet ist. Möglichst viele Fenster sollen auf den Bezugsraum der Nachbarschaft ausgerichtet sein. Zugleich soll ein Verhältnis von möglichst wenigen Haushalten je Hauseingang bestehen.

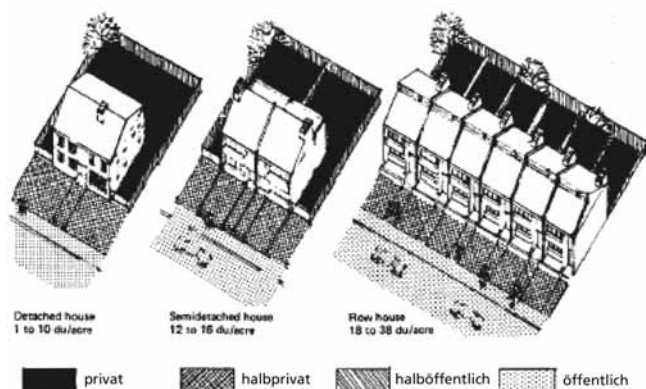
Die Proportionen und Dimensionen von öffentlichen Räumen und Freiflächen im Wohnumfeld erfordern einen Entwurf, der sich an der Sichtbarkeit und Überschaubarkeit orientiert.

Als planerische Lösung für die vier Ansätze Territorialität, natürliche Überwachung, Image und Milieu entwickelte Newman das Planungsprinzip der ‚Mini-Nachbarschaften‘ (mini-neighborhoods). Die Maßstäblichkeit darf nicht zu groß geraten, damit die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Wohnumwelt noch vollständig überblicken können. Wichtig ist dabei auch die Zuordnung von Teilflächen zu einzelnen Häusern über die Zonierung von halböffentlichen Übergangsbereichen. Die Gestaltung von Grenzen zu den privaten Räumen erfolgt durch reale Barrieren wie u-förmige Gebäude, Mauern und Zäune sowie verschließbare Tore und Türen. Die Übergänge zum öffentlichen Raum lassen sich mit symbolischen Barrieren markieren wie offene Torsituationen,

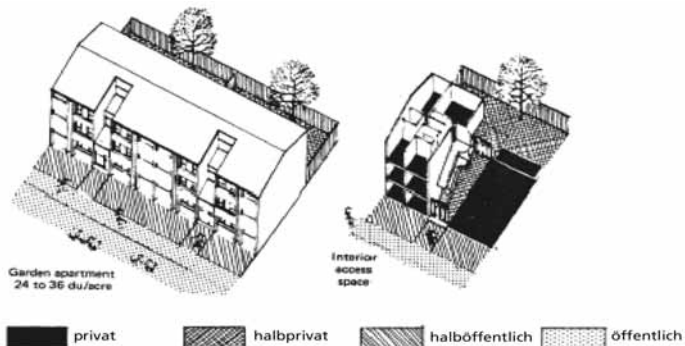
Lichtmasten, kurze Treppenabsätze, Bepflanzungen und Wechsel der Boden-textur.

Weil ‚Kleinheit‘ essenziell für die Identitätsentwicklung und die Ausbildung natürlicher Überwachungsformen ist, legte Oscar Newman eine Mini-Nachbarschaft in der Größenordnung von drei bis sechs Straßen – in der Form eines griechischen Kreuzes mit einer vertikalen und zwei horizontalen Straßen – an. Die Bevölkerung soll daran beteiligt werden zu entscheiden, in welchen Bereichen die Straßen für den Verkehr offen bleiben und wo reale Barrieren wie Tore oder Sackgassen den Zugang regulieren sollen. Um den Milieucharakter zu unterstreichen, soll der Zusammenhang einer Nachbarschaft auch an einheitlichen städtebaulichen Rahmenbedingungen zu erkennen sein. Dabei handelt es sich um: Haustypen, Hausgröße, Grundstücksgröße, Vorgärten, Dichte, Baumaterialien und Architekturstil.

Städtebauliche Förderung von Verantwortung



Zonenstruktur von Einfamilienhäusern; Quelle: Oskar Newman 1979, S. 125



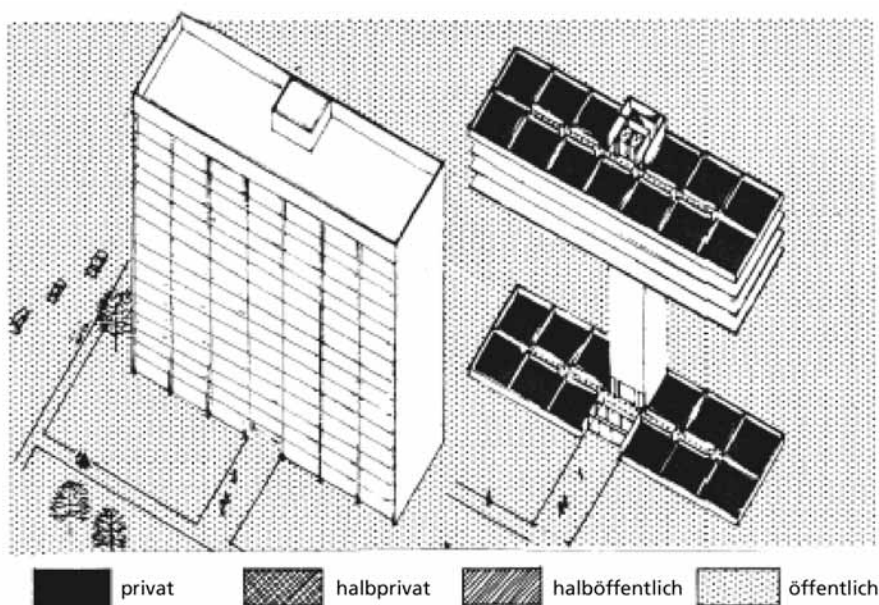
Zonenstruktur von Mehrfamilienhäusern; Quelle: Oskar Newman 1979, S. 127

Ob ein Raum Schutz bietet, hängt von der städtebaulichen Situation und von seiner Gestaltung ab. Die Sichtbarkeit definierter Begrenzungen zwischen den Zonen des privaten, halbprivaten / halböffentlichen und öffentlichen Raumes ist ein Qualitätskriterium. Ein anderes ist die Förderung von Verantwortung für den Raum unter der Bewohnerschaft. Wenn Bewohner sich für das Wohnumfeld verantwortlich zeigen, leisten sie ‚natürliche soziale Kontrolle‘; denn sie achten darauf, dass unerwünschte Handlungen – wie z.B. Verschmutzung – nicht vorkommen oder schnell beseitigt werden.

Je größer die Zahl der Personen ausfällt, die sich ein Territorium teilen, desto weniger fühlt sich der/die Einzelne verantwortlich. In anonymen Wohngebieten mit hoher Bewohnerdichte ist deshalb wenig Aufmerksamkeit für die Wohnumgebung vorhanden. Die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner können dort die Wohnumwelt kaum als ‚ihren‘ Raum identifizieren, in dem sie das Recht besitzen mitzubestimmen, was an diesem Ort stattfinden darf und was nicht. **Gebäude in Niedrigbauweise weisen deshalb geringere Kriminalitätsquoten auf als hohe, vielgeschossige Häuser.** Die inner- und außerhäusliche Öffentlichkeit ist bei komplexen Wohnhäusern kaum auf natürliche Weise zu ‚verteidigen‘. Beim **Einfamilienhaus** entfallen alle inneren Räume auf den privaten Bereich, die Freifläche unterliegt ebenfalls nur einer privaten Nutzung. Über den Vorgarten gibt es eine halbprivate Verbindung zwischen dem Haus und dem Bürgersteig

sowie der Straße als öffentlichem Raum. In **Mehrfamilienhäusern von überschaubarer Größe** (von 3 bis max. 15 Wohneinheiten) beschränkt sich der private Raum auf die einzelne Wohnung. Der Eingangsbereich und das Treppenhaus stellen bereits einen semiprivaten Bereich dar, der mit den anderen Haushalten geteilt werden muss. Wenn alle Bewohnerinnen und Bewohner Zugang zum Garten haben, unterliegt er nur halbprivaten Nutzungsbedingungen. Über den halböffentlichen Bereich eines Vorgartens und über die entsprechende Ausrichtung des Gebäudes ist eine Anbindung an den öffentlichen Straßenraum gesichert.

Bei **komplexen Wohnblocks und Hochhäusern**, d.h. nicht überschaubaren Mehrfamilienhäusern mit mehr als 15 Wohneinheiten, ist eine abgestufte Zonenstruktur von privatem zum öffentlichen Raum nicht mehr festzustellen. An den privaten Raum der Wohnung grenzen keine halbprivaten Bereiche an. Der Eingangsbereich, das Treppenhaus, die Fahrstühle und Korridore von Wohnblocks mit etwa 30 Wohneinheiten haben bereits den Charakter eines halböffentlichen Bereichs, in Hochhäusern mit 90 und mehr Wohnungen sind sie vom Charakter her sogar öffentlicher Raum. Dasselbe gilt für die Grünflächen um das Haus herum, und auch eine direkte Anbindung an die Straße fehlt meistens.



Zonenstruktur von Blocks und Hochhäusern; Quelle: Oskar Newman 1979, S. 127

Kriminalpräventive Siedlungsgestaltung

Auf der Grundlage des Leitbildes eines Schutz und Barrieren bietenden Raums entstand in den USA die Tradition einer ‚kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung‘ (crime prevention through environmental design, kurz: CPTED). Kriminalität soll durch die architektonische, freiraumplanerische und städtebauliche Gestaltung von Siedlungen vorgebeugt werden. In den USA orientieren sich Architekten, Stadtplaner, Landschaftsplaner und Designer daran, zumal als Standard für die Gestaltung der physischen Umwelt gilt, dass das menschliche Verhalten im Raum positiv beeinflusst werden soll. Insbesondere sollen auch konkrete kriminelle Handlungen erschwert werden (target hardening). „Die Gelegenheit ist Bestandteil von Kriminalität und Gestaltungslösungen von Gebäuden und Umgebungen können diesen Faktor verringern“, schrieb dazu Timothy Crowe, der Direktor des National Crime Prevention Institute (NCPI) der Universität von Louisville.

Die **Kriminalitätsrisiken** in der Umwelt können vor allem auf folgende Faktoren zurück geführt werden:

- unzureichende Belichtung bzw. Beleuchtung,
- unübersichtliche Nischen im öffentlichen Raum, z.B. in Folge verwahrloster Areale und dichter, hoher Gebüsch,
- Ecken mit illegaler Abfallentsorgung,
- isolierte Parkplätze,
- Stationen des öffentlichen Nahverkehrs ohne Anbindung an den Siedlungsbereich und
- Störungen bei der Nutzung von Plätzen durch auffällige Personen (-gruppen).

Die planerische Gestaltung der Wohnumgebung soll diese Risiken verringern. Im Rahmen von CPTED wurden dafür zehn **Leitlinien einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung** formuliert.

Einen hohen Stellenwert hat auch die **Belebung des Wohnumfeldes** – etwa durch Mischung der Wohnungsgrößen, weil es kriminalpräventiv wirkt, wenn sich zu allen Tageszeiten Menschen im Wohnquartier aufhalten.

Leitlinien einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung nach CPTED

- 1 **Gebäudevorsprünge** wie Erker sollen zur besseren Überschaubarkeit des Wohnumfeldes eingeplant werden.
- 2 Zäune, Mauern, Hecken und andere **Grenzmarkierungen** sollen abtrennen, aber nicht unübersichtliche Nischen mit Versteckmöglichkeiten erzeugen.
- 3 **Bäume und Strauchbepflanzungen** sollen strategisch platziert werden, um das wilde Parken von Fahrzeugen und eine dadurch entstehende Unübersichtlichkeit zu verhindern.
- 4 Die **Anordnung der Fenster** von Wohnungen zu Straßen, Fußwegen und Gassen soll soziale Kontrolle und Überwachung ermöglichen.
- 5 Die **Außenbeleuchtung** der Wege und Gebäude muss so konzipiert werden, dass keine dunklen Bereiche bestehen. Auch innerhalb der Gebäude darf es keine dunklen Ecken geben.
- 6 Eine engere, **nicht zu großzügige Anlage öffentlicher Flächen und Plätze** sichert informelle soziale Kontrolle.
- 7 **Parkplätze** sollten sauber und gut beleuchtet, jedoch nicht abgelegen sein, d.h. es müssen **Blickbeziehungen von Wohnungen und Wegen** aus bestehen.
- 8 Die Gebäudekonstruktion, Dächer, Eingangsbereiche und Flure sollten **keinen unkontrollierten Zugang zu halböffentlichen / halbprivaten und privaten Bereichen** erlauben. Die technischen Standards von Türen und Fenstern und die Konstruktion von Balkonen sollen die Zugangsmöglichkeiten Fremder wirkungsvoll behindern.
- 9 **Treppenaufgänge, öffentliche WC-Bereiche, Fahrstühle und Eingangszonen** sollen nicht abgetrennt, sondern offen und gut einsehbar geplant werden.
- 10 Die **Zugänge zum Haus** erfordern eine gute Einsehbarkeit von den Wohnungen aus.



Die städtebauliche Figur des Wohngebiets Neu-Siebethsburg in Wilhelmshaven weist einige Merkmale der kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung auf, z.B. übersichtliche Grenzmarkierungen in der Hausvorzone, Anordnung der Fenster zum Straßenraum, strategische Platzierung der Bepflanzung

Städtebauliche Struktur und Kriminalität

Auf der Ebene des städtebaulichen Grundrisses setzt die kriminalpräventive Siedlungsgestaltung an der Zuordnung von Standorten und Nutzungen sowie an der Entwicklung von Siedlungsachsen an. Nach neueren Untersuchungen aus Großbritannien fördern belebte Straßen (Raumachsen mit Durchgangsmobilität) und die Überschaubarkeit des öffentlichen Raumes die Sicherheit im Stadtquartier. Unübersichtliche Straßenräume mit wenig Durchgangsverkehr weisen das höchste Kriminalitätsrisiko auf. Deshalb ist man in der Nähe belebter Geschäftsstraßen mit weit reichenden Sichtmöglichkeiten sicherer vor Einbruch als in der Nähe von abseits gelegenen Siedlungsbereichen.

Die Grafik zeigt eines dieser Forschungsergebnisse: Die Täter suchen sich für Einbrüche überwiegend Standorte aus, die schnell über Wege in Grünzügen erreicht bzw. wieder verlassen werden können. Hierauf kann die Stadtplanung mit kriminalpräventiven Konzepten reagieren. Beispielsweise können die Übergangsbereiche und Fußwege zwischen Wohnquartieren und Grünflächen übersichtlicher und differenzierter gestaltet werden.



Quelle: Hillier, Shu 2002

Bewohnerschaft sowie anderen Stellen und Behörden kriminalpräventive Wirkungen für das Wohnquartier angestrebt. Vier Aspekte sind dafür charakteristisch:

- **Erweiterte Perspektive:** Die Polizei öffnet sich für andere lokale Probleme als nur die Schwerekriminalität. Dazu gehören etwa Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung, Verwahrlosung in einer Gemeinde (zerfallende Häuser, Vandalismus etc.) und alles, was die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger negativ beeinflusst.
- **Kooperation:** Bei der Identifizierung von Problemen und bei deren Lösung arbeiten die Bevölkerung und andere gesellschaftliche sowie lokale Instanzen mit der Polizei zusammen.
- **Flexibilisierung:** Bei der Problemlösung wird nicht nur auf repressive Maßnahmen gesetzt, sondern auch auf präventive Lösungen. Dabei kommt der Kriminalprävention durch Siedlungsgestaltung ein hoher Stellenwert zu.
- **Dezentralisierung:** Zur Erreichung dieser Ziele erhält die Polizei dezentrale Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen.

Wachsame Nachbarn – „Neighborhood Watch“

Die Wachsamkeit in der Nachbarschaft gilt als eine der ältesten Formen der ‚natürlichen‘ Kriminalprävention. In den USA verbreitete sich in den vergangenen Jahrzehnten das Modell der „wachsamten Nachbarn“ (neighborhood watch) als quartiers- und gemeindeorientierte Strategie der Kriminalprävention. Es handelt sich im Allgemeinen um Gruppen von Bürgern einer Straße oder eines Blocks, die mit der Polizei zur Abwehr von Kriminalität kooperieren. Kriminelle Akteure meiden Gebiete, die mit sichtbaren Zeichen auf den Zusammenhalt unter den Nachbarn und auf deren Schutzmaßnahmen hinweisen.

Die aktiven Nachbarschaftsgruppen kümmern sich aber nicht nur um Fragen der Abwehr von Kriminalität: Es ist nicht ungewöhnlich, Neighborhood Watch-Gruppen bei Reinigungsaktionen ihrer Straße und anderen Aktivitäten zu beobachten, die ihre gemeinsame Lebensqualität betreffen. Ihre Treffen sind nützliche Foren, nachbarschaftliche Probleme zu erörtern und gemeinsam Lösungswege zu suchen.

Wenn jemand eine Gruppe wachsender Nachbarn – eine Neighborhood Watch-Gruppe – aufbauen und initiieren will, sind im Allgemeinen fünf zentrale Schritte erforderlich:

- Besuch von Nachbarn zur Erklärung der Ziele, der Organisationsform und der Erfolge, wenn sie sich zu einer Gruppe wachsender Nachbarn zusammenschließen,
- Rückmeldung der Organisationsbereitschaft in der Nachbarschaft an den Ansprechpartner im Polizeidistrikt,
- Einladen der Nachbarn zu einem Treffen und Besprechung der Probleme im Wohngebiet,
- grafische Markierung des Gebietes, in dem sich die Nachbarn zusammengeschlossen haben, in einer Stadtkarte (Grenzen, zusammengehörige Straßenzüge) und Verteilung der so genannten ‚Neighborhood Watch-Karte‘ durch lokale Polizeibeamte an alle Haushalte in diesem Gebiet,

- Installation eines Neighborhood Watch-Schildes an Ein- und Ausgängen des Wohngebietes als Signal der Wachsamkeit nach außen.



Liz Carradine und ihr Hund beobachten auf Rundgängen regelmäßig den Stadtteil Jade Park in Phoenix/Arizona



Eine Gruppe „wachsender Nachbarn“ in New York



Neighborhood-Watch-Schild der Forest Lakes Owners Association

Die kriminologischen Grundlagen

Die Entwicklung der Kriminalprävention in den USA beruht auf den kriminologischen Grundlagen des „Neuen Realismus“, die in den 70er Jahren von James Q. Wilson formuliert worden sind. In der Veröffentlichung „Thinking about Crime“ von 1975 wendet sich Wilson gegen die vorherrschende Überzeugung, dass Kriminalität dann am besten gesenkt werden könne, wenn man allein die Ursachen der Kriminalität (root causes) – wie wirtschaftliche Armut und Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und rassistische Diskriminierung sowie aus Desorganisation von Gemeinden und Familien resultierende Sozialisationsmängel – bekämpfe.

Als Alternative wählte Wilson einen ökonomisch begründeten Ansatz: Er geht davon aus, dass **Kriminalität** in hohem Maße das **Ergebnis einer freien und bewussten Willensentscheidung** ist. Der potenzielle Straftäter könne Kosten und Nutzen seines Handelns abwägen und sein Verhalten entsprechend seinem Abwägungsergebnis gestalten. In ganz besonderem Maße handle derjenige Täter rational und abwägend, der ein Delikt der Massenkriminalität, wie z.B. Ladendiebstahl, Einbruch oder auch Raub begehe. Dementsprechend sind für Wilson die **individuellen Kosten kriminellen Handelns** zu **erhöhen** und sein Nutzen zu minimieren. Dies könne am besten durch eine verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen und durch eine Abschreckung in Form einer raschen, unmittelbaren Bestrafung des Täters geschehen. Wenn es gelänge, ertrappte Straftäter sicher, konsequent und hart zu bestrafen und dies auch nach außen deutlich zu machen, würden die Kosten delinquenten Verhaltens für den Täter erhöht. Konsequenterweise könne auch der rational handelnde Bürger in seinem Handeln beeinflusst werden, weil die Kosten normgerechten Verhaltens gesenkt und sein Nutzen erhöht würde.

Zerbrochene Fenster – „Broken Windows“

Der Aufsatz „Zerbrochene Fenster: Die Polizei und Sicherheit in der Nachbarschaft“ (Broken Windows: The Police and Neighborhood Safety) von James Q. Wilson und George L. Kelling erschien erstmals 1982 im amerikanischen Magazin Atlantic Monthly. Die darin entwickelte Theorie spitzt den Denkansatz des Neuen Realismus zu und begründete die moderne Methode zur Bekämpfung der Kriminalität in den USA, die unter der Bezeichnung **„Keine Toleranz“** (zero tolerance) bekannt geworden ist. Durch eine **niedrige Schwelle des Einschreitens** gegen Lärmbelästigungen, Straßenprostitution,

illegale Autorennen und andere Störungen der öffentlichen Ordnung wird versucht, das Sicherheitsgefühl des Bürgers zu stärken und den öffentlichen Raum wieder zurück zu gewinnen. **Bereits der äußerliche Verfall von Gebäuden in einem Viertel erzeuge Furcht.** Ein zerbrochenes Fenster in einem Gebäude, das nicht repariert wird, ziehe die Zerstörung der restlichen Fenster des Gebäudes innerhalb kürzester Zeit nach sich.

Dem Aufsatz von Wilson / Kelling liegen Experimente des Psychologen Philip Zimbardo zu Grunde, die aus dem Jahr 1969 stammen. Zimbardo stellte einen Wagen ohne Nummernschilder und mit offener Motorhaube in einer Straße der





Ausgeschlachtete alte Personenkraftwagen erzeugen auf Parkplätzen einen „Broken Windows“-Effekt

Bronx ab. Das Auto wurde bereits innerhalb der ersten 10 Minuten, nachdem es abgestellt wurde, von Vandalen heimgesucht. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden wurde faktisch jedes brauchbare Teil des Wagens entwendet. Danach begann eine wahllose Zerstörung: die Fensterscheiben wurden eingeschlagen, Einzelteile abgerissen, die Polster aufgeschlitzt. Von Kindern wurde der Wagen als Spielplatz genutzt. Seitdem ist klar:

Sorgloses Verhalten führt zum Zusammenbruch der informellen Kontrolle. Verschiedene Symptome eines Niedergangs, wie verlassene und verwahrloste Gebäude, angehäufter Abfall oder zerschlagene Fensterscheiben ziehen unerwünschte Personen an. Nach Wilson / Kelling bewirken sechs Faktoren oder Stufen den **Niedergang eines Wohnquartiers** und das Ansteigen der Kriminalität:

- Unordnung und Verwahrlosung bis hin zum Verfall der Umgebung,
- Furcht der Bürger vor Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität und
- das Auftreten fremder und ungebetener Personen mit einem unerwünschten Verhalten. Allmählicher Verfall lockt ungebetene Personen an, für die die Zeichen des Verfalls signalisieren, dass eine Kontrolle ihres Verhaltens in dieser Gegend nicht stattfindet oder zumindest eingeschränkt ist. Das Auftreten dieser Personen bewirkt Furcht bei den Bürgern, die sich
- zurückziehen und so eine tatsächliche Reduktion der Kontrolle verursachen. Diese verminderte Kontrolle erleichtert
- die Begehung von Straftaten. Der Anstieg der Kriminalität erhöht
- die Verbrechensfurcht und begünstigt weiter den Rückzug der „anständigen“ Bürgerinnen und Bürger. Es ziehen Bevölkerungsgruppen nach, die die Nachbarschaft sozial destabilisieren.



Dieser Prozess des städtischen Verfalls fand in der Vergangenheit in amerikanischen Großstädten häufig statt. Allerdings wurde er dadurch gebremst, dass ansässige Bürger, etwa aus Geldmangel oder wegen familiärer oder kirchlicher Bindungen, weniger Möglichkeiten hatten, Städte oder Stadtteile zu verlassen. Sie waren gezwungen, um ihre Nachbarschaft zu kämpfen und sie gegebenenfalls zurückzuerobern.



Stufen des Niedergangs eines Wohnquartiers; Quelle: Laue 2001, S. 354

Wirksamkeit der Kriminalprävention

Die Wirkungen der verschiedenen kriminalpräventiven Ansätze werden immer wieder angezweifelt. Sei es die kriminalpräventive Siedlungsgestaltung (crime prevention through environmental design), sei es die gemeindeorientierte Kriminalprävention (community policing) oder sei es das Modell der wachsamen Nachbarn (neighborhood watching) – es ist vor allem in Deutschland wenig über Evaluationsergebnisse präventiver Maßnahmen bekannt. Deshalb ist eine Initiative der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf besonders zu würdigen: Sie hat ein Übersichtsgutachten zur Wirkungsforschung von Aktivitäten der Kriminalprävention in Auftrag gegeben, um die kommunale Kriminalprävention stärker nach Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten auszurichten. Die Resultate unterstreichen die **Effektivität kriminalpräventiver Maßnahmen**:

- **Maßnahmen der Gebäude- und Siedlungsgestaltung** zeigen vor allem dann die erwünschte Wirkung, wenn Sie konsequent auf allen Ebenen von Wohnung, Gebäude und Quartier realisiert werden. Im positiven Zusam-

menspiel von Akteuren der Stadtplanung, der Architektur mit den Eigentümern und unter der Beteiligung der Fachberatung der Polizei lassen sich sichere Wohngebiete und Wohnungen entwickeln.

- Auch der Einsatz von **besonderen Wachpersonen** (in Sicherheitsfragen geschulte Mitarbeiter wie ‚Sicherheitshausmeister‘, Concierge u.ä.) erweist sich unter wohnungswirtschaftlichem Blickwinkel als sehr wirksam. Wenn beispielsweise ein ‚Sicherheitshausmeister‘ kontinuierlich im Wohnungsbestand präsent ist, bei kritischen Ereignissen Ermahnungen ausspricht oder Anzeigen einleitet und die Bewohner in Sicherheitsfragen berät, geht abweichendes Verhalten nachweislich stark zurück.
- Auf der übergeordneten lokalen Ebene kommt kommunikativen Ansätzen ein hoher Stellenwert zu. Dafür hat sich der **Aufbau von intermediären Netzwerken** (interagency-networks) – im Sinne von kommunalen Präventionsräten – bewährt, in die Schlüsselpersonen der kommunalen Öffentlichkeit, der Institutionen und Wirtschaft sowie

Bürgerinnen und Bürger eingebunden sind. Im konzertierten Vorgehen kann auf Kriminalitätsprobleme in der Gemeinde eingegangen werden. Einen wirkungsvollen Schutz bietet auch die nachbarschaftliche Organisation (wachsamen Nachbarn).

- Die Wirksamkeit von Kriminalprävention fällt bei **integrierten Programmansätzen** besonders günstig aus, wenn also mehrere Maßnahmen vernetzt ineinander greifen. Das Zusammenwirken von mehreren Maßnahmen, wie zum Beispiel die bauliche Umgestaltung einer Siedlung nach Sicherheitsgesichtspunkten (z.B. die Erhöhung der Übersichtlichkeit von Eingangsbereichen), die Verbesserung des öffentlichen Raums (Plätze, Parks, Spielplätze etc.), die Veränderung der Verfügung über Freiflächen (z.B. Mietergärten), die Einstellung von Wachpersonal bzw. von zusätzlichen Hausmeistern mit Sicherheitsfunktionen und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Planungen, hat deutliche Vorteile gegenüber der Durchführung reiner Einzelmaßnahmen.

Deutsche und europäische Perspektiven

Kriminalpräventive Siedlungsgestaltung in Deutschland

Der Zusammenhang von Sicherheit und Stadtplanung wurde in Deutschland als Thema aufgegriffen, nachdem in den 80er und 90er Jahren Gleichstellungsbeauftragte in den Städten und Gemeinden ihre Arbeit aufgenommen hatten. Sie identifizierten so genannte „Angsträume“ im Wohnumfeld und zeigten die unzureichende Berücksichtigung von Frauenbelangen im kommunalen Planungsalltag auf. Das Thema „Sicherheit in der Stadt“ erhielt aber auch durch die gewachsene Mobilität, insbesondere durch die heterogene Struktur der Zuwanderungsströme nach der Öffnung der osteuropäischen Grenzen zu Beginn der 90er Jahre einen höheren Stellenwert.

Im Jahr 1993 erkannte das Bundesministerium für Raumforschung, Bauwesen und Städtebau den Handlungsbedarf und gab ein Ressortforschungsprojekt zur Erarbeitung von Planungskriterien und Umsetzungsstrategien für eine frauengerechte Stadtplanung in Auftrag. Auch das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen ließ zu dieser Zeit einen Planungsleitfaden für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum erarbeiten. Bei der Erneuerung bestehender Stadtgebiete und bei der Planung neuer Siedlungserweiterungen sollten die Bedürfnisse und Alltagserfahrungen von Frauen stärker Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund bekam die Planung einer „sicheren Stadt“ für alle Bevölkerungsgruppen einen hohen Wert. Beispielsweise wurde die

Nutzungsmischung als städtebauliches Prinzip wieder entdeckt, an Entwurfs- und Ausführungsplanungen wurden höhere Qualitätsanforderungen gestellt und die Planungskommunikation der Bürgerbeteiligung wurde genutzt, um die Sicherheitsanforderungen in Planungsprozesse einzubeziehen. Wohnsiedlungen, die in den 90er Jahren auf der Grundlage von kinderfreundlichen, frauengerechten, familienorientierten und Generationen übergreifenden Planungsansätzen entstanden sind, zeichneten sich häufig dadurch aus, dass Angsträume planerisch vermieden worden sind.

Auf dem Weg zu einem europäischen Standard

In Deutschland blieb das Thema Verbrechenverhütung länger als in den europäischen Nachbarländern auf den täterorientierten Standpunkt konzentriert. In den Niederlanden, in Dänemark und in Großbritannien wandte sich die Präventionsdiskussion hingegen schon in den 90er Jahren den nordamerikanischen Ansätzen zu, in denen das Wohnumfeld und die gebaute Umwelt als Ansatzpunkte für Kriminalprävention besondere Beachtung finden. Im Jahr 1999 hat sich daraus in Großbritannien die „European Designing Out Crime Association“ (E-DOCA) gebildet; sie wurde 2001 mit Sitz in den Niederlanden formal gegründet. Dieser Verband will die Kriminalprävention durch Wohnumfeldgestaltung professionell weiterentwickeln. Er ist Teil der 1996 gegründeten „International CPTED Association“ (ICA), in der etwa 450 Sicherheitsexperten, Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, der Stadtplanung und der Architektur, von lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden und der Wissenschaften organisiert sind.



Logo des Europäischen Verbandes für kriminalpräventive Gestaltung (European Designing Out Crime Association, kurz: E-DOCA)

In dieser neuen Perspektive wird **kein täterorientierter Standpunkt** eingenommen, sondern ein **situationsorientierter**; d.h. das Augenmerk verlagert sich von der Disziplinierung des Straftäters zu Maßnahmen, die die „Tatgelegenheitsstruktur“ verändern und sozial adäquates Verhalten durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes beeinflussen.



Logo des niederländischen Programms „Polizeiliches Prüfkennzeichen Sicheres Wohnen“

Der Dänische Kriminalpräventionsrat hat auf dieser Grundlage einen „Leitfaden der Kriminalprävention bei der Wohnungs- und Stadtplanung“ (Guide to Crime Prevention in the Planning of Housing) herausgegeben. In Großbritannien wurde das Programm „Sicher durch Gestaltung“ (Secured By Design) angestoßen. Und in den Niederlanden wurde 1994 das Handbuch „Sicheres Wohnen“ (Veilig Wonen) veröffentlicht, in dem 55 kriminalpräventive Gestaltungsmuster für die Stadtviertelplanung, für die Bauplanung, für Funktionen innerhalb der Wohnumgebung, für die bauliche Gestaltung und für die Beteiligung sowie Verantwortung der Bewohnerschaft beschrieben sind. Dabei erkennt die Polizei mit Plaketten gelungene Gestaltungslösungen an, die Standards für den Städte- und Wohnungsbau hinsichtlich physisch-materieller Sicherheit setzen. Neben der Gestaltung spielt im aktuellen Diskurs auch das Management eine Rolle: Im Rahmen der internationalen Konferenz „Sicherheit und Kriminalprävention durch Stadtplanung“ im November 2001 in Barcelona wurden **lokale Koordinationsstellen** angeregt, in denen Stadtplanung, Polizei und soziale Arbeit in Form eines kriminalpräventiven Stadtteil- und Quartiermanagements zusammenarbeiten.

In Europa hat sich für den situationsorientierten Ansatz die neue fachliche Bezeichnung „Reduktion von Kriminalität und Kriminalitätsangst durch Stadtplanung und Architektur“ („reduction of crime and fear of crime by urban planning and architectural design“, Kurzbezeichnung:

„Kriminalpräventive Gestaltung“ Designing out crime - DOC) etabliert. Mitte der 90er Jahre wurde in der EU die Entscheidung getroffen, einen allgemeinen Standard der kriminalpräventiven Gestaltung zu verankern. Er soll Möglichkeiten eröffnen, mit gestalterischen Mitteln Kriminalität und Kriminalitätsangst abzubauen. Seit Januar 1996 treffen sich **technische Expertengruppen des Europäischen Komitees für Normung CEN** (Comité Européen de Normalisation) in Dänemark, um die Institutionalisierung eines neuen **Europäischen Standards TC 325** vorzubereiten. Es liegen bisher folgende Entwürfe vor: Kriminalitätsprävention – Stadtplanung und Gebäudearchitektur. Teil 1: Begriffe, Teil 2: Stadtplanung, Teil 3: Wohnungen, Teil 4: Büros und Geschäfte (vgl. http://www.cenorm.be/standardization/tech_bodies/cen_bp/workpro/tc325.htm). Die TC 325 wird nach Abschluss der Arbeitsgruppen Orientierungscharakter für kommunale Planungsprozesse in allen Ländern der EU haben. Die Standardempfehlung soll sich auf Wohnhäuser, Schulen und Jugendeinrichtungen, kommerzielle, industrielle und tertiäre Gewerbebereiche, Einkaufsmärkte und Einkaufszentren, Parks und Grünflächen, Freizeitzentren, öffentliche Verkehrsmittel sowie Stadtzentrum und öffentliche Räume beziehen. Unter den Kriminalitätsformen werden Einbruch, Vandalismus, Straßengewalt, Autodiebstahl, Diebstahl und Brandstiftung besonders berücksichtigt. Als Unterstützerkreis werden ins Auge gefasst: Schlüsselpersonen der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung, der Architektur und Stadtplanung, des Bauingenieurwesens, Bauunternehmen und Entwicklungsgesellschaften, Wohnungseigentümer, Ladenbesitzer, Polizei, Sicherheitsdienste, Versicherer, kommunale Dienstleistungsanbieter sowie Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Arbeit, der Bewohnerschaft, der verschiedenen Nutzerkreise und Medienleute. Die Standards sollen in Form von Planungs-, Gestaltungs- und Managementstrategien formuliert werden.

Sicherheitsdefizite im Wohnquartier

Öffentliche Sicherheit zählt zu den **Grundbedürfnissen** und ist für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung. Ausschlaggebend ist dabei nicht allein die **faktische Kriminalitätsbelastung** – als objektives Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, sondern vor allem auch das **subjektive Sicherheitsempfinden**.

Die ‚gefühlte Sicherheit‘ unter der Bewohnerschaft spielt daher zunehmend als Kriterium eine Rolle, an dem sich politische Programme und praktische Maßnahmen auf der kommunalen Ebene – etwa die Gestaltung öffentlicher städtischer Räume oder die städtebauliche Erneuerung einer Siedlung – orientieren. In die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit gehen als Faktoren mit ein: die persönliche Betroffenheit, die Berichterstattung der Medien über Ereignisse in der städtischen Öffentlichkeit, Unterschiede in den Sicherheitsansprüchen verschiedener Bevölkerungsgruppen und im Toleranzniveau gegenüber abweichendem Verhalten sowie Unterschiede in der Ängstlichkeit und im Selbstvertrauen, sich selbst schützen und Risiken vorbeugen zu können.

Umfragen zeigen, wie die öffentliche Sicherheit in der Bevölkerung subjektiv wahrgenommen und bewertet wird. Sie genießt in den Augen der Bürger eine hohe Priorität. In Westdeutschland steht der **Schutz vor Kriminalität an vierter Stelle** in der Rangfolge der Wichtigkeit von Lebensbereichen, noch vor der Arbeit und dem Einkommen. 58 Prozent der Westdeutschen betrachten den Schutz vor Kriminalität als „sehr wichtig“. Zugleich ist die **Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit** nicht stark ausgeprägt. In Westdeutschland belegt die öffentliche Sicherheit in der Rangfolge der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen den **drittletzten Platz**. Die geringe Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit bringt zum Ausdruck, wie die aktuelle Situation vor dem Hintergrund individueller Ansprüche und Wertorientierungen beurteilt wird.

Ein anderer Indikator bildet die Erwartung ab, persönlich **Opfer kriminellen Verhaltens** zu werden („Viktimisierungserwartung“). Unter der westdeutschen Bevölkerung hielten es im Jahr 1998 rund 44 Prozent für sehr wahrscheinlich oder für wahrscheinlich, dass Sie innerhalb der nächsten Monate angepöbeln oder bedroht, bestohlen, geschlagen oder verletzt, überfallen, beraubt oder Opfer eines Einbruchs werden.

Verglichen mit der Situation zu Beginn der 90er Jahre, als nach der Öffnung der osteuropäischen Grenzen eine hohe Zuwanderung von Fremden in die westdeutschen Städte und Gemeinden statt-



Sorgloses Verhalten im Umfeld der Abfallcontainer und zuglechte Briefkästen verunsichern die Nachbarn

find, haben sich diese Zweifel inzwischen verringert: Der Anteil der Befragten, die es als wahrscheinlich ansehen, Opfer eines der genannten Verbrechen zu werden, ist seit 1993 um rund ein Viertel zurückgegangen. Dennoch hat immer noch knapp die Hälfte der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität.

Subjektiv empfundene Unsicherheit bezieht sich häufig auf das **unmittelbare Lebensumfeld**. In einer aktuellen repräsentativen Umfrage erklärten fast **ein Viertel der Befragten**, dass sie sich **nachts auf den Straßen der eigenen Wohngegend nicht sicher** fühlen. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass den Bürgerinnen und Bürgern vor allem das tägliche Erleben von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung in ihrem Wohnquartier Angst macht.

Obwohl nur ein kleiner Teil der Bevölkerung – von weniger als 10 Prozent – Opfer von Straftaten wird, liegen die Einschätzungen, Opfer zu werden, um mehr als das Doppelte darüber. Diese Dominanz des subjektiven Empfindens gegenüber der faktischen Gefahr wird besonders von den wahrgenommenen Zuständen im öffentlichen Siedlungsraum und in den Verkehrsräumen des Personennahverkehrs beeinflusst. Deshalb sind die Städte und Gemeinden, aber auch die Wohnungswirtschaft gefordert, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in belasteten Wohnquartieren durchzuführen.

Betroffene Gruppen und Orte

Das Sicherheitsempfinden ist bei einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgeprägt. **Frauen** ist im Allgemeinen der Schutz vor Kriminalität wichtiger als Männern und **älteren Menschen** wichtiger als jüngeren. Auch die Angst, Opfer kriminellen Verhaltens zu werden, ist bei Frauen höher als bei Männern. Und oft fühlen sich die unteren und oberen Altersgruppen stärker bedroht als die mittleren. Ältere Menschen schätzen sich z.B. als besonders

Subjektive Erwartung in Westdeutschland, Opfer verschiedener Delikte zu werden

	Selbst eingeschätzte Wahrscheinlichkeit ¹⁾ ... zu werden (in Prozent)				
	überfallen und beraubt	Opfer eines Einbruchs	geschlagen und verletzt	angepöbelt und bedroht	bestohlen
Geschlecht					
Frauen	18	31	12	29	40
Männer	10	28	8	20	38
Alter					
18-29jährige	14	25	11	29	24
60 Jahre u. älter	16	32	12	20	26
Gemeindegröße					
Unter 20.000 EW	7	23	6	14	17
100.000-500.000 EW	19	31	12	38	29
über 500.000 EW	19	35	13	28	29
Wohnform					
Eigenes Haus	11	33	8	20	24
Miethaus, 2-9 WE	17	26	12	30	25
Miethaus, 10 u.m. WE	18	30	12	27	26

¹⁾ Anteile der Antworten „wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich“; Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998 / Statistisches Bundesamt

verletzlich und wenig wehrhaft ein und Frauen haben eine ausgeprägte Angst vor der Traumatisierung durch Sexualdelikte.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch auf der Ebene der **Siedlungsstruktur**: In den alten Bundesländern findet sich ein eindeutiger Zusammenhang mit der Gemeindegröße, weil die Empfindung von Unsicherheit mit zunehmender Größe des Wohnorts wächst. In der Regel wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden, in kleineren Gemeinden geringer eingeschätzt als in Städten. Vor allem in **Großstädten** leben ein Viertel bis ein Drittel der Einwohnerschaft mit dieser Furcht. Die Verschiedenartigkeit der Bevölkerungsgruppen in der Nachbarschaft führt in den Städten zu Konflikten und zu einem geringeren sozialen Zusammenhalt. Besonders betroffen sind bestimmte **Wohnformen**: Denn Mieter in größeren Mietwohnanlagen sehen es als überdurchschnittlich wahrscheinlich an, z. B. Opfer von Körperverletzungsdelikten, Raubüberfällen und Diebstählen zu werden.

Tatsächliche Kriminalitätsbelastung und subjektive Bewertung der Sicherheit

Tatsächliche Kriminalitätsbelastung: In den vergangenen 12 Monaten wurden in Westdeutschland ... (in Prozent)	
bestohlen	6
bedroht	8
geschlagen	1
Subjektive Bewertung der Sicherheit: Wie sicher fühlen Sie sich nachts in Ihrer Wohngegend? (in Prozent)	
sehr unsicher	5
unsicher	19
Einschätzung der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit (in Prozent)	
unzufrieden	16

Datenbasis: Euromodul 1999, 2000 / Statistisches Bundesamt

Handlungsperspektiven für Niedersachsen

Es gibt in Niedersachsen und in benachbarten Ländern eine Reihe von guten Beispielen, an denen deutlich gemacht werden kann, wie in Wohngebieten die subjektive Verunsicherung abgebaut, das objektive Kriminalitätsrisiko verringert und das nachbarschaftliche Miteinander wieder stabilisiert werden kann. Folgende Perspektiven spielen dabei für die Städte und Gemeinden sowie für die Wohnungswirtschaft eine Rolle:

- Wenn Menschen in ihrem Wohnumfeld Kriminalitätsangst haben, hängt dies im Allgemeinen von der **Qualität des öffentlichen Raumes** ab. Für Unsicherheitsbereiche in der Quartiersöffentlichkeit hat sich die Bezeichnung der „Angsträume“ verbreitet. Sensible Bevölkerungsgruppen wie Senioren, Frauen und Kinder fühlen sich im öffentlichen Raum sicher, wenn andere Menschen in der Nähe sind, wenn die Orte belebt, abends gut beleuchtet und übersichtlich bepflanzt sind, wenn Blickbeziehungen gute Orientierungsmöglichkeiten bieten und keine Versteckmöglichkeiten vorhanden sind. Im Abschnitt „Sichere öffentliche Räume“ werden Gestaltungsbeispiele für die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum präsentiert.
- Ein hohes Maß an subjektiver Unsicherheit wird auch in Stadtgebieten mit einer räumlichen Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen festgestellt. Das Zusammenleben verschiedenartiger Bevölkerungsgruppen mit schwierigen Lebensperspektiven verläuft konfliktreich. Die großen Probleme sind die Armutsentwicklung auf Grund von Arbeitslosigkeit sowie Einwanderung und Desintegrationsgefahren auf Grund der Randständigkeit einzelner Bevölkerungsgruppen. Die Nachbarschaften funktionieren oft nicht mehr und es gibt kaum noch Regeln eines geordneten Miteinanders. Im Abschnitt „Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial“ wird beschrieben, dass vor allem zwei **Gebietstypen** im Blickpunkt stehen: erstens heruntergekommene

innenstadtnahe Armutsquartiere und zweitens Großwohnsiedlungen mit einem hohen Anteil an Belegrechten.

- Die modernen Prinzipien des Städtebaus folgen dem in der Charta von Athen formulierten Leitbild der Funktionstrennung. Die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Einkaufen und Erholung in der Freizeit werden voneinander isoliert. In der Folge entstanden Stadträume, die nur einseitig und zeitlich begrenzt genutzt werden. Einkaufstraßen, die abends menschenleer sind, wirken genauso wie tagsüber verwaiste Wohnstraßen eher verunsichernd. Unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten gilt die **Belebung des Stadtraumes** als ein zentrales Ziel: Durch die Anwesenheit anderer Menschen erhöht sich das Sicherheitsgefühl des Einzelnen und potenzielle Regelverletzer werden durch das Risiko, beobachtet zu werden, abgeschreckt. Im Abschnitt „Schaffung von belebten Stadträumen“ werden Hinweise gegeben, wie das städtebauliche Planungsprinzip der Nutzungsmischung die Belebung von Quartieren fördert.
- Viele **Großwohnsiedlungen** der 60er und 70er Jahre bestehen aus erneuerungsbedürftigen Wohnungsbeständen mit einem hohen Anteil von Belegrechten. In der Siedlung konzentrieren sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Einwanderer aus anderen Kulturen, Sucht- und psychisch Kranke. Diese Bewohnerstruktur erzeugt in Verbindung mit der Anonymität der Siedlungsstrukturen und Gebäudeformen ein hohes Maß an Verunsicherung. Die städtebaulichen Probleme – wie z.B. schlechte Bausubstanz, heruntergekommene und unwirtliche öffentliche Räume, fehlende oder verwahrloste Grün- und Freiflächen, Mangel an Gemeinschaftseinrichtungen, fehlende Nutzungsmischung und das Fehlen von Verantwortlichkeit – verstärken diesen Eindruck. Dass sich solche

Stadtgebiete im Rahmen von Prozessen der Stadterneuerung, in die kriminalpräventive Handlungskonzepte explizit integriert sind, positiv entwickeln lassen, wird im Abschnitt „Lösungsansatz für Großwohnsiedlungen“ veranschaulicht.

- Nicht alle Siedlungen, in denen Sicherheitsdefizite bemängelt werden, können im Rahmen der Stadterneuerung umfassend revitalisiert werden. Ein typisches Beispiel sind **Nachkriegssiedlungen**, in denen die Bevölkerung über die vergangenen Jahrzehnte gealtert ist. Im Rahmen der Kundenorientierung können Wohnungsunternehmen Maßnahmen veranlassen, die gezielt auf das Sicherheitsbedürfnis der älteren Mieterschaft eingehen. Der Abschnitt „Kleine Lösungen für Nachkriegssiedlungen“ vermittelt dies exemplarisch.
- Ein Blick auf den Wohnungsmarkt macht deutlich, dass die besonders nachgefragten Quartiere dem Sicherheitsbedürfnis in vielfältiger Weise entsprechen. Beim näheren Hinschauen entdeckt man **Gestaltungsmuster der Gründerzeit** – wie z.B. der Erker – und **des Wohnungsbaus der 20er sowie der 30er Jahre** – wie z.B. die Ausrichtung der Fenster zur Straße, die Vergabe von Mietergärten am Haus, die ein hohes kriminalpräventives Potenzial aufweisen. Sie fördern die Beobachtung der Ereignisse im Wohnumfeld und festigen die nachbarschaftliche Sozialstruktur. Diese bewährten Muster einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung sollen aus dem Altbaubestand in die Baukultur des Neubaus übertragen werden. Unter dem Motto „Lernen aus der Vergangenheit“ findet das in einem Abschnitt Berücksichtigung.



Kriminalprävention im Wohnquartier

Sicherheit lässt sich im Wohnquartier nicht über eine einzelne Strategie, sondern nur **über ein integriertes Bündel von Handlungsformen** bewerkstelligen. Insgesamt werden in der vorliegenden Handreichung **vier zentrale Perspektiven** behandelt:

- **Durchführung städtebaulicher, architektonischer und baulich-technischer Maßnahmen** in den Wohnungen, am Gebäude und im Wohnquartier,
 - **Förderung von Bürgerverantwortung** und Nachbarschaftsnetzwerken im Wohnumfeld,
 - **lokale Zusammenarbeit**, insbesondere zwischen Polizei, Wohnungsgesellschaften, Stellen und Einrichtungen der Kommunalverwaltung sowie örtlichen Kriminalpräventionsräten,
 - **Integration von Bewohnergruppen** durch Angebote von sozialen Infrastruktureinrichtungen – mit dem Ziel der Verbesserung der Sozialisationsbedingungen von Jugendlichen im Wohngebiet und der Verringerung von abweichendem Verhalten erzeugenden Situationen.
- In den großen Städten herrscht ein aktives Geschehen auf den Wohnungsmärkten. In Folge internationaler Zuwanderung und hoher regionaler Mobilität weisen neue Wohngebiete eine große Vielfalt verschiedener Bevölkerungsgruppen auf. Um das Unsicherheit fördernde Nebeneinander fremder Menschen und fremder Kulturen in vertrauensvolle Nachbarschaften wandeln zu können, ist eine **Planung und Entwicklung von Neubaugebieten** nach Kriterien einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung erforderlich. In den Abschnitten „Kriminalprävention im verdichteten Neubau“ und „Muster für den Neubau von Einfamilienhausgebieten“ werden gute Lösungsansätze exemplarisch dargestellt.
 - Eine große Bedeutung für die Vermeidung von Kriminalität und Unsicherheit hat die „Technoprävention“ an der Schnittstelle zwischen privater Wohnung

und Quartiersöffentlichkeit. In einigen Bereichen (spez. Diebstahl und Einbruch) ist durch **technische Maßnahmen der Taterschwerung** (Wegfahrsperren, bessere Schlösser, gesicherte Fenster etc.) eine erhebliche Reduzierung des Opferrisikos möglich. Dazu werden Erläuterungen im Abschnitt „Technische Standards der sicheren Wohnung“ gegeben. In dem weiteren Abschnitt „Plaketten als Präventionssymbole“ wird beispielhaft beschrieben, wie die Polizei mit einer Checkliste und Beratungsgesprächen den privaten Gebäude- bzw. Wohnungsschutz fördern kann. Wenn die geforderte Sicherheitstechnik installiert wird, erhalten die Wohnungsinhaber bzw. Hauseigentümer eine Plakette, die zur Abschreckung potenzieller Einbrecher außen am Haus über die Sicherungsmaßnahmen informiert.

- Ein sicheres Wohnumfeld resultiert aus dem Engagement und aus dem Verantwortungsbewusstsein der Bewohnerschaft. Wenn die Wohnungsunternehmen **Nachbarschaften initiieren**, die sich für das Wohnquartier verantwortlich fühlen, wird Kriminalität und Unsicherheit durch die gemeinschaftliche Entschlossenheit vorgebeugt. Nach dem Motto "Hinsehen statt Wegsehen" oder "Nachbarn helfen Nachbarn" können Bürgerinnen und Bürger zur Zivilcourage und Selbsthilfe motiviert werden. Auf ausgewählte wirkungsvolle Handlungsbeispiele wird im Kapitel „Förderung der Nachbarschaft“ hingewiesen.
- In der **Zusammenarbeit** mit anderen lokalen oder regionalen Akteuren haben Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, ein präventives Milieu zu schaffen, das positiv auf die Wohnungsbestände ausstrahlt. Die Mitwirkung der Wohnungswirtschaft in Präventionsnetzwerken ist ein Faktor, der Sicherheit im Wohnumfeld fördert. Eine vorbeugende Bekämpfung der Ursachen sowie der Bedingungen von Kriminalität und die Förderung sozial erwünschten Verhaltens sind Aufgaben, die von allen gesellschaftlichen Gruppierungen zu leisten sind. Wichtige Partner sind hier zuerst Eltern, Nachbarschaften, Schulen, Kirchen und Vereine. Es können

aber auch andere lokale Institutionen einbezogen werden wie zum Beispiel Fachbereiche der Kommunalverwaltung, Träger der Sozial- und Jugendhilfe oder Interessengemeinschaften von Einzelhändlern. Im Kapitel „Zusammenarbeit und Vernetzung“ werden nachahmenswerte Anregungen gegeben.

- Die Ursachen von Kriminalität und Gewalt sind vielschichtig. Als Gründe werden immer wieder soziale Missstände, Existenzunsicherheit und Perspektivlosigkeit, Konsumorientierung, Reizüberflutung und Wertewandel sowie der Verlust der familiären Geborgenheit genannt. Die Städte und Gemeinden können im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit der Jugend-, Sozial- und Familienpolitik zur Ursachenbekämpfung beitragen. Ausreichende Angebote für Jugendliche, Strategien zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger usw. können den Ursachen entgegenwirken. Sie verursachen bei den Kommunen zwar zunächst Kosten, können sich aber im Ergebnis wegen der Vermeidung anderer Folgekosten rechnen. Auch die Wohnungswirtschaft kann im Zusammenwirken mit freien und kommunalen Trägern **integrative Angebote und Infrastruktureinrichtungen** schaffen, die das Bedrohungspotenzial deutlich verringern. Dies wird auf Anwendungen bezogen im Kapitel „Freizeitpädagogische Praxisbeispiele“ dargestellt.

Die Handreichung ist ein Plädoyer, die Ursachenbekämpfung bei der Bauleitplanung zu beginnen. Städte und Gemeinden können bereits dort das subjektive Sicherheitsempfinden und die objektive Sicherheitslage berücksichtigen. Innerhalb des engen Rahmens der vielen kleinen alltäglichen Entscheidungen in der Kommunalpolitik, aber auch in der Bestandsbewirtschaftung der Wohnungsunternehmen können die Sicherheitsinteressen der Bürger bzw. Kunden Berücksichtigung finden.

Sichere öffentliche Räume

Der Zustand der öffentlichen Räume ist in den vergangenen Jahren in die Kritik geraten. Viele Bürgerinnen und Bürger meiden Plätze in der Stadt, weil sie sich dort unwohl fühlen und teilweise auch Angst vor Kriminalität haben. Einige öffentliche Bereiche in der Stadt sind sogar zu „Angsträumen“ geworden. Besonders bemängelt wird die Unübersichtlichkeit – beispielsweise wenn labyrinthische Wegführungen von Stadtplätzen durch Büsche und Bäume so zugewachsen sind, dass keine Blickbeziehungen über das gesamte Areal möglich sind. Weil solche Platzsituationen eine Vielzahl von Versteckmöglichkeiten vermuten lassen und weil die Orientierung mangelhaft ist, werden selbst tagsüber Umwege um diese Bereiche herum in Kauf genommen. Dies führt zu einer schwachen Nutzung durch die Anwohner. Mit dem Fortbleiben von Menschen unterbleibt auch eine soziale Kontrolle in Form gegenseitiger Beobachtung und Rücksichtnahme, so dass sich sozial unangepasste Personen mit auffälligen Verhaltensweisen die unkontrollierten Räume aneignen und die Orte mit Abfällen verschmutzen.

Gestaltungskriterien

Um öffentlichen Räumen in der Stadt diesen Angstcharakter zu nehmen, werden neuerdings kommunale Programme zu ihrer Umgestaltung aufgelegt. Dabei greifen die Freiraumplanung und die Stadtplanung auf „Muster“ der Gestaltung zurück, die den Stadtraum übersichtlich ordnen und wieder Blickbeziehungen und Transparenz herstellen. Häufig wird dabei Bezug genommen auf die „Muster-Sprache“ der Architektengruppe um Christopher Alexander; typische Muster sind:

Positiver Außenraum: Der Außenraum ergibt sich nicht als Restfläche zwischen Gebäuden, sondern wird als geordnete Freifläche geplant, die intensiv genutzt werden kann. Positiv wird ein Außenraum durch einen gewissen Grad an Abgeschlossenheit, etwa durch Gebäudeflügel oder niedrige Buschreihen. So erhält er eine wahrnehmbare Gestalt und erlaubt Blickbeziehungen zwischen allen Bereichen.



Kleine Plätze: Wenn Plätze zu groß sind, wirken sie verlassen und trostlos. Außerdem lassen sich überdimensionierte öffentliche Plätze nicht gut überschauen: Auf Plätzen mit rund 20 m Durchmesser fühlen sich Menschen miteinander verbunden. Das Gesicht einer Person ist bei 20 m Entfernung gerade noch erkennbar und eine laute Stimme kann in der Stadt über 20 m gerade noch gehört werden. Durch die Nähe und gegenseitige Wahrnehmung kommen Verwahrlosung und Verschmutzung auf kleinen Plätzen kaum vor.

Textur (Oberfläche) der Wegeflächen und Zuordnung von Gebäuden:

Straßen und Wege sollen zum Verweilen einladen und nicht nur zur Passage. Der öffentliche Fußgängerraum im Freien muss



Introvertierter öffentlicher Raum: Quartierpark Kronsberg



Der extrovertierte Fiedelerplatz in Hannover-Döhren

deshalb mit Gestaltungsmitteln wie z.B. Baumreihen gefasst und zugleich transparent gemacht werden. Wenn der öffentliche Raum von Wegen und Plätzen zu den Gebäudefronten hin offen bzw. einsehbar bleibt, funktioniert auch die soziale Kontrolle der Beobachtung und des Interesses für die Ereignisse in der Öffentlichkeit.

Bündelung von Aktivitäten: Gemeinbedarfseinrichtungen – wie Kioske, Läden, öffentliche Einrichtungen – sollen an kleinen Plätzen gebündelt werden, damit öffentliches Leben entstehen kann. Wenn sich möglichst viele persönliche Wege an Plätzen kreuzen, vermittelt die Belebtheit ein Sicherheitsgefühl.

Introvertierte und extrovertierte Stadträume

Der Charakter eines öffentlichen Raumes hat Bedeutung für die kriminalpräventiven Wirkungen. Zu unterscheiden sind dabei ‚introvertierte‘ und ‚extrovertierte‘ Stadtplätze. Introvertierte öffentliche Räume sind nach innen gerichtet und die Kontrolle des Zugangs macht das wesentliche Merkmal der Prävention aus. ‚Extrovertierte‘

Plätze orientieren sich nach außen, wobei die gezielte Öffnung und das Herstellen von Sichtbeziehungen zur umgebenden Bebauung präventiv wirken.

Beispiel eines introvertierten Platzes: Bei der Planung des neuen Stadtteils **Kronsberg in Hannover** wurde beispielsweise ein **Quartierpark** geschaffen, der für die Bewohner der angrenzenden Quartiere einen halbprivaten Charakter



Neue Transparenz des Thorner Markts in Lüneburg-Kreideberg

Stellungnahme Uta Bookhoff-Gries, Stadtbaurätin in Hannover

Auf dem Gebiet der Stadtplanung können wir Rahmenbedingungen schaffen, die zu einer Verminderung der Kriminalität beitragen. Daher wird jeder Bebauungsplanentwurf der Polizeidirektion Hannover zur Stellungnahme übersandt. In Einzelfällen haben Stadtplanung und Polizei kriminalpräventive Sicherheitskriterien erörtert, u.a. bei den Planungen für die Wohngebiete am Kronsberg. Unsere Leitlinie dabei war, so viel Sicherheit wie möglich durch Vorkehrungen im Bebauungsplan zu erreichen. Wir achten beispielsweise darauf, dass Baugrenzen und –linien für Geschosswohnungshäuser so angeordnet werden, dass die späteren Gebäude einsehbar sind und damit einer stärkeren sozialen Kontrolle unterliegen als andere Bereiche.

Wir empfehlen, die Straßen und Wege in den Wohnquartieren so zu planen, dass freie Fluchtwege entstehen. Außerdem sollte eine ausreichende Beleuchtung insbesondere der Wege sichergestellt und die Bepflanzung von Hecken und Sträuchern entlang der Wege vermieden werden. Hauseingänge sollten nach Möglichkeit zur Straßenseite hin orientiert sein. Insgesamt kann zur Kriminalitätsvermeidung jedoch die Ausbauplanung mehr beitragen als die Stadtplanung.



hat. Die Fläche wurde rundherum umzäunt und mit einer Buchenhecke vor Sicht von außen geschützt. Zur Kriminalprävention auf der nicht einsehbaren Fläche und zur Vermeidung von nächtlichem Vandalismus und Umtrieben wird der Quartierpark von einem Wach- und Schließdienst bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen.



Beispiel eines extrovertierten Stadtplatzes: Für die Gestaltung des **Fiedelerplatzes in Hannover-Döhren** wurden nur niedrige, transparente Abgrenzungselemente (z.B. Sitzmauern), niedrige Pflanzen und unterschiedliche Texturen des Belagmaterials verwendet. Dadurch wurde er mit dem belebten Straßenraum der Wohnumgebung verknüpft. Die Toiletten wurden saniert und werden regelmäßig von Reinigungsdiensten gewartet. Im Rahmen von **Bürgerbeteiligung** wird unter der Bewohnerschaft des Stadtquartiers Verantwortung für den öffentlichen Raum und für Stadtplätze gefördert.

Umsetzungsbeispiele

Die Neugestaltung der Plätze folgt Kriterien der kriminalpräventiven Gestaltung: Die Unübersichtlichkeit wird beseitigt, indem die dichte und hohe Randbepflanzung durch niedrige Gewächse (unter 80 cm) ersetzt wird. Dabei werden versteckte Nischen, die sich zuvor beispielsweise Jugendcliquen oder Alkohol trinkende Gruppen angeeignet hatten, den Blicken wieder zugänglich. Nach der **Beseitigung von Barrieren** wie hohe, dunkle Sträucherreihen, Koppelzäune und Hochbeete in Waschbetonsockeln werden die Plätze licht zum Stadtraum geöffnet. Die **Öffnung der Ränder** stellt den Sichtkontakt zu der gegenüber liegenden Bebauung her. Von

Planungsempfehlungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes

- **Soziale Kontrollierbarkeit des öffentlichen Raumes:** Orientierung der Wohnungen zu Straßen und Plätzen hin.
- **Ausweichmöglichkeiten, Alternativ- und Fluchtwege:** Ergänzende Wege zu Unterführungen und zur Querung von unübersichtlichem Gelände planen.
- **Geringe Abstände:** Die Entfernungen zwischen Wohnbauten und öffentlichen Aufenthaltsbereichen wie Plätzen oder Haltestellen des ÖPNV müssen einen Sicht- und Rufkontakt ermöglichen.
- **Vollständiger Einblick:** Nischen, Ecken, Gebüschränder u.ä. Bereiche des öffentlichen Raumes müssen rechtzeitig einsehbar sein; Versteckmöglichkeiten sollen planerisch ausgeschlossen werden.
- **Beseitigung von Barrieren:** Auslichten von Bepflanzungen, Umgestaltung unübersichtlicher Bereiche mit Ziel, wieder Transparenz herzustellen.
- **Beleuchtung von Wegen:** Ausreichende Beleuchtung von Übergangsbereichen und Durchquerungsstrecken im öffentlichen Raum; Vermeidung von Dunkelzonen durch enge Leuchtenstellung und Vermeidung von Verschattungen durch Gewächse zur Sicherung der Erkennbarkeit von Gesichtern in einer Entfernung bis zu mindestens 4 Metern.
- **Verweilbereiche:** Erhöhung der sozialen Kontrolle im Sinne gegenseitiger Beobachtung und Rücksichtnahme durch geschickte Anordnung von Verweilmöglichkeiten.
- **Aufenthaltsqualität:** Attraktive Gestaltung der Orte; Anregung zum Aufenthalt.
- **Schaffung sozialer Infrastruktureinrichtungen:** Belebung des öffentlichen Raumes durch die Nutzer von Gemeinbedarfseinrichtungen (wie z.B. Treffpunkte, Kinderbetreuung, Läden, Straßencafés und Kioske)
- **Ausstattungs-system:** Durchdachte Anordnung der Poller, Telefonzellen, Altstoffsammelcontainer, Straßenschilder, Straßen- / Fußweglaternen, Sitzgelegenheiten, Fahrradständer zur Belebung von Standorten, aber ohne Beeinträchtigung der Übersicht; gut sichtbare Platzierung von Notrufsäulen und evtl. Videoüberwachung konfliktreicher Orte.

den angrenzenden Wohnungen, Läden und Straßencafés aus wird der Platz wieder kontrollierbar.

Die komplette Neugestaltung von Stadtplätzen erfordert einen relativ hohen Einsatz kommunaler Finanzen. Städte wie **Lüneburg** haben einfache und preiswerte Lösungen zur Umgestaltung von Brennpunkten des öffentlichen Raumes gefunden. Die ‚minimalistische‘ Erneuerung des Thorner Markts im Lüneburger Stadtteil Kreideberg nahm nicht mehr als 15.000 € an Haushaltsmitteln in Anspruch: Zum Stadtraum hin wurden Hochbeete und deren undurchsichtige Verbuschung beseitigt. Das Grünflächenamt pflanzte am Rand niedrige Gewächse ein, um Sichtbeziehungen zu Straße und Parkplätzen wieder herzustellen, und modellierte den ehemaligen Standort der Hochbeete als offene Grünfläche. Erneuert wurden Bänke und Abfallkörbe; die Wege wurden verbreitert und eine Treppe in eine behindertengerechte Rampe umgewandelt. Ansonsten wurde der Platz im Planungszustand der 70er Jahre belassen.



Quartiersplatz im Neubaugebiet „Am Park“ in Sehnde, OT Ilten

Die auf die Sicherheit orientierte Strukturierung des Wohnumfeldes folgt ähnlichen Prinzipien. Hier soll eine übersichtliche Gestaltung die Blicke aus dem privaten Bereich in das Wohngebiet lenken. Im Baugebiet „Am Park“ in **Sehnde-Ilten** wurden der zentralen Erschließungsstraße kleine Plätze zugeordnet. Der öffentliche Raum steht quasi ‚im Blickpunkt‘. In Neubaugebieten von **Neustadt am Rübenberge** wurde dieser Effekt mit einem Rückgriff auf das alte Muster des „Angers“ erreicht.

Ansprechpartner:

Landeshauptstadt Hannover
 Thomas Göbel-Groß
 Stadtplanungsamt, OE 61.7 / STG
 Rudolf-Hillebrecht-Platz 1
 30159 Hannover, Tel. 0511 / 168-44723

Stadt Lüneburg
 Gert Wittmoser
 Fachbereich Stadtgrün & -Service
 Rathaus
 21335 Lüneburg, Tel. 04131 / 8709-11

Stadt Sehnde
 Herr Kraft
 Stadtplanungsamt
 Nordstraße 21
 31319 Sehnde, Tel. 05138 / 707-0

Stadt Neustadt / Rbge.
 Herr Wippermann
 Team Stadtplanung
 Nienburger-Str. 31
 31535 Neustadt / Rbge., Tel. 05032 / 84283

Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial

Stadräume mit einer **räumlichen Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen** wurden in einer Studie des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft als **„überforderte Nachbarschaften“** bezeichnet. Dort leben überdurchschnittlich viele Bevölkerungsgruppen mit einer schwierigen Lebensperspektive wie zum Beispiel Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Sucht- und psychisch Kranke. Auch Alleinerziehende, Zuwandererfamilien aus anderen Herkunftsländern sowie ältere Menschen mit einer niedrigen Rente prägen das Bild der Bewohnerschaft. Die großen Probleme dieser Stadtgebiete sind einerseits die Armutsentwicklung auf Grund von Arbeitslosigkeit sowie Einwanderung und andererseits Desintegrationsgefahren auf Grund der Randständigkeit dieser Bevölkerungsgruppen. Insbesondere den Kindern und Jugendlichen aus diesen Haushalten mangelt es an Perspektiven. Die Chancenlosigkeit schulmüder und kulturell desorientierter Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich beispielsweise in einem zunehmenden Vandalismus und in wachsender Kleinkriminalität nieder. Die Nachbarschaften sind dabei tatsächlich „überfordert“, weil sich die Menschen in ihre Wohnungen zurückziehen, die Regeln eines geordneten Miteinanders preisgeben und die Hauseingänge sowie Freiflächen der Verwahrlosung und Verschmutzung überlassen.

Mit neuen **Strategien der sozialen Stadterneuerung** wird versucht, die Nachbarschaften zu ‚reanimieren‘, damit sich unter der Bevölkerung wieder gemeinsam akzeptierte Regeln und ihre sozial breit verankerte Beachtung herausbilden können. Angefangen hat das Land Nordrhein-Westfalen 1993 mit dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Im Jahr 1999 folgte die Bundesländer-Gemeinschaftsinitiative „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Diese Programme verfolgen das Ziel, die Lebenssituation der betroffenen Menschen in den überforderten Stadtquartieren durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklung nachhaltig zu verbessern. Dabei sollen auch die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl

unter der Bewohnerschaft verbessert werden. Öffentliche und private Finanzmittel werden auf der Stadtteilebene gebündelt und das Handeln in integrierten Programmen frühzeitig abgestimmt.

Im Blickpunkt der sozialen Stadterneuerung stehen vor allem **zwei Gebietstypen**: (1) innerstädtische oder innenstadtnahe (oft gründerzeitliche) Quartiere und (2) große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte.

Die problematischen **innerstädtischen oder innenstadtnahen Quartiere** weisen in der Regel den Mangel auf, dass die Bausubstanz über viele Jahrzehnte nicht modernisiert worden ist und einen heruntergekommenen Eindruck macht. Ökonomisch aufstrebende jüngere Haushalte wandern deshalb aus diesen Quartieren ab, und es rücken Haushalte mit sehr begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit sowie mit geringem Integrationsvermögen nach. Die hoch verdichtete Bausubstanz ist schlecht, die Materialien sind nicht robust genug, um beispielsweise Einbruchversuchen widerstehen zu können. Insgesamt machen die Quartiere keinen Vertrauen erweckenden Eindruck und werden von der Bevölkerung anderer Stadtteile gemieden.

In besonderer Weise gehören auch große Wohnsiedlungen der Nachkriegszeit zu den Stadtgebieten mit hohem Unsicherheitspotenzial. Besonders signifikant tritt das bei den **Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre** zu Tage, deren Standorte überwiegend am Stadtrand liegen: Ihre eintönige, wenig individuelle Architektur, die hochgeschossige Bauweise und die geringe Qualität des öffentlichen Raumes behindern die Identifikation der Bewohner und die Herausbildung wachsender Nachbarschaftsnetzwerke. Einerseits handelt es sich um Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte, die in den 90er Jahren vor allem von Zuwanderern mit Migrationshintergrund bezogen wurden; zum anderen um Siedlungen mit hohen Anteilen von öffentlich geförderten Wohnungen, die einseitig belegt wurden und in denen sich deshalb mit Problemen behaftete Haushalte häufen. Da viele

Großwohnsiedlungen mit Gemeinbedarfs-einrichtungen sowie mit sozialer Infrastruktur unzureichend ausgestattet worden sind, gibt es kaum Orte, die orientierungslose Jugendliche und junge Menschen auffangen können. Sie nehmen im Alltag Nischen im öffentlichen Raum in Besitz und verunsichern Nachbarn und Passanten durch exzessiven Alkoholkonsum, unsachgemäßes Verhalten, Verunreinigungen und Aggressivität.

Beide Gebietstypen sind von fehlenden Zukunftsperspektiven gekennzeichnet, die sich in einem **Niedergang der Stadtquartiere** spiegeln, wie er exemplarisch in der „Broken Windows-Theorie“ beschrieben worden ist. Der allmähliche Verfall von Gebäuden und Wohnumgebung zieht in Folge mangelnder Identifikation der Bevölkerung Unordnung und Verwahrlosung nach sich. Die Kontrolle des Verhaltens im Quartier findet kaum noch statt. Die verminderte Kontrolle erleichtert die Begehung von Straftaten. Häufig kommt es zu Diebstahls- und Aggressionsdelikten wie etwa Körperverletzung und Sachbeschädigung, und es ist nicht verwunderlich, wenn Teile der Bewohnerschaft – insbesondere Frauen und ältere Menschen – sowie Besucher außerhalb der Wohnungen fürchten, in dem Quartier Opfer von Kriminalität zu werden.



Schaffung belebter Stadträume

Gefühle von Unsicherheit entstehen meistens in Ecken und Bereichen von Wohnquartieren, die Anzeichen von ‚Angsträumen‘ haben und deshalb von der Bevölkerung gemieden werden. Nach Auswertungen der Kriminalstatistik und Befragungen erzeugen vor allem unübersichtliche, nicht einsehbare, dunkle und einsame, d.h. unbesetzte Orte im öffentlichen Stadtraum ‚Angst‘.

Sicherheit in Stadträumen hat etwas mit Geschäftigkeit, mit sichtbaren Aktivitäten anderer Menschen und mit Leben auf der Straße zu tun. Wenn sich mehrere Menschen zur gleichen Zeit an einem Ort aufhalten, signalisieren sie sich mit ihrem Verhalten gegenseitig, dass sie die anderen wahrnehmen und dass sie sich an die Regeln eines konfliktfreien Miteinanders halten werden. Aus der Rolle zu fallen, wird dadurch erschwert. Die wesentlichen Voraussetzungen für Sicherheit sind somit auf der baulichen Seite **Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit und Helligkeit der Stadträume** und auf der sozialen Seite die

Anwesenheit von Menschen und die **kontinuierliche Nutzung** von Stadträumen. Denn dann funktioniert die soziale Kontrolle: Darunter sind Mechanismen zu verstehen, mit deren Hilfe es gelingt, die Menschen im Stadtraum zu den Verhaltensweisen zu bringen, die mit den herrschenden Normen im Einklang sind und positiv bewertet werden. Die Beobachtung der anderen und der Eindruck, von den anderen beobachtet zu werden, stellt einen grundsätzlichen Mechanismus der gegenseitigen Verhaltensbeeinflussung dar.

Sicherheit im öffentlichen Stadtraum entsteht durch ein Umfeld, das

- attraktiv genug ist, um sich dort aufzuhalten;
- soziale bzw. informelle Kontrolle ermöglicht;
- Orte und Plätze bietet, die sich Nutzer gerne aneignen und mit denen sie sich identifizieren können, und das
- eine schnelle und leichte Orientierung im Straßenraum gewährleistet.

Merkmale von typischen Angsträumen

- **Es fehlen Menschen in der Nähe und Angebote**, die den Straßenraum beleben, wie z.B. Restaurants, Kneipen, Kinos, Theater oder Sporteinrichtungen.
- **Unbelebtheit und Leere zu bestimmten Zeiten**, z.B. tagsüber in Wohngebieten mit Schlafstadtcharakter, abends in Gewerbegebieten, Einkaufszentren, aber auch auf großen Parkplätzen, an Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs oder in Grünanlagen.
- **Erschwerung der Orientierungsmöglichkeit im Stadtraum** z.B. durch unübersichtliche Straßenführungen. Der Stadtraum ist nicht überschaubar und unübersichtlich angelegt. Einzelne Bereiche können nicht eingesehen werden, und es bestehen Versteckmöglichkeiten.
- **Die Randbepflanzungen von Wegen sind so hoch**, dass sie den einsehbaren Raum einengen und Versteckmöglichkeiten bieten.
- **Die Beleuchtung ist nicht ausreichend hell**, defekt oder fehlt vollständig; ein dunkler Anstrich von Laternen verringert z.B. die Grundhelligkeit. Im direkten Umfeld bestehen Dunkelzonen, die nach Möglichkeit gemieden und umgangen werden.
- **In typischen Unsicherheitsbereichen** – wie z.B. Tiefgaragen, Unterführungen und U-Bahntunnel – **fehlen technische Sicherheitsanlagen** wie Notrufsäulen oder Videokameras.
- **Läden im Erdgeschoss stehen leer.**
- Hauswände und Bauzäune sind mit Graffiti verschmiert, **Außenanlagen sind** z.B. durch Abfälle **verwahrlost**.

Maßnahmen zur übersichtlichen Gestaltung von Stadträumen

- In Bebauungsplänen wird auf die **Vermeidung von Angsträumen** geachtet; im Rahmen der Planung wird das zu einem Prüfkriterium.
- In Vorhaben- und Erschließungsverfahren können Kommunen und Investoren **im Rahmen der Verträge Vereinbarungen zur Vermeidung von Angsträumen** treffen.
- **Umgestaltung von Ecken und Nischen**, die potenzielle Verstecke bieten und Unübersichtlichkeit erzeugen.
- **Bei Sträuchern und Bäumen wird das Blattwerk niedrig gehalten** (max. 80 cm) oder beginnt erst ab einer Höhe von 2 Metern.
- **Bei Unterführungen oder Arkaden haben die Stützen einen Durchmesser von max. 40 cm**. Alle Personen, die sich hinter den Stützen aufhalten, bleiben dadurch sichtbar.
- Die Lichtstärke im öffentlichen Raum muss gewährleisten, **dass bei Dunkelheit das Gesicht eines 4 Meter entfernten Menschen noch erkennbar ist**.

Der Effekt gegenseitiger sozialer Kontrolle kann städtebaulich durch die **Mischung unterschiedlicher Nutzungsfunktionen** gefördert werden. Nutzungen wie Gaststätten mit offenem Straßenblick, Kioske, Pförtnerhäuschen, Werkstätten oder Einzelhandelsgeschäfte im Erdgeschoss beleben den Straßenraum, so dass sich viele Menschen während des Tages und am Abend begegnen können. Auf Grund dieser Form einer ‚**natürlichen Überwachung**‘ des Stadtraums durch belebte Häuser, Straßen, Wege und Plätze werden zum einen kriminelle Handlungen wie Einbrüche und Diebstähle erschwert und zum anderen das Sicherheitsgefühl der Bewohner und der Passanten erhöht.



Nutzungsmischung bei der Umnutzung einer Militärbrache in der Südstadt von Tübingen. Ladenzeile im Erdgeschoss eines Neubaus, darüber Wohnungen

Nutzungsmischung

Jane Jacobs hat bereits in den 60er Jahren darauf hingewiesen, dass städtische Vielfalt belebte Räume fördert und soziale Kontrolle begünstigt. Die Nachfrage nach gut erhaltenen Altbauwohnungen aus der Gründerzeit ist deshalb so hoch, weil die kleinteilige Mischung von unterschiedlichen Angeboten ein durchgängig belebtes, attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld schafft. Im Erdgeschoss befinden sich Läden, Arztpraxen und gastronomische Einrichtungen und darüber Wohnungen oder auch Büros. Manche Gebietsteile wurden für Fußgänger verkehrsberuhigt. Das erhöht die Aufenthaltsqualität im Quartier und belebt den öffentlichen

Raum. Mit den Schlagworten „Stadt der kurzen Wege“ und „Nutzungsmischung“ greifen Konzepte der städtebaulichen Revitalisierung diese Merkmale eines Nebeneinanders verschiedener Funktionen auf, um urbane Lebendigkeit und Vielfalt wieder in die Stadtgebiete zurück zu holen.

Die Vorteile einer Mischung der Nutzungen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Verkehr und Erholung im Wohnquartier sind:

- eine **Vielfalt an Angeboten**, die über den gesamten Tag verteilt eine hohe Nutzungsfrequenz – und d.h. Belebung – im Gebiet fördern,
- **kurze Wege** zwischen den verschiedenen Gelegenheiten, die auch zu Fuß

und per Fahrrad zurückgelegt werden können – es trägt zu einer hohen Bindung an das Quartier bzw. an den Stadtraum bei, wenn viele Aktivitäten des Alltags im Wohnquartier zu verrichten sind,

- **Verkehrsberuhigung**, weil die Straßen – für Erwachsene und Kinder – zum Aufenthalt und zum Spielen belebter und sicherer werden,
- attraktive **öffentliche Erholungs-bereiche** wie Parks, Plätze und Spielanlagen, damit die Menschen dort, wo sie leben und arbeiten, auch ihre Freizeit verbringen,
- **halböffentliche Gärten und Innenhöfe**, die nur einem eingeschränkten Personenkreis der Nachbarschaft zur Verfügung stehen.

Diese Merkmale der Nutzungsmischung wirken positiv auf die Wohnzufriedenheit der Bewohnerinnen sowie Bewohner im Quartier und stärken ihr Verantwortungsgefühl für das Geschehen im Wohnumfeld.

Planungsempfehlungen für belebte Stadträume

Nutzungsmischung: Durchmischung der Nutzungen mit dem Ziel eines Nebeneinanders von Wohnungen, emissionsfreien Arbeitsplätzen und Dienstleistungen; Erhalt funktionsgemischter Strukturen / Ausschluss großflächigen Einzelhandels; Nachverdichtung mit anderen Funktionen.

Infrastrukturstandorte: Lage von Einrichtungen des Gemeinbedarfs miteinander in Beziehung setzen (Verknüpfung von Einkaufsgelegenheiten – z.B. Kiosk – mit Haltepunkten des ÖPNV, mit Verweilbereichen etc.).

Belebung des öffentlichen Raumes: Siedlungsentwicklung entlang ÖPNV-Achsen, Bildung „neuer Mitten“ / Nebenzentren (kleinräumiger Zentren und Bezugspunkte), Standorte für Infrastruktureinrichtungen entlang viel benutzter Straßen und an Plätzen.

Stellungnahme Christa Holste, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lüneburg

Wir sollten nicht nur die Vorbeugung von Kriminalität in den Blick nehmen, sondern darüber hinaus schauen, an welchen Orten Unsicherheitsgefühle entstehen, wo sich so genannte Angsträume befinden. Dieser erweiterte Aspekt ist besonders für Frauen wichtig, denn Angst und Unsicherheit im öffentlichen Raum mindern die Aufenthaltsqualität und reichen so weit, dass die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erheblich eingeschränkt wird.

Vor Ort in Lüneburg ist z.B. für das Fahrradparkhaus am Bahnhof ein Sicherheitskonzept in interdisziplinärer Zusammenarbeit erstellt worden: Es zeichnet sich durch transparente Baukörper aus, die Sicht- und Rufkontakte ermöglichen, auch über die unterschiedlichen Etagen hinweg durch die transparenten Böden. Es ist sehr hell durch gute Belichtung und Beleuchtung. Soziale Kontrolle findet durch den Fahrradladen und die Werkstatt im Gebäude statt. Von Sichtfenstern im Laden kann das gesamte Parkhaus überblickt werden.

Lösungsansatz für Großwohnsiedlungen



Großsiedlung Clarenberg; 1. Bauabschnitt



Prägnanter Eingang durch Baldachin, gute Erkennbarkeit und Übersicht der Eingangszone



Große Hausnummer über drei Stockwerke

Die **monotone Architektur** hochgeschossiger Großwohnsiedlungen ist in der öffentlichen Meinung zum Inbegriff des unsicheren Stadtraums geworden. Die Kritik knüpft an den amerikanischen Architekten Oscar Newman an, der nachwies, dass hohe, vielgeschossige Häuser höhere Kriminalitätsquoten aufweisen als kleinere Gebäude in Niedrigbauweise. Bei komplexen, nicht überschaubaren Mehrfamilienhäusern, Wohnblocks und Hochhäusern haben die Freiflächen des Abstandsgrüns, die Eingangsbereiche, das Treppenhaus, die Fahrstühle und Korridore einen anonymen, öffentlichen Charakter. Alle Bewohner durchheilen diese Bereiche, niemand übernimmt Verantwortung für sie.

Aber die Unsicherheit resultiert nicht allein aus den baulichen Bedingungen. Eine große Rolle spielen auch die hohen Anteile von Belegrechtswohnungen, die für eine **Konzentration mit Problemen behaf-**

teter Haushalte sorgen. Armut, multiethnische Einwanderung und Diebstahls- sowie Aggressionsdelikte tragen in gleicher Weise zur subjektiven Unsicherheit im Wohnquartier bei wie die baulichen Mängel.

Wenn ein Wohnungsunternehmen, das eine Großwohnsiedlung der 60er oder 70er Jahre im Bestand hat, dessen Vermögenswert sichern und die Erträge der Wohnungen positiv entwickeln möchte, muss es folglich in eine konsequente Neugestaltung und Kundenorientierung investieren. Um die Leitidee des „sicheren Wohnens“ herum ist ein Bündel von Maßnahmen zu entwickeln, weil einzelne Lösungsansätze relativ wirkungslos bleiben würden. Ein gutes Beispiel der baulichen und städtebaulichen Aufwertung einer

Großsiedlung findet im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landesprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ statt. Diese Erneuerung wird mit einem vergleichsweise hohen Investitionsaufwand betrieben und durch Förderprogramme der sozialen Stadterneuerung unterstützt. In Dortmund-Clarenberg wird ein hochgeschossiger Wohnungsbestand seit 1997 nach einem kriminalpräventiven Ansatz erneuert.

Die **Großwohnsiedlung Clarenberg** liegt im Dortmunder Süden, von der Stadtmitte mit der U-Bahn etwa 10 Minuten entfernt. Zwischen 1968 und 1973 entstanden auf der 8 ha großen Fläche einer ehemaligen Arbeitersiedlung 1.069 Wohnungen in 25 vier- bis 17geschossigen Gebäuden. Im Jahr 1992 hat die Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft den Bestand übernommen, in dem rund 3.200 Menschen leben. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug waren deutlich höher als in der Gesamtstadt; die Hälfte der Wohnbevölkerung wies einen Migrationshintergrund auf. Die Fluktuationsrate betrug 1997 rund 14 Prozent und über ein Viertel der Bewohnerschaft erklärte in einer Umfrage, dass sie bei vergleichbarem Wohnungsangebot an anderer Stelle den Clarenberg sofort verlassen würden. Ausschlaggebend dafür waren die Zerstörungen und Verschmutzungen im öffentlichen Raum. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch typische städtebauliche Defizite in der Wohn- und Wohnumfeldsituation. Neben dunklen Eingängen und Durchgängen sowie unattraktiven Freiflächen wurden immer wieder auch die unzureichenden, Ängste erzeugenden Orientierungsmöglichkeiten in der Siedlung negativ bewertet.

In den beiden bereits realisierten Bauabschnitten der Stadterneuerung setzte das Wohnungsunternehmen die **Leitidee des „sicheren Wohnens“** mit folgenden Maßnahmen um:

Veränderung des Images der Wohnanlage: Bei der Erneuerung wurden nur hochwertige Materialien verwendet: z.B. Klingelschilder aus Edelstahl, von Innenarchitekten kunstvoll gestaltete Eingangszonen oder Metalle für die Außenfassade. Zugleich wurden bei der Gestaltung große architektonische Gesten eingesetzt wie beispielsweise lange Baldachine zur Überdachung der Wege vor den Eingängen oder wie überdimensionierte Hausnummern, die wie Kunstobjekte über drei Stockwerke an die Gebäude angelehnt sind. Die Fassaden wurden nach einem Farbkonzept des zeitgenössischen Künstlers David Hockney gestaltet. Material,



Zu Concierge-Bereich umgewandelter Durchgang



Klingelschild aus hochwertigem Material

Farben, Objekte und Innenarchitektur symbolisieren eine neue „Werthaltigkeit“. Die öffentliche Reaktion der lokalen Presse, der Stadtbevölkerung und die Anerkennung aus der Fachwelt führten zu einem neuen positiven Image, das unter der Bewohnerschaft Stolz weckt. Damit ist der erste Schritt zu einer erhöhten Identifikation und auf diese Weise zur Übernahme von Verantwortung im Wohnumfeld getan.

Stärkung der individuellen Verantwortlichkeit: Mit dem Einbau von Wohnungswasserzählern kann verbrauchsabhängig abgerechnet werden. Ein neues Müllkonzept ermöglicht die hausweise Abrechnung. Die Bewohner achten in

ihrem Wohnumfeld nun auf die richtige Benutzung der Abfallcontainer. Sie lernen, gemeinsam mit den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses Verantwortung für Wohnbelange zu übernehmen. Es ist ihnen nicht mehr egal, wie die Abfallentsorgung funktioniert.

Neugestaltung der Eingangsbereiche: Angst erzeugende Durchgänge wurden geschlossen und zu repräsentativen Entrees umgestaltet. Die Farbgebung und ein neues System von Hausnummern suggerieren Kunst im halböffentlichen Raum und geben den Gebäuden ein unverwechselbares Gesicht. Im höchsten Haus wurde im Eingangsbereich ein Concierge-Modell (Hauservice) installiert und mit einer Überwachung der Eingänge und Fahrstühle mehrerer Häuser kombiniert. Seit der Hauservice auch regelmäßige Rundgänge durch die Siedlung durchführt und bei Problemen nach dem „Broken Windows“-Prinzip sofort interveniert, hat sich das Maß an Zerstörungen und Verschmutzung enorm verringert. Die Wohnungen im Haus mit der Concierge-Lösung sind wegen des Sicherheitsaspekts besonders bei älteren Menschen begehrt.

Übersichtliche Freiräume: Die Wege (Belag und Material), die Anlage der Parkplätze und die Beleuchtung wurden überarbeitet. Die Bewohnerschaft wurde an der Freiraumplanung beteiligt. Jetzt sind die Aufenthaltsbereiche gut sichtbar den Wohngebäuden zugeordnet – die Sichtbeziehungen aus den Fenstern fördern Aufmerksamkeit und soziale Kontrolle. Bei Dunkelheit sind die Wege und Eingänge vollständig ausgeleuchtet, so dass sich Bewohner und Besucher schnell orientieren können. Ein Aufenthaltsbereich für Jugendliche wurde abseits hinter einer Häuserzeile geplant, wo ihre Aktivitäten von Anwohnern nicht als störend wahrgenommen werden können.



Heller, mit Video überwachter Eingangsbereich vor dem Fahrstuhl

Soziale Mischung: Für einkommensstärkere Mieter wurde am Clarenberg die Fehlbelegungsabgabe aufgehoben. Zuzugswillige Mieter mit höheren Einkommen werden von der Ausgleichsabgabe freigestellt. Haushalte aus der Mittelschicht stabilisieren mit dem Zuzug die Sozialstruktur des Clarenberg. Sie verhalten sich wachsam und verfolgen aufmerksam die Ereignisse im Wohnumfeld. Das hat den öffentlichen Raum im Quartier wieder sicherer gemacht.

Kundenorientierter Service: Es wurde eine örtliche Geschäftsstelle für den Kundendienst eingerichtet. Ein anonymes Wohnen ist wegen der hohen Präsenz der Wohnungsgesellschaft und der gezielten Nähe zum Kunden (Hausservice, Kundenberater, Dienstleistungsorientierung etc.) nicht mehr möglich. So genannte ‚nicht

mietfähige‘ Mieter verlassen nun auffallend häufig den Clarenberg, weil sie das hohe Maß an sozialer Kontrolle als unangenehm empfinden. Das Ziel einer stärkeren Durchmischung der Bewohnerschaft wird dadurch unterstützt, dass die Wohnungsgesellschaft die Belegung öffentlich geförderter Wohnungen mit dem Sozialamt abstimmt. Dazu werden vor der Mieterauswahl intensive Bewerbergespräche geführt.

Kooperation im Stadtteil: Mit der Polizei im Stadtteil wird eine enge Zusammenarbeit gepflegt. Der Hausservice führt mit der Polizei wöchentliche Rundgänge in der Siedlung durch. Das Wohnungsunternehmen arbeitet außerdem im Arbeitskreis Clarenberg mit anderen lokalen Institutionen und Trägern zusammen. Gemeinsam mit den Trägern der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Gemeinwesenarbeit werden Projekte zur Integration randständiger Bevölkerungsgruppen und auffälliger Jugendlicher konzipiert. Dabei ist auch die Idee entstanden, im Erdgeschoss eines Hochhauses den Second-Hand-Laden „Jacke wie Hose“ einzurichten. Dort fanden Frauen aus dem Clarenberg einen Arbeitsplatz.



Helle, freundliche Gestaltung der Eingangszone und Verwendung hochwertiger Materialien

Eine weitere kooperativ entwickelte Idee war das Modellprojekt Jugendberufshilfebetrieb „Come On“. Dieser Qualifizierungsbetrieb im Garten- und Landschaftsbau wurde vom Wohnungsunternehmen mit der Umgestaltung der Freiflächen beauftragt.



Freiraum als Platzsituation mit guten Sichtbeziehungen aus den Wohnungen. Geschützte und gut einsehbare Aufenthalts- und Spielflächen für die Kinder im Innenhof



Großsiedlung Clarenberg; 2. Bauabschnitt – neues Beleuchtungskonzept



Gut erkennbare Hauseingänge und übersichtliche Wegeführung

Ansprechpartner:
Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH
Heinz-Peter Junker
Karl-Harr-Straße 5
44263 Dortmund
Tel. 0231 / 419020

Planungsempfehlungen für die Erneuerung von Großsiedlungen

- Gezielte Berücksichtigung der Sicherheitsmängel im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen.
- Erarbeitung eines zentralen Moduls zur „Kriminalprävention“ im Rahmen des integrierten Handlungsprogramms.
- Verankerung des Konzepts zur Kriminalprävention in einem **Maßnahmebündel mit vier Ebenen**: (1) städtebauliche, gestalterische und baulich-technische Anpassung von kritischen Bereichen in den Wohnungen, am Gebäude und im Wohnquartier, (2) Förderung von Bürgerverantwortung und Nachbarschaftsnetzwerken durch ein Sozialmanagement des Wohnungsunternehmens, (3) Zusammenarbeit der Wohnungsgesellschaften mit der lokalen Polizei, mit Stellen und Einrichtungen der Kommunalverwaltung, mit Trägern der örtlichen Sozial- und Jugendhilfe sowie mit dem Kriminalpräventionsrat vor Ort, und (4) Integration von Probleme verursachenden Bewohnergruppen durch gezielte Angebote im Freizeitbereich.
- **Qualitätskontrolle bei der Umsetzung** durch ein interdisziplinäres Begleitungsgremium, in dem die lokal kooperierenden Akteure mitwirken (**Quartiers-Präventionsrat**).
- **Finanzierung der Maßnahmen** mit Mitteln des Stadterneuerungs-Programms für „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ wie auch aus anderen Förderprogrammen.

Kleine Lösungen für Nachkriegssiedlungen

Die Wohnungsbestände der 50er und 60er Jahre sind in die Jahre gekommen. Die Wohnungen sowie meistens auch das Wohnumfeld sind modernisierungsbedürftig und müssen den heutigen Vorstellungen von Wohnkomfort und Sicherheitstechnik angepasst werden. Anders als in den Großwohnsiedlungen der 70er Jahre leben in den Nachkriegssiedlungen vorwiegend ältere Menschen, die besondere Sicherheitsbedürfnisse an ihre Wohnung und das Wohnumfeld stellen. Eine umfassende Erneuerung der Bestände ist häufig nicht finanzierbar. Es werden daher Modernisierungslösungen gesucht, die bezahlbar und gleichzeitig auch sicherheitswirksam sind.

Am **Beispiel der Braker Wohnbau** lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie über einen Weg von kleinen Lösungen ein Wohngebiet unter Sicherheitsgesichtspunkten aufgewertet werden kann. Bei den Modernisierungsmaßnahmen hat das Wohnungsunternehmen die Bewohner einbezogen und ihnen bei der Umsetzung der Maßnahmen ein Mitspracherecht eingeräumt, um individuelle (Gestaltungs-) Wünsche zu berücksichtigen und darüber die Identifikationsmöglichkeiten der Mieter mit ihrem Wohnort zu erhöhen.

Umgestaltung der Eingangsbereiche

Die Eingangsbereiche bekamen im Zuge der Fassadenerneuerung transparente Überdachungen. Die Wege zu den Häusern wurden neu gepflastert und verbreitert. Jede Hausvorzone konnte von den Mietern individuell mitgestaltet werden, z.B. durch Blumenbeete, Sitzbänke, Fahrradständer, Wäsche- oder Grillplätze. Bei der Sanierung der Wohngebäude wurden die unzugänglichen und nicht einsehbaren Außeneingänge zum Keller geschlossen. Fahrräder



zum Beispiel können stattdessen in Fertigaragen untergestellt werden, die in der Nähe des Hauseingangs errichtet worden sind. Die Beleuchtung der Hauseingänge erfolgt entweder über eine Dauerbeleuchtung oder kann durch Bewegungsmelder aktiviert werden. Zusätzlich sind an jedem Hauseingang Schilder mit Notfallnummern angebracht. In den Vorgärten wird darauf geachtet, die Bepflanzungen niedrig zu halten, um dadurch unübersichtliche Ecken im Eingangsbereich zu vermeiden. Eine gute Orientierung innerhalb des Gebietes erlauben Großdarstellungen von Hausnummern an den Hausfassaden.

Rahmenbedingungen für Verantwortlichkeit und soziale Kontrolle

Um ein möglichst vielfältiges Wohnungsangebot vorhalten zu können, das für unterschiedliche Mietergruppen attraktiv ist, wurden Wohnungen verschiedener Größe zusammen gelegt. Das Wohnungsangebot richtet sich sowohl an berufstätige Paare als auch an Familien mit Kindern. Ebenso wird eine gute Altersdurchmischung angestrebt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Siedlung zu allen Tageszeiten belebt ist. In dem Programm ‚Terrassengärten‘ konnten im Erdgeschoss an Stelle neuer Balkone Terrassengärten gewählt werden. Mit der Entscheidung für eine Terrasse waren keine höheren Kosten verbunden, sondern nur die Auflage, für einen Teil der Außenanlage die Gartenpflege zu übernehmen. Damit soll der anonyme Charakter des ‚Abstandsgrüns‘ um die Wohnhäuser herum beseitigt und eine natürliche Überwachung des Wohnumfeldes ermöglicht werden. Das Wohnungsunternehmen achtet deshalb darauf, dass die Sicht von den Terrassen in den öffentlichen Raum nicht durch Holzzäune oder hohe

Nadelhölzer beeinträchtigt wird. Um die Bildung stabiler und dauerhafter Hausgemeinschaften zu fördern, sollen zudem in den nächsten 10 Jahren etwa 40 Prozent der Mietwohnungen privatisiert werden.

Belebung durch zusätzliche Angebote

Das Unternehmen fördert den Verbleib von Infrastruktureinrichtungen im Gebiet durch Subventionen in Form von Mietnachlässen, um die Straßenräume durch die Laufkundschaft zusätzlich über Tag zu beleben. Neben einem großen Kiosk und einer Gaststätte konnten so auch kleinere Büros, Geschäfte und soziale Einrichtungen im Gebiet gehalten werden.



Ansprechpartner:
 Braker Wohnbau
 Karl-Heinz Benecke
 Hafestraße 2
 26919 Brake
 Tel. 04401/1007-0

Lernen aus der Vergangenheit

Gestaltungsmuster der Gründerzeitquartiere

Gründerzeitquartiere liegen innenstadtnah, d.h. in unmittelbarer Nähe sind vielfältige Angebote zu finden, und sie sind häufig an ein gutes ÖPNV-Netz angeschlossen. Die Blockrandbebauung der Quartiere ermöglicht eine leichte Orientierung im Straßenraum. Wohngebäude, die Zugang zu einem begrünten Innenhof oder öffentlichen Grünflächen in der Nähe haben, werden besonders von jungen Familien mit Kindern bevorzugt. Und für viele ist die Architektur der Gründerzeit auch ein wichtiges Auswahlkriterium für den Wohnstandort.



Die Menschen fühlen sich in diesen Wohnquartieren außerdem wohl, weil sie dem Sicherheitsbedürfnis in vielfältiger Weise entsprechen. An einigen Gestaltungsmustern kann das festgemacht werden. Diese bewährten Muster einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung fördern die Beobachtung der Ereignisse im Wohnumfeld und festigen die nachbarschaftliche Sozialstruktur:

Planungsempfehlungen zur Gestaltung von Wohnanlagen

Wohnungsmischung: Mischung unterschiedlicher Wohnungstypen und Wohnungsgrößen je Gebäude zur Belebung der Wohnhausanlage.

Überschaubare Wohnungsanzahl im Gebäude: Begrenzung der Anzahl der Wohnungen je Stockwerk auf 3 bis 4 Wohnungen und auf eine Höhe bis zu 4 Stockwerken, etwa 10 bis 15 Wohnungen pro Hauseingang, Separierung von Fluren bei Häusern mit hoher Wohnungsanzahl.

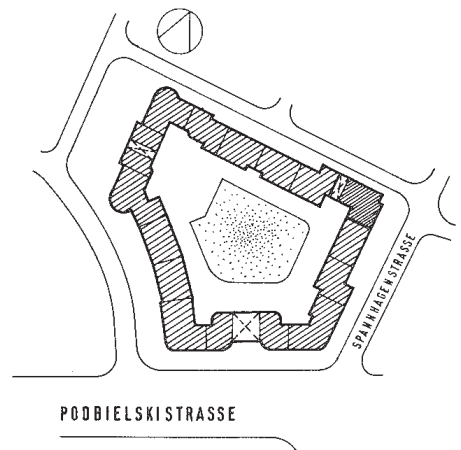
Transparenz von drinnen nach draußen: Öffnung des Wohngebäudes zur Straße mit lichtdurchlässigen, offenen Fassaden; die Fassade als Nahtstelle zum öffentlichen Raum öffnen (Fenster, Türen, Balkone, Wintergärten); Zuordnung von Fenstern und belebten Innenräumen zu Eingängen, öffentlichen Durchgängen und Aufenthaltsbereichen wie Haltestelle und Parkplatz.

Soziale Kontrolle im Erdgeschoss: Zuordnung der Wohnungen zum öffentlichen Raum zur Ermöglichung direkter sozialer Kontrolle oder das Erdgeschoss für Gewerbe und Läden vorbehalten, um durch Kundenverkehr den Straßenraum zu beleben.

Zuordnung und Abgrenzung von Freiflächen: Zuordnung der Siedlungsfreiflächen zu Gebäuden, Kennlich machen von öffentlichen, halböffentlichen und privaten Räumen durch Markierungen und Barrieren.

Tore und Torwege markieren Zugangswege und Grenzen. Das Wohnquartier und die Nachbarschaft werden dadurch besser unterscheidbar, symbolisch gekennzeichnet und als eigener Bezirk erlebbar, mit dem sich die Bewohnerschaft identifizieren kann. Die Markierung durch Tore ist ein mittelalterliches Gestaltungsprinzip von „Befestigungen“ – wie z.B. Burgen, die immer die Doppelfunktion von „Wohnen und Wehren“ hatten. In den Gründerzeitquartieren wurde dieses Prinzip aufgegriffen. Dabei entstanden städtebauliche Ensembles mit hoher kriminalpräventiver Wirkung, weil sie mit der Grenzziehung von ‚drinnen‘ / ‚draußen‘ eine erhöhte Aufmerksamkeit unter der Bewohnerschaft und eine besondere Zurückhaltung unter Besuchern bewirken.

Auch der **Erker** und der **Söller** bzw. **Altan** (in oberen Geschossen ins Freie führender Austritt, der auf einem darunter befindlichen Gebäudeteil beruht) repräsentieren ein mittelalterliches Gestaltungsprinzip, das in Gründerzeitquartieren häufig zur Anwendung kam. An der Fassade oder Ecke eines Gebäudes kragt ein Vorbau hervor, der den Blick in drei Richtungen erlaubt und dadurch eine besondere Verbindung zur Straße herstellt. Die Sichtbeziehungen auf die Straße und parallel zur Gebäudefront erlauben eine umfas-



Der „Spannhagengarten“ in Hannover

Der Spannhagengarten ist eine geschlossene Wohnsiedlung in 4- bis 5geschossiger Bauweise mit begrünten Innenhof als Gemeinschaftsanlage, die in den Jahren 1913 bis 1915 errichtet wurde. Von außen wirkt er als kompakter Komplex, dessen Zugang über wenige Tore reguliert wird. Im begrünten Innenbereich dominiert ein halböffentlicher Charakter, so dass sich soziale Kontrolle unter den Bewohnern wirkungsvoll entfaltet und Fremde ihr Verhalten entsprechend anpassen müssen. Damit die Übersichtlichkeit des Innenhofs nicht eingeschränkt wird, gibt es keine Parkplätze.

sende Beobachtung des Straßenraums und somit eine ‚natürliche‘ soziale Kontrolle des öffentlichen Raumes.

Beispiel Neu-Siebethsburg in Wilhelmshaven

Ästhetisch ansprechende, akzeptierte Gebäudeformen in einem guten baulichen Zustand fördern ein gutes **Wohnimage**. Die Siedlung ist an der norddeutschen Ziegelbauweise als zusammenhängendes Gebiet gut erkennbar. Der einheitliche Architekturstil und ein übersichtliches Wegenetz erleichtern die Orientierung. Die Wohnhäuser sind zwischen zwei und vier Stockwerke hoch. Einen Hauseingang teilen sich bis zu acht Haushalte. Diese Größenordnung ermöglicht soziale Kontakte unter den Nachbarn. Formelle oder informelle Kontrolle innerhalb des Wohnhauses kann greifen, weil sich alle in der **Hausgemeinschaft** kennen. Das erhöht die Bereitschaft, auf den anderen zu achten. Fast alle Wohngebäude sind zur Straße hin orientiert. Auffällig ist eine hohe Anzahl an Straßenfenstern und „Übereckfenstern“, die einen weiten Einblick in das Wohnumfeld bieten. Die lockere Bebauung und ein Knick in der Straßenführung lassen vielerorts Sichtachsen zwischen den Gebäuden entstehen.

Die Siedlung ist durch eine klare **Abstufung zwischen öffentlichen, halböffentlichen und privaten Bereichen** gekennzeichnet. Zu den öffentlichen Flächen gehören der Straßenraum und kleine begrünte Straßenplätze. Der Übergang von halböffentlichen zu den privaten Zonen wird durch eine schmale Vorgartenzone mit Eingangsbereichen markiert. Vor vielen Häusern gestalten und pflegen die Mieter die Vorgärten selbst.

In der Gartenstadtsiedlung entfallen auf 1.600 Wohnungen etwa 1.500 Mietergärten. Die Übergänge zwischen den öffentlichen Wegen und Straßen zu den **halbprivaten Gartenflächen** schaffen deutliche **Grenzen der Zugänglichkeit**. Die Mietergärten befinden sich auf den Hofseiten der Gebäude und werden an den offenen Rändern durch Bäume und Hecken begrenzt.

Durchdachte Lösungen aus der Gründerzeit sind aus dem Blick geraten. Die Gestaltungsprinzipien wie z.B. die Blockrandbebauung mit Ecklösungen, die Einblicke in zwei Straßenabschnitte ermöglichen, die Berücksichtigung von Erkern und der kontrollierte Zugang über Tore und Torwege sollten im Neubau wieder häufiger aufgegriffen werden.

Gestaltungsmuster der Gartenstadtsiedlungen

Neben modernisierten Gründerzeitquartieren gehören auch Gartenstadtsiedlungen zu den attraktiven Wohngebieten in innenstadtnahen Lagen. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit lassen sich besondere Gestaltungsmuster von Gartenstadtsiedlungen auf heutige Bauvorhaben übertragen:

- Die **Außenanlagen** sind in öffentliche, halböffentliche und private Bereiche gegliedert und klar durch Zäune, Mauern, Hecken und andere Grenzmarkierungen (z.B. Blumenbeete, Sockel-Bepflanzungen) getrennt, ohne Unübersichtlichkeit zu erzeugen.
- Die Gestaltung der **Blockinnenbereiche**, insbesondere der Mietergärten wird von Mietern übernommen.
- Die **öffentlichen Flächen und Plätze** sind nicht zu großzügig angelegt, so dass die Bereiche mit bloßem Auge überschaubar bleiben.
- Die **Fenster der Wohnungen** sind auf die Straßen, Fußwege und Gassen ausgerichtet. Die **Zugänge zum Haus** sind von den Wohnungen aus gut einsehbar.
- **Parkplätze** sind nicht abgelegen, es bestehen Blickbeziehungen von den Wohnungen aus.

Die konsequente Ausrichtung der Fassaden auf die Straßen fördert eine ‚natürliche Überwachung‘ des öffentlichen Raumes. Auf der Rückseite der Gebäude strukturieren Mietergärten die Siedlung. Im halböffentlichen Bereich kontrollieren die Mieter den Zugang.



Ansprechpartner:
Bauverein Rüstringen eG
Lutz Weber
Störtebekerstraße 1
26836 Wilhelmshaven
Tel. 04421/3692-0

Kriminalprävention im verdichteten Neubau

Als in den 90er Jahren die **internationale Zuwanderung** und die hohe **regionale Mobilität** den **Nachfragedruck auf den Wohnungsmärkten der westdeutschen Großstädte** erhöhten, wurden viele verdichtete Neubaugebiete geplant und errichtet. Um negative Folgen zu vermeiden, wie sie in den Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre aufgetreten waren, folgten einige Kommunen Kriterien einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung. Die städtebaulichen und architektonischen Gestaltungsmuster der neu entstehenden Wohnquartiere sollen so ‚robust‘ sein, dass die große Vielfalt von

ausstellung im Jahr 2000 im ersten Bauabschnitt rund 3.000 Wohnungen. Folgende Vorteile der Siedlung haben dazu beigetragen, dass sich die Bewohner dort sicher fühlen:

Identifizierbare Nachbarschaften: Das städtebauliche Raster des Stadtteils Kronsberg besteht aus räumlich erkennbaren Quartieren von jeweils 8 bis 12 Häusern. Ihre Anordnung in Blockform vermittelt der Bewohnerschaft ein räumliches Zugehörigkeitsgefühl. Die einzelnen Nachbarschaften sind flächenmäßig relativ klein und weisen eine vergleichsweise



Angstfreie, übersichtliche Wegeführung

Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft relativ konfliktfrei dort leben kann. Die Siedlungen sollen auch auf der baulich-gestalterischen Ebene dazu beitragen, das in der ersten Besiedlungsphase Unsicherheit fördernde Nebeneinander fremder Menschen und fremder Kulturen kontinuierlich in vertrauensvolle, verlässliche Nachbarschaften zu wandeln.

Um welche Gestaltungsmuster es dabei im Einzelnen geht, wird am Beispiel des neuen **Stadtteils Kronsberg in Hannover** veranschaulicht. In der Nachbarschaft des EXPO-Geländes entstanden zur Welt-

geringe Einwohnerzahl auf, so dass sich die Bewohner nach einiger Zeit vom Sehen kennen. Die Einheitlichkeit von Haustypen, Hausgröße, Grundstücksgröße, Vorgärten, Baumaterialien und einer bestimmten Architektursprache verstärkt das.

Mischung der Haushalte durch unterschiedliche Wohnungsgrößen: Die Wohnungsgesellschaften, die einzelne Nachbarschaftsquartiere errichtet haben, streuten im Bestand unterschiedliche Wohnungsgrößen. Deshalb leben in den Häusern Menschen in ganz verschiedenen Lebenssituationen zusammen: Familien

Transparenz und Sichtbeziehungen

Kriminalitätsangst kommt in alltäglichen Situationen vor, wenn der räumliche Bereich, der durchschritten wird, unübersichtlich ist und es scheinbar keine ‚Zeugen‘ gibt. Bei der Gestaltung des neuen Stadtteils Kronsberg in Hannover wurde die Transparenz mit folgenden – exemplarisch ausgewählten – Mustern erreicht:

- Der **Durchgang** hat nicht den Charakter eines dunklen Tunnels, weil er sehr breit ist und die Fenster eines Ladenlokals auf die Durchgangsfläche blicken.
- Die **Standorte von Abfallbehältern** werden nicht den Blicken entzogen, sondern im Schnittpunkt vieler benachbarter Fenster an der Straße platziert.
- Der **Zugang zu den Innenhöfen** wird entweder durch abschließbare Tore reguliert oder durch eine konsequente Ausrichtung der Fenster in das Hofinnere ‚natürlich überwacht‘.
- Die **Fußwege** haben durch grüne Entwässerungsmulden Abstand zu parkenden Autos. Dadurch entsteht subjektiv nicht das Gefühl von Enge und Unübersichtlichkeit.
- Das Beleuchtungskonzept sieht eine enge Leuchtenstellung vor, die sich auf beiden Straßenseiten gegenüberstehen. Die **niedrige Leuchtpunkthöhe von 4 Metern** und die **Lichtfarbe wurde auf das Sicherheitsempfinden der Fußgänger ausgerichtet** anstatt auf die Anforderungen des Fahrverkehrs, der durch eine Tempo 30-Regelung verlangsamt wird.



Breite Fußwege, gute Orientierung



Einsichtbare Abfallbereiche

mit mehreren Kinder, Alleinerziehende mit einem Kind, allein stehende ältere Personen und Paare. Es sind immer Leute im Haus, die mitbekommen, was im Gebäude und im Außenbereich passiert.

Beschränkung der Gebäude auf vier Geschosse: Bis vier Geschosse können die Bewohner auf der Straße noch Details erkennen, man kann aus dem Fenster noch mündlich kommunizieren und Kontakt zu den Menschen auf dem ‚Boden‘ halten. Hohe Gebäude erschweren dem gegenüber das soziale Leben. Sie ermöglichen ein hohes Maß an Anonymität und begünstigen so abweichendes und störendes Verhalten. Niedrige Gebäude (mit 3 oder 4 Stockwerken) wirken kriminalpräventiv, weil Hausgemeinschaften entstehen. Die Bewohner solcher Häuser kennen sich untereinander namentlich und übernehmen eher Verantwortung für Belange im und ums Haus herum.

Verbindung zur Straße durch Fenster: Zwischen Häusern und Straße muss eine direkte Beziehung bestehen. Dies wird

Sicherer neuer Stadtteil Hannover-Kronsberg

erreicht, indem die Häuser über große oder erkerförmige Fenster dem Straßenleben zugewandt werden. Die Räume zur Straßenseite haben oft verglaste Nischen als besondere ‚Fensterplätze‘, die zum Blick nach draußen einladen. Passanten verhalten sich in einer solchen Umgebung unter dem Eindruck des ‚Beobachtet Werdens‘ kontrolliert und Bewohner erfahren die gute Übersicht über Ereignisse im Wohnumfeld als Gefühl von Sicherheit.

Zonen vor dem Hauseingang: Der Eingang eines Hauses muss so liegen, dass man ihn – oder einen Hinweis darauf, wo er liegt – zugleich mit dem Gebäude selbst sieht. Wenn dies nicht der Fall ist, erzeugt ein Gebäude Unsicherheit in der Orientierung. Deshalb sind viele Gebäude mit einem differenzierten Übergang zwischen Straße und dem Innern zu finden.



Beleuchtung und Sichtachsen



Kontrollierte Durchgänge



Gegliederte Eingangszonen

Die Übergangsbereiche zwischen dem öffentlichen Fußweg und dem halböffentlichen Treppenhaus von Mehrfamilienhäusern wurden oft durch einen Wechsel der Richtung und der Höhenlage und durch einen Wechsel der Bodenoberfläche sowie der räumlichen Umschließung gestaltet. Die sanfte Barriere einer Sitzmauer vor der Eingangstür stärkt die Eingangsfunktion und grenzt das Grundstück halböffentlich ab.

Ansprechpartner:
Landeshauptstadt Hannover
Roland Kastner
Fachbereich Planung
Rudolf-Hillebrecht-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/168-46468



Förderung einer aktiven Bewohnerschaft durch Wohnungsunternehmen

Stellungnahme Carsten Schwettmann, Oberbürgermeister der Stadt Delmenhorst



Wirkungsvolle kommunale Kriminalprävention muss selbstverständlicher und zugleich spezifischer Bestandteil der Leitlinien der Stadtentwicklung sein.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Kriminalität sich mittel- und langfristig und damit nachhaltig nur dann verringern lässt, wenn die gemeinsamen Ursachen verschiedener Kriminalitätsfelder beachtet und verändert werden. Grundsätzlich muss gelten, dass im Zusammenleben vor Ort, im Stadtteil, im Wohnquartier der Kriminalität und damit der Gewalt, der Suchtgefährdung und der Fremdenfeindlichkeit der Nährboden entzogen werden muss. Dies kann gelingen durch die Gründung und Unterstützung von Behörden und Institutionen übergreifenden Netzwerken zur gemeinsamen Erarbeitung von klaren Zielen und der gezielten Verankerung von gebiets- bzw. -problemspezifischen Maßnahmenbündeln.

Planungsempfehlungen zur Gestaltung von Neubaugebieten

• Eingangsbereich

Blickfang – Kennzeichnung von Eingängen zum schnellen Auffinden von Gebäudeeingängen, deutliche Erkennbarkeit des Eingangs von der Straße aus.

Durchblick – Gut einsehbarer, heller und großzügiger Eingangsbereich mit Fenstern, Lichtschlitzen oder transparenten Türen für Ein- / Ausblicke vor Ein- und Austreten; transparente Lösungen für die innere Erschließung (Keller, Tiefgarage, Hof); Einsehbarkeit der Wege bis zum Haus bzw. bis zu den Parkplätzen; Dauerbeleuchtung des Eingangsbereiches (Bewegungsmelder).

Niedrigbepflanzung des Vorbereichs – Vermeidung einer ‚Verbuschung‘ des Eingangsbereiches; Sicherung des Blickkontaktes zwischen Haus und Straße, keine Versteckmöglichkeiten.

• Innenhof

Verschließbare Hoftore – Trennung zwischen öffentlichem, halböffentlichem und privatem Bereich durch Tore und Türen; Abschließen von Hoftoren.

Abschließbare Nutzräume – Abschließbare Zugänge zu allen Nutzräumen im Haus.

Innere Sichtbezüge – Überprüfung der Sichtverbindungen zwischen Wohnungen und Innenhöfen in der Planung.

Standorte der Abfallbehälter – Keine Anordnung der Abfallsammlung in unbelebten und unübersichtlichen Bereichen abseits der Wege oder des Hauses.

• Erschließung

Übersichtliches Wegenetz – Klare Struktur des Straßen- und Wegenetzes; attraktive Wegeführung mit direkten Verbindungen und Weitsicht.

Wegebündelung – Keine Trennung der Verkehrsarten, Bündelung von Wegen (Straße, Radweg, Fußweg) zur Erhöhung der Nutzungsfrequenz.

Sichere Durchgänge – Vorrang oberirdischer Wegeführung; Zuordnung anderer Nutzungen (Laden, Kiosk etc.) zu Durchgängen/ Unterführungen.

ÖPNV-Anschluss – Anbindung der Wohnstandorte an den öffentlichen Nahverkehr; transparente Wartehäuser, gute nächtliche Ausleuchtung der Wege.

Fußwegbreite – Entlang von Gebäuden mind. 250 cm zur störungsfreien Begegnung von 2 Personen ohne Ausweichdruck; mind. 350 cm für Gehen in 3 Bahnen.

Verkehrsberuhigung – Verlangsamung, Verringerung der Fahrgeschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs, Rechts-vor-Links-Regelung zur Erhöhung der Aufmerksamkeit.

Tiefgaragen – Heller und übersichtlicher Grundriss, max. Tageslichteinfall ermöglichen, Dauerbeleuchtung, keine Nischen und Winkel, durch transparente Zäune voneinander getrennte Abstellplätze, Begrenzung der Größe von Tiefgaragen, transparente Eingangs- und Durchgangstüren, Alarmknöpfe (optischer und akustischer Alarm).

Parkplätze – Kleine Parkplatzbereiche, Nähe zur Wohnbebauung, gute Ausleuchtung, Parkbuchten parallel zur Straße anordnen.

• Verantwortlichkeit

Sozial verträgliche Maßstäblichkeit – Überschaubare Größe von Gebäuden, Siedlung und öffentlichen Räumen; eine Zugehörigkeit vermittelnde Quartierbildung (50-100 WE als untere Ebene des Wohnnahbereichs).

Räumliche Gliederung – Unterteilung des Raumes in übersichtliche Einheiten.

Nachbarschaftsentfernungen – Sicht- und Rufkontakt innerhalb der räumlichen Einheiten als Größenkriterium.

Muster für den Neubau von Einfamilienhausgebieten

Einfamilienhausgebiete sind in der Regel reine Wohngebiete. Am Tag sind die Straßen menschenleer, weil sich die Bewohner bevorzugt auf ihren eigenen Grundstücken aufhalten und Besorgungen – auf Grund fehlender Läden des Einzelhandels im Quartier – mit dem Auto erledigt werden. Die Angst vor Einbrüchen führt zu einer Konzentration der kriminalpräventiven Maßnahmen auf die technische Haussicherung.

Städtebauliche Rahmenbedingungen spielten in Einfamilienhausgebieten bisher keine große Rolle, weil jeder Bauherr primär auf seine Parzelle fixiert ist. Dies führte zu hermetisch abgeschlossenen, aneinander gereihten Grundstücken ohne Siedlungszusammenhang. Nach außen kommunizieren solche Gebiete, dass nicht die Siedlung sich schützt, sondern nur jeder einzelne Bauherr sein Anwesen wie eine Burg zu sichern versucht. Zur Kriminalprävention gehört aber auch die gestalterische Symbolisierung der Wachsamkeit und die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhangs. In dieser Hinsicht sind **fünf Gestaltungsmuster** besonders zu beachten:

- Mit dem Muster des ‚Stadttores‘ wird der Zugang zum Wohnquartier markiert. Ein anderes Muster, das eine **kontrollierte Zugänglichkeit** anzeigt, ist ein Sackgassensystem, wie es bereits Oscar Newman für den „Defensible Space“ konzipiert hat.
- Vorgärten und die Umzäunungen sollten so gestaltet sein, dass das Geschehen im öffentlichen Straßenraum aus allen Häusern gut überblickt werden kann. Über Festlegungen in **Gestaltungssatzungen** – wie z.B. die max. Tiefe von Vorgärten, die max. Höhe von Hecken und Zäunen oder auch die Art der Begrenzungen (lebende Hecken, niedrige Mauern, keine undurchsichtigen Holzzäune) – kann dies erreicht werden.
- Ein weiteres wichtiges Merkmal für die **Übersichtlichkeit** sind Gebäudevorsprünge mit Verglasungen und die konsequente Anordnung der Fenster zum Straßenraum.



Wohnsiedlung Sibeliusparken im Großraum Kopenhagen

Als erstes städtebauliches Präventionsprojekt in Dänemark wurde diese Siedlung Mitte der 80er Jahre auf einer Industriebrache erbaut. Ziel war es, Bauformen zu entwickeln, die Voraussetzungen schaffen für ein hohes Maß an sozialer Kontrolle, **um darüber Vandalismusschäden und Einbruchsdiebstähle einzudämmen**. In den letzten 10 Jahren gab es nur fünf Vorfälle von Vandalismus und Graffiti.

Sibeliusparken ist eine geschlossene, **nach innen gerichtete Wohnanlage** mit städtischem Charakter. Die Haupteinfahrachsen des Quartiers werden durch „Gebäude-Tore“ markiert. Das Gebiet ist **autofrei** und kann nur zu Fuß oder mit dem Fahrrad über einige wenige Eingangstore betreten werden. Diese Rahmenbedingungen wirken auf Einbruchsdiebstahl abschreckend, da direkte und schnelle Fluchtmöglichkeiten mit dem PKW fehlen.

Durch die Anordnung der Gebäude sind in Sibeliusparken **schmale Gassen und kleine Plätze** entstanden, auf denen das öffentliche Leben der Bewohnerinnen und Bewohner stattfindet. Besonderer Wert wurde auf die **Gestaltung der Übergänge von öffentlichen zu halb-öffentlichen und privaten Bereichen** gelegt. Eingangsbereiche sind durch Hecken oder niedrige Mauern vom Weg abgetrennt, private Gärten wechseln mit halböffentlichen Aufenthaltsflächen vor den Häusern.


Da im Wohngebiet Sibeliusparken keine Autos fahren dürfen, können sich Kinder und Erwachsene sicher im öffentlichen Raum bewegen. **Kleine Parkplatzbereiche** außerhalb der Wohnanlage sind den Wohnhäusern in max. 100 Meter Entfernung zugeordnet und können über Stichwege erreicht werden, die von den Häusern gut einsehbar sind.

Die Reihenhäuser stehen in Sibeliusparken versetzt, wodurch **Vor- und Rücksprünge in den Hausfassaden** entstehen. **Balkone, Wintergärten und belebte Innenräume** sind den Eingängen zugeordnet. Dadurch entstehen so genannte „Fensterplätze“, die zum Blick nach draußen einladen und eine gute Sicht von der Wohnung auf die Eingangsbereiche und in das Wohnumfeld ermöglichen.

Informationen zu Sibeliusparken unter <http://hjem.get2net.dk/gronlund/Sibeliuskrim1.htm>

Kriterien zur Kriminalprävention im Städtebau in Dänemark

- Einteilung neuer Stadtteile in **kleine Quartiere**
 - **Mischung verschiedener Bau- und Eigentumsformen**, um die soziale Integration verschiedener Altersgruppen und Einkommensgruppen zu fördern
 - **Gliederung des Freiraumes** in Zonen verschiedenen Öffentlichkeitsgrades
 - **Schaffung halböffentlicher Zonen**, die nur einem begrenzten Nutzerkreis zur Verfügung stehen und dadurch sozial kontrollierbar sind
 - **Gestaltung der Hauseingänge** als halböffentliche Zonen
 - **Berücksichtigung von Kontakt- und Spielbereichen** in den Hausvorzonen
 - **Ausstattung der Hausvorzonen** mit Schuppen, Sitzplatz, Vorgarten
 - **Schaffung von Aufenthaltsorten**: Sitzplätze, Grillplätze im Freiraum
 - **Gemeinschaftshäuser**, um Kontakte unter der Bewohnerschaft zu fördern
 - **Gezielte Beleuchtung**: Wege, Stellplätze, Eingangsbereiche
 - **Kleinere Stellplatzanlagen** sichtbar von den Wohnungen
 - **Hausmeister** arbeiten wohnanlagenbezogen
 - **Beteiligung der Mieter** an der Verwaltung der Wohngebiete
 - **Schaffung von Angeboten** in den Wohngebieten: Kurse, Freizeitaktivitäten, kulturelle Aktivitäten
- Die Gestaltung der **Hausvorzonen** als Kontakt- und Spielbereiche führt zu einer Belebung des Straßenraumes, weil mehr Aktivitäten in die Randbereiche zum öffentlichen Raum verlagert werden. In Folge der kommunikativen Dichte können sich Nachbarschaften heraus bilden. Gestaltungsbeispiele sind Wohnstraßen mit Aufenthaltsflächen, in denen Spielflächen und Sitzecken integriert sind; niedrige Mauern um die Vorgärten, die besonders gern von Kindern zum Sitzen und Spielen genutzt werden.
 - Eine **Reduzierung oder Verlangsamung des Verkehrs** im Wohnquartier hat den Vorteil, dass Fluchtwege – insbesondere für Wohnungseinbrecher – zu kompliziert werden. In Verbindung mit der guten Sichtbarkeit Fremder im öffentlichen Raum erhöht sich das Risiko, entdeckt zu werden.



Die Öffnung der osteuropäischen Grenzen Anfang der 90er Jahre hat auch in den ländlich geprägten Gebieten Niedersachsens zu einer erhöhten Zuwanderung aus den ehemaligen GUS-Staaten geführt. Die Nachfrage nach individuellen Wohnformen ist hoch und führt in einigen Kommunen dazu, dass die **zugewanderten Bevölkerungsgruppen** in den ländlichen Neubaugebieten isolierte kleine Gemeinschaften bilden und damit die Integration in das Gemeindeleben erschweren. Neben Integration fördernden Maßnahmen – wie z.B. Sprachförderung und gemeinsame Aktivitäten in der Freizeit – gibt es städtebauliche Gestaltungsmuster, die den Aufbau nachbarschaftlicher Kontakte sowie Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum fördern.

Baugebiet „Cloppenburg Esch“: Kleine Nachbarschaften – Erschließung durch Sackgassen

Das Einfamilienhausgebiet wurde im ersten Teilabschnitt Mitte der 90er Jahre fertig gestellt. Es wird nach einem Sackgassensystem erschlossen. Dadurch entstehen kleine Wohnquartiere. Die Straßen enden in rund angelegten Plätzen, um die sich jeweils vier Grundstücke gruppieren. Die Hauseinfahrten sind zum Platz geöffnet und nicht durch Eingangstore versperrt. Diese Hinwendung der Privathäuser zum öffentlichen Raum signalisiert eine gute Nachbarschaft sowie gegenseitige Wachsamkeit und wird Einbrecher eher davon abhalten, über den vorderen Eingang in die Häuser einzudringen. Unterschiedlich gestaltete Bepflanzungszonen trennen als natürliche Barriere den privaten vom öffentlichen Bereich. Hecken und Pflanzstreifen sind bis zu einer Höhe von 1,20 Meter zulässig, wodurch eine freie Sicht vom Grundstück auf den



Straßenbereich möglich ist. Die Grundstücke im „Cloppenburg Esch“ sind mit 600 qm für freistehende Einfamilienhäuser relativ klein. Um die Grundstücksfläche optimal auszunutzen, fallen die Vorgartenzonen schmal aus. Die Vorgärten dürfen eine Tiefe von 3 Metern nicht überschreiten, damit ein übersichtlicher Straßenraum entsteht.

In Cloppenburg gibt die Textur des Straßenbelages eine kleinteilige Zonierung des öffentlichen Raumes für Fußgänger und den Anwohnerverkehr vor, wobei hier eindeutig der Fußgänger Vorrang hat. Im Wohngebiet ist Tempo 30 vorgeschrieben. Aufgrund der Verkehrsberuhigung eignen sich die Wohnstraßen als Kontakt- und Spielzonen. Auf den der Straße zugewandten halbprivaten Eingangsbereichen der Grundstücke laden Bänke zu einem „Plausch“ mit der Nachbarschaft ein.

Ansprechpartner:
 Stadt Cloppenburg
 Joseph Poll
 Fachbereich 6, Planen und Umwelt
 Sevelter Str. 8
 49661 Cloppenburg
 Tel. 04471/185-316

Technische Standards der sicheren Wohnung

Die Unversehrtheit der Wohnungen als Mittelpunkt der Privatsphäre hat für die Menschen eine zentrale Bedeutung. Dabei geht es vor allem um einen wirkungsvollen Schutz vor Wohnungseinbruch. Die Polizei in Niedersachsen hat deshalb flächendeckend ein Beratungsangebot zum „sicheren Wohnen“ ausgebaut. Bei den Beauftragten für Kriminalprävention und bei den Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen der örtlichen Polizeiinspektionen und des Landeskriminalamtes bekommt man guten Rat. In der Bauherrenberatung und in der Beratung von Wohnungsinhabern bieten sie Informationen über die Gefahrenpunkte von Wohnhäusern, über die Arbeitsweise von Tätern und über die Sicherungsmöglichkeiten. Beim Einbruch werden nicht einsehbare Stellen wie z.B. rückwärtige Terrassen- oder Balkontüren bevorzugt; Fenster werden genauso häufig aufgebrochen wie Wohnungseingangstüren in Mehrfamilienhäusern.

Für die Wohnungswirtschaft ist das „sichere Wohnen“ zu einem Faktor des erfolgreichen Marktauftritts geworden. Es ist deshalb sinnvoll, Wohnungsbestände systematisch nach Sicherheitskriterien auszustatten, statt solche Maßnahmen allein dem individuellen Engagement der Mieterhaushalte zu überlassen. Technische Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Wohnungen und Wohnhäusern in den Beständen von Wohnungsunternehmen setzen im Allgemeinen auf zwei Ebenen an:

- Mechanische Sicherung von Wohnungseingangstüren und Fenstern
- Elektronische Überwachung der Siedlung und des Umfeldes

Wenn diese von außen erkennbar sind, haben sie auf Einbrecher eine abschreckende



Die Grafik aus einem kriminalpolizeilichen Ratgeber verdeutlicht, wo und wie Einbrecher eindringen.



Concierge-Bereich mit Videoüberwachung in der Großsiedlung Dortmund-Clarenberg

Wirkung. Eine Sicherheitsplakette des Wohnungsunternehmens am Gebäude signalisiert dem potenziellen Täter hohe Widerstände und die Gefahr der schnellen Entdeckung beim Einbruchversuch.

Einbruchhemmende Türen und Fenster:

Im Erdgeschoss von Mehrfamilienhäusern sollten einbruchhemmende Fenster (gemäß DIN V ENV 1627, WK 2 oder WK 3) installiert sein. Die Sicherheitskennzeichen der Widerstandsklassen WK 2 und WK 3 sind robuste Beschläge und Verbundsicherheitsglas. Die Beschläge bestehen aus umlaufenden Verriegelungen („Pilzzapfen“). Die Vorteile des Verbundsicherheitsglases bestehen darin, dass es nach der neuen DIN-Norm EN 356 in der Widerstandsklasse P 4 A bis P 8 B den Durchwurf von Steinen hemmt und nur schwer durchbrochen werden kann. Wohnungseinbrecher können solche Fenster nur mit besonderen Werkzeugen und mit einem erhöhten Zeitaufwand überwinden. Die Erfahrungen zeigen, dass das Verbundsicherheitsglas in Kombination mit dem Aufheberschutz des Verriegelungssystems der Beschläge Wohnungseinbrüche wirkungsvoll verhindern. Einen effektiven Schutz bietet auch die Sicherung von Wohnungseingangstüren. Empfohlen werden in der Regel **einbruchhemmende Wohnungseingangstüren** (gemäß DIN V ENV 1627, WK 2 oder WK 3). Die Sicherheitsmerkmale dieser Widerstandsklassen sind: ein stabiles Türblatt, ein besonders befestigter Türrahmen, verstärkte und verankerte Schließbleche, ein spezielles Schließsystem mit Mehrfachverriegelung und ein Schutzbeschlag mit Ziehschutz bzw. mit ziehgeschütztem Zylinder.

Überwachung des Umfeldes:

Einen hohen Stellenwert für die Sicherheit in Mehrfamilienhäusern besitzen Zugangskontrollen, die Beleuchtung und die Überwachung des Umfeldes. Über eine Sprechanlage kann frühzeitig festgestellt werden, wer Einlass begehrt. In der neuen Form der Videosprechanlage kann der Besucher aus der Wohnung auch optisch in Augenschein genommen werden. Eine gute Beleuchtung im Haus und um das Haus herum schreckt potenzielle Einbrecher ebenfalls ab. Eine automatische Lichtsteuerung über Außenbewegungsmelder ist sowohl im Hauseingangsbereich als auch zur Ausleuchtung von Wegen und des Grundstückes sinnvoll. Zugenommen hat auch die Bedeutung der Überwachung von Wohnhäusern durch **Videoanlagen**.



Pilzzapfen eines Sicherheitsbeschlages, der beim Verschließen von Fenster und Türen hinter stabile Schließteile greift

Ereignisse in Tiefgaragen, im Eingangsbereich des Wohngebäudes und auf dem umliegenden Grundstück werden dadurch sichtbar (Datenschutz beachten). In Verbindung mit einem digitalen Langzeitvideorekorder können die Vorkommnisse auch dokumentiert werden. Der Hausmeister, ein Hauswart (im Sinne einer Concierge) oder ein privater Wachdienst können die Überwachung leisten.

Ansprechpartner:

Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle des Landeskriminalamtes Niedersachsen
Tel. 0511/26262-2403

Beauftragte für Kriminalprävention und Polizeiliche Beratungsstellen bei den örtlichen Polizeiinspektionen;

Informationen im Internet unter:
www.polizei.niedersachsen.de

Plaketten als Präventionssymbole

In 90 Prozent der Fälle sind Gelegenheits-täter für Wohnungseinbrüche verantwort-lich. Sie gehen mit „kleinen“ Werkzeu-gen wie Schraubendreher oder Zangen vor und halten gezielt Ausschau nach schlecht gesicherten Türen, Fenstern und Balkonen. Im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit genießt die Einbruchs-prävention daher seit langem hohe Priorität.

Präventionsplakette Gütersloh

Den Weg, den die Kreispolizeibehörde in Gütersloh in Nordrhein-Westfalen im Rah-men der polizeilichen Sicherheitsberatung mit dem Konzept einer Präventionsplakette seit 1995 beschreitet, ist bundesweit einmalig. Das Team des „Kommissariats Vorbeugung“ hat eine Checkliste mit Sicherheitsstandards und ein Beratungs-konzept rund um die Plakette erarbeitet. Im Vordergrund der Sicherheitsberatung steht der Gebäude- bzw. Wohnungsschutz.

Die Beratung erfolgt durch einen der 36 Bezirksdienstbeamten und ist, wie die Pla-kette selbst, kostenlos. Neben der Ver-mittlung verhaltenspräventiver Maßnah-men überprüft die Polizei den Sicherheits-zustand des Objektes, erstellt eine Schwachstellenanalyse und leitet daraus notwendige Nachrüstungsvorschläge für den Haus- bzw. Wohnungseigentümer ab. Die Plakette wird nach einem zweiten „Sicherheitscheck“ vergeben, wenn die geforderte Sicherheitstechnik umgesetzt wurde. Die Plaketten können in der Nähe potenzieller Einbruchsstellen montiert werden. Inzwischen belohnen die Versi-cherungen die Bemühungen von Polizei und Eigentümern mit Prämiennachlässen von 10 bis 20 Prozent auf die gesamte Hausratversicherung.

Niederländisches Prüfkennzeichen Sicheres Wohnen

Das Projekt „Sicheres Wohnen“ startete 1994 in den Niederlanden als Pilotprojekt des Innenministeriums (Politiekeurmerk Veilig Wonen) und zielt ebenfalls auf Ein-bruchsprävention, aber auch auf die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsge-



fühls der Bewohnerschaft in ihrem Viertel. Auf der ersten Handlungsebene geht es um Sicherheitsstandards für „Bestehende Wohnungen und das Wohnumfeld“. Dabei werden drei Prüfkennzeichen unterschieden:

- Das Zertifikat „Wohnung“ richtet sich an Eigentümer oder Mieter einer bestehenden Wohnung. Es wird von der Polizei auf Antrag verliehen, wenn vorgeschriebene Sicherheitsanfor-derungen erfüllt werden. Per Aufkleber am Haus wird die Zertifizierung außen an Türen und Fenstern dokumentiert. Die Begutachtung und die Zertifizierung sind kostenlos, die Umbaukosten muss der Haus- und Wohnungseigentümer tragen.
- Das Zertifikat „Komplex/Apartmenthaus“ wendet sich vor allem an Wohnungs-gesellschaften und Eigentümergemein-schaften in Mehrfamilienhäusern.
- Das Zertifikat „Wohnumfeld/Viertel“ wird Kommunen und ihren Planungs-fachbereichen für eine ganzheitliche kriminalpräventive Quartiersgestaltung verliehen.

Wenn 60 Prozent aller Wohnungen und 60 Prozent aller Komplexe in einem Viertel alle drei Zertifikate erhalten haben, vergibt die Polizei das Gütezeichen „Sicheres Woh-nen in bestehenden Bauten“ („Keurmerk Veilig Wonen in bestaande bouw“).

Auf der zweiten Handlungsebene stehen Sicherheitsstandards für „Neubauviertel“ im Blickpunkt. Im „Handbuch für Sicheres Wohnen in Neubauvierteln“ wird eine Vielzahl von Gestaltungsmustern aufge-führt, die einen Beitrag zur Verbrechens-verhütung und Angstverminderung leis-ten können. Die Planungen werden auf fünf Handlungsebenen (siehe Kasten) nach einem Kriterienkatalog überprüft. Um das Gütezeichen zu erhalten, muss eine bestimmte Punktzahl erreicht wer-den. Unter der Rubrik „Spezifische Funk-tionen innerhalb der Wohnumgebung“

werden z.B. Kinderspielbereiche, die im Blickfeld von den Wohnhäusern geplant sind, mit Punkten belohnt.

Für Neubauten und bei größeren Moder-nisierungsmaßnahmen ist die Vergabe des Gütezeichens seit dem 1. Januar 1999 in den gesamten Niederlanden gesetzlich vorgeschrieben, allerdings beschränkt auf den Bereich der techni-schen Einbruchsicherheit. Nach Angaben des niederländischen Innenministeriums hat sich das Einbruchrisiko bei Gebäuden mit dem Prüfkennzeichen um mehr als 90 Prozent verringert.

Gütezeichen „Sicheres Wohnen“ in den Niederlanden

Die fünf Handlungsebenen für Sicher-heitskriterien in Neubauviertel sind:

- **Planung des Stadtviertels:** Größe des Viertels, Siedlungsdichte, Höhe und Umfang, Zugang zum Gebiet mit dem Auto und dem Fahrrad
- **Bauplanung:** Siedlungen, Doppel-häuser, Einfamilienreihenhäuser auf Blockparzellen oder Reihenparzellen, Innenhöfe, eingeschlossene Plätze
- **Spezifische Funktionen innerhalb der Wohnumgebung:** Parken im Freien, Privatgaragen, Spielplätze, Verbindungswege, Unterführungen, ÖPNV- Haltestellen
- **Beteiligung und Verantwortung der Bewohnerschaft:** Nachbar-schaftsverwaltung, Hausbeobach-tung, Unterhalt, Überwachung
- **Bauliche Gestaltung:** Ausrichtung der Wohnräume, niedrige Dächer, Haupteingang, Objektschutz

Ansprechpartner:

Kreispolizeibehörde Gütersloh
Kriminaloberkommissar Heinz Schulting
Herzebrocker Str. 142
33 334 Gütersloh
Tel 05241/869-1521

Regiopolitie IJsseland/Niederlande
Politie IJsseland
Adrie Vaarkamp (Projektkoordinator)
Kogelaan 8
8017 JN Zwolle, Niederlande

Engagement durch Beteiligung

Seit Oscar Newman das Leitbild des Schutz bietenden Raumes (defensible space) geprägt hat, wird das Engagement der Bewohnerschaft als eine wichtige Komponente der Kriminalprävention bewertet. ‚Wehrhaft‘ und ‚verteidigungsbereit‘ ist ein Wohnquartier nur, wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohnern ‚zu verteidigen‘ wissen. Es steigert die Lebensqualität, wenn man der Nachbarschaft vertrauen und sich darauf verlassen kann, dass sie genau so wachsam die Ereignisse im Quartier beobachtet, wie man das selber tut.

Das Abtreten von Verfügungsrechten an die Bewohnerinnen und Bewohner hilft, deren Engagement für das Wohnhaus und die Wohnsiedlung anzuregen und zu fördern. Mit der **Übernahme von Verantwortung** für einen Mietergarten, für die Pflege des Vorgartens oder für andere Dinge im und am Haus steigt der Interessenspegel. Besonders bewährt haben sich auch **Beteiligungsprozesse**: Denn für Wohnangelegenheiten, die mit gestaltet worden sind, bringen Bewohner im Allgemeinen ein größeres Verantwortungsgefühl auf.

Akzeptanz von geplanten Maßnahmen durch Beteiligung höher

Ende der 80er Jahre initiierte die **Stadt Lüneburg** per Ratsbeschluss ein Vorhaben zur **Verbesserung der Spielmöglichkeiten** für alle Altersgruppen im Stadtgebiet. Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und andere Interessierte werden **an den Planungsprozessen beteiligt**. Die Akzeptanz von geplanten Maßnahmen ist höher, wenn die Mitwirkung der Betroffenen bereits in der Planungsphase beginnt. Die Beteiligung führt zu einer **stärkeren Verantwortlichkeit und Zuständigkeit für den mitgestalteten Lebensraum**. Die öffentlichen (Spiel-) Räume und Ausstattungen werden in Lüneburg seit Einführung dieses Verfahrens weniger zerstört und gleichzeitig mehr genutzt.

In der praktischen Umsetzung haben sich in Lüneburg **fünf Handlungsschritte** zur Einbeziehung der Betroffenen bewährt:

- Das Garten- bzw. Grünflächenamt fertigt einen **grob strukturierten Plan** in skizzenhafter Darstellung mit allen Elementen, die bei jeder Planungsidee zu berücksichtigen sind, z.B. Sicherheitsvorrichtungen.

- Per Wurfsendung werden Einladungen zu einem kurzfristigen **Planungsgespräch vor Ort** verteilt. Das Faltblatt enthält die Planskizze und Erläuterungen.
- Auf dem Vor-Ort-Termin werden die Planungsabsichten und die Rahmenbedingungen vorgestellt. Hier erhalten die Betroffenen die Möglichkeit, ihre **Vorstellungen und Wünsche** einzubringen. Im gemeinsamen Austausch wird versucht, die wesentlichen Entscheidungen für die geplante Maßnahme zu treffen.
- Auf dieser Diskussionsgrundlage entsteht der (endgültige) Plan, der abschließend noch einmal mit den Betroffenen erörtert wird.
- Der abgestimmte Plan wird baulich umgesetzt und wenn die finanziellen Mittel es zulassen, wird der neu gestaltete Stadtraum mit einem Fest eingeweiht.

Empfehlungen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Planungsprozessen

Veranstaltungsorte: Soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs, Kultureinrichtungen, Kirchenräume, Alteneinrichtungen als Treffpunkte auswählen.

Planungsalternativen: Neben frühzeitiger Information auch gemeinsame Lösungsfindung betreiben; Erörterung konkreter Möglichkeiten mit Offenheit für alternative Lösungen.

Neue kooperative Methoden: Anwendung neuer Beteiligungsmethoden wie z.B. Stadtpaziergänge, aktivierende Bürgerbefragungen, Planungswerkstätten, Planspiele / Planen mit Modellen (Planning for Real); Einbezug örtlicher Institutionen wie Volkshochschule (VHS).



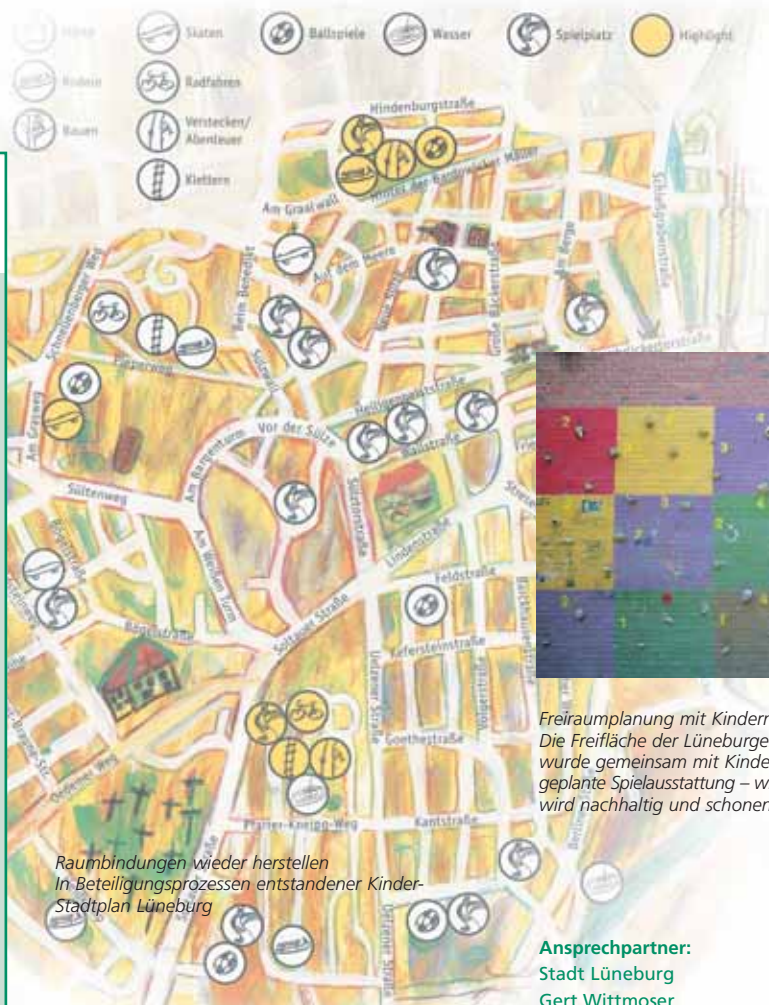
*Kontakt-Kunst als Beteiligungsform
Im Lüneburger Stadtteil Kaltenmoor gestalteten Künstler den Calla-Brunnen. Die Sandsteine auf der kreisförmigen Sitzmauer um den Brunnen herum wurde von Anwohnern bearbeitet. Wegen der hohen Identifikation mit der Brunnenanlage als Gemeinschaftswerk sind seit 6 Jahren keine Vandalismusschäden aufgetreten.*

Spielplatzinitiative „Parkwiesen“- Ehrenamtliches Engagement in einem Wohngebiet

Im Wohngebiet „Parkwiesen“ in Neustadt/Rbge. fehlte eine Spielfläche. Planungsrechtlich war ein „Kinderspielplatz“ auf einem städtischen Grundstück ausgewiesen; die Realisierung blieb allerdings aus, da es an öffentlichen Mitteln fehlte. Die Stadtverwaltung konnte lediglich eine Anschubfinanzierung für die Fläche anbieten. Die Initiative „Spielplatz Parkwiesen“ akquirierte ein Drittel der benötigten Finanzmittel bei Nachbarn, bei Firmen und Handwerkern, die im Neubaugebiet arbeiteten, sowie bei regionalen und überregionalen Sponsoren (große Firmen, kirchliche und andere Institutionen). Das Gestaltungskonzept wurde in Abstimmung zwischen der Stadtplanung und Vertretern der Initiative erarbeitet. Der städtische Bauhof übernahm die fachgerechte Montage der Spielgeräte. Bei den Sandspielbereichen und dem Spielhügel griffen die Mitglieder der Initiative zu Hacke, Schaufel und Schubkarre. So ist mit ehrenamtlichem Engagement und körperlichem Einsatz in Zusammenarbeit mit der Verwaltung innerhalb von viereinhalb Jahren eine Spielfläche für Kinder bis etwa 13 Jahren entstanden. Über die gemeinsame Arbeit haben sich enge nachbarschaftliche Beziehungen entwickelt: Eine gegenseitige Wachsamkeit und Aufmerksamkeit, nicht nur für den Spielplatz, kann vorausgesetzt werden.

Förderung von Nachbarschaft über projektbezogene Beteiligungsformen

Die Stadt Cloppenburg verfolgt das Ziel einer kinder- und familienfreundlichen Stadt. Im Rahmen des Bundes-Modellprojektes „Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune“ hat Cloppenburg ein Verfahren zur „Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfung“ entwickelt. Adressaten sind in erster Linie die Ämter in der Verwaltung, private Investoren, Bauleute und Architekten. Ziel der Verwaltung ist es, **interdisziplinäres Denken**



*Raumbindungen wieder herstellen
In Beteiligungsprozessen entstandener Kinder-
Stadtplan Lüneburg*



*Freiraumplanung mit Kindern
Die Freifläche der Lüneburger Grundschule Neuhagen
wurde gemeinsam mit Kindern entwickelt. Die dabei
geplante Spielausstattung – wie z.B. eine Kletterwand –
wird nachhaltig und schonend behandelt.*

zu fördern und für eine kinder- und familienfreundliche Stadtplanung zu sensibilisieren. Im **Prüfkatalog** ist festgeschrieben, dass die Prüfverfahren durch Beteiligungsverfahren zu ergänzen sind. Erste Erfahrungswerte zu diesem Beteiligungsansatz werden im Cloppenburger Baugebiet „Alte Kämpfe“ gesammelt. Es wird gegenwärtig erschlossen und umfasst 90 Grundstücke. Rund die Hälfte aller Grundstücke wurden von Bevölkerungsgruppen aus den ehemaligen GUS-Staaten gekauft. **Die Integration der zugewanderten Bevölkerungsgruppen** war in anderen Wohngebieten bisher sehr schwierig. Jetzt will die Stadt über ein **projektbezogenes Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren** Voraussetzungen schaffen, damit sich die Bewohner innerhalb des Baugebietes über gemeinsame Aktivitäten kennen lernen. Geplant ist, den **Grüngürtel** und die **Spielflächen** gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen zu gestalten, wenn die Familien in das Gebiet gezogen sind, und anschließend baulich umzusetzen. Dabei werden Methoden wie z.B. Zukunftswerkstätten und Planungszirkel eingesetzt.

Ansprechpartner:

Stadt Lüneburg
Gert Wittmoser
Stadtgrün & -Service
Rathaus
21335 Lüneburg
Tel. 04131/8709-11

Spielplatzinitiative Parkwiesen

Wilfried Crysmann, Geschwister-Scholl-Str. 21
Gerald Kemper, Carl-Friedrich-Goerdeler-Str. 25
31535 Neustadt/Rbge.
Tel. 05032/61723 bzw. 94585

Stadt Cloppenburg

Joseph Poll
Fachbereich 6, Planen und Umwelt
Sevelter Str. 8
49661 Cloppenburg
Tel. 04471/185-316

Sicherheitsmanagement der Wohnungsunternehmen

Ein engagiertes Wohnungsunternehmen, das sich zuverlässig um seine Kunden kümmert, schafft Zufriedenheit unter der Mieterschaft und erhöht nicht nur die Bindung an das Unternehmen, sondern auch an die ausgewählte Wohnanlage und den Stadtteil. Die Zufriedenheit mit dem Wohnungsunternehmen ist eine wichtige Voraussetzung, dass die Mieterinnen und Mieter bereit sind, sich auch für die Wohnbereiche außerhalb ihrer Wohnung verantwortlich zu fühlen. Schäden im Treppenhaus, defekte Glühbirnen der Außenbeleuchtungen oder Schmutz im Hauseingang werden schneller angezeigt oder selbst beseitigt.

Für die Wohnzufriedenheit der Mieter sind nicht nur die harten Faktoren wie Größe und Zustand der Wohnung entscheidend, sondern zunehmend auch weiche Faktoren wie Nachbarschaften, Betreuung und Image. Die Wohnungsunternehmen spüren den zunehmenden sozialen Handlungsdruck in problematischen Beständen: Sie sind betroffen von Mietausfällen, von Verwahrlosung und hohem Instandsetzungsaufwand für Vandalismusschäden an Wohnungen und Gebäuden, von Beschwerden der Mieter über unangemessenes Wohnverhalten der Nachbarn und von wachsenden Wohnungsleerständen in Gebieten mit unattraktivem städtebaulichen und sozialen Wohnumfeld.

Zur Lösung dieser Probleme ist neben dem technischen und kaufmännischen auch ein soziales Management der Wohnungsunternehmen erforderlich. Sicherheitsmanagement bedeutet deshalb in der Wohnungswirtschaft die **Verzahnung von technischen, baulichen und sozialen Maßnahmen**, um die Vermietbarkeit der Wohnungen zu sichern, die Wohnungsbestände langfristig zu erhalten und dauerhafte, ausgewogene und stabile Nachbarschaften zu fördern.

Instrumente des sozialen Managements

Maßnahmen zur Stabilisierung der Wohnungsbestände, zur Verhinderung der Auflösung von Nachbarschaften und der Entstehung von stigmatisierten Gebieten lassen sich in vier Ansätze aufteilen:

Problembezogene Ansätze, z.B. Miet-schuldenberatung, Konfliktmanagement, Einsatz von Sicherheitsdiensten, sozial sensible Belegungspolitik, Planung sozialer Einrichtungen bei Neubau, Modernisierung und Wohnumfeldgestaltung.

Quartiersbezogene Ansätze, z.B. Einrichtung soziokultureller Stadtteilzentren und Betreuungseinrichtungen, Sicherung der Standorte von Läden und Kioske,

Aufbau einer Quartiersöffentlichkeit in lokalen Einrichtungen

Im Stadtteil Siebethsburg in **Wilhelmshaven** gehört ein Großteil des Wohnungsbestandes dem **Rüstringer Bauverein**. Seit 1994 kümmert sich eine **Seniorenberaterin** um die Wünsche und Nöte der älteren Kundinnen und Kunden. Im Bedarfsfall können Hilfen im medizinischen, pflegerischen und hauswirtschaftlichen Bereich angeboten werden. Für Veranstaltungen, Aufführungen und sonstige Aktivitäten wurden **öffentliche Kommunikationsräume** im Quartier eingerichtet, die alle Mieter nutzen können. Mit den benachbarten Schulen und Vereinen wurden Partnerschaften aufgebaut, um gemeinsam Projekte durchzuführen. Ende der 90er Jahre wurde die vorhandene Infrastruktur durch die **Kindertagesstätte „KIDS 24“** mit 25 Plätzen ergänzt. Die Räumlichkeiten hat der Bauverein aus dem Bestand zur Verfügung gestellt und die Umbaumaßnahmen sowie die Erstausrüstung finanziert. Mit dem Träger der Einrichtung wurde im Kooperationsvertrag festgeschrieben, dass vorrangig Kinder von Genossenschaftsmitgliedern aufgenommen werden.

Die **Braunschweiger Baugenossenschaft** fördert in sozial schwachen Stadtteilen Nachbarschaftshilfe. Mit Institutionen, wie z.B. Polizeidienststellen, Schulen, Kindergärten, Sportvereinen, Gartenvereinen und Kirchengemeinden werden **bürgernahe Veranstaltungen** durchgeführt. Im Westen Braunschweigs besitzt das Unternehmen 1.000 Wohnungen im Sackringviertel. Das Wohngebiet fiel durch Jugendkriminalität und Drogenkonsum auf. Über die **Stadtteilrunde** initiierten die Baugenossenschaft und die Kirchengemeinde St. Jacobi ein gemeinsames Vorhaben. Die Baugenossenschaft unterstützt die Betreuung der Jugendlichen in einem **Jugendtreff** der Kirchengemeinde seit Herbst 1998 durch regelmäßige finanzielle Zuwendungen.

Der „Bürgertreff Kapellenstraße“ wurde durch das Zusammenwirken der **Einbecker Wohnungsbaugesellschaft**, des Diakonischen Werkes und verschiedener Ämter der Stadtverwaltung Einbeck ins Leben gerufen. In dem Wohngebiet leben überwiegend sozial benachteiligte Familien und Single-Haushalte; in den letzten Jahren sind verstärkt Spätaussiedler zugezogen. Das Wohnungsunternehmen stellt die **Räumlichkeiten für den Bürgertreff** zur Verfügung und gibt einen **Zuschuss zu den Personalkosten**. Die Angebote umfassen Sprachkurse, Spielkreise, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Der Bürgertreff wird von einem Lehrer russischer Herkunft geleitet.

Ansprechpartner:

Bauverein Rüstringen eG
Lutz Weber
Störtebekerstraße 1
26836 Wilhelmshaven
Tel. 04421/3692-0

Braunschweiger Baugenossenschaft eG
Andreas Gehrke
Celler Straße 66-69
38114 Braunschweig
Tel. 0531/2413-160

Einbecker Wohnungsbaugesellschaft mbH
Walter Watermann
Hubeweg 12
37574 Einbeck
Tel 05561/7907-32



Senioren-Nachmittag im „Ihr Treff-Auf Siebethsburg“ in Wilhelmshaven



Kindertagesstätte des Bauverein Rüstringen in Wilhelmshaven



Offene Jugendarbeit im St. Jacobi-Jugendkeller – unterstützt von der Braunschweiger Baugenossenschaft

Nachbarschaftshilfevereine, Organisation von Mieterfesten und Sportveranstaltungen, halb ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe, Tauschringe.

Projektbezogene Ansätze, z.B. gemeinschaftliche Projekte und Beschäftigungsprojekte für arbeitslose Jugendliche wie Zweiradwerkstätten, Gebäuderenovierung, Mietercafé, die gleichzeitig auch das Dienstleistungsangebot im Wohngebiet verbessern.

Zielgruppenspezifische Angebote, z.B. Seniorenberater und Altenbetreuer, Wohnungsanpassungsberatung, damit ältere Menschen länger in ihrer alten Wohnung verbleiben können, Angebote von altersgerechten Wohnungen und betreutem Wohnen, Angebote für Familien mit Kindern wie Räumlichkeiten für Kindergärten, Einrichtung von Kinderspielplätzen, Straßensozialarbeit für Jugendliche, Angebote für Migranten, um die Integration zu erleichtern (Sprachkurse) und Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen zur Erhöhung des Angebotes an sozialen Dienstleistungen im Quartier.

Förderung von Nachbarschaften

Eine „gute Nachbarschaft“ zeichnet Hausgemeinschaften aus, die relativ störungsfrei zusammenleben können und bereit sind, sich für einander zu engagieren und aufeinander zu achten. Voraussetzungen, die die Bildung von Nachbarschaften befördern, sind überschaubare Hausgemeinschaften und Gelegenheiten zum Begegnen und Kennen lernen, dazu gehören z.B.:

- **Eine überschaubare Anzahl an Mietern je Wohnhaus** (max. 3 – 4 Wohnungen je Stockwerk und 10 bis 15 Haushalte je Wohnhaus).
- **Umbau und Neugestaltung von Eingangsbereichen** (z.B. Concierge-Lösung)
- **Orte und Plätze**, an denen die Mieterinnen und Mieter aufeinander treffen können, z.B. Sitzgelegenheiten in den Außenanlagen, Grillplätze, Spielbereiche für die Kinder, Treffpunkte für die Jugendlichen.
- **Gemeinschaftseinrichtungen** in den Wohnanlagen, z.B. Mietergärten am Wohnhaus, Innenhofflächen, die nur einer überschaubaren Anzahl an Mietern zugänglich sind (halböffentliche Flächen) und die Kontaktaufnahme mit dem Nachbarn erleichtern oder Gemeinschaftsräume, die von den Mietern für private Veranstaltungen genutzt, gepflegt und verwaltet werden.

Belegungsmanagement mit Bewohnern

Im hannoverschen Stadtteil Kronsberg hat die Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH) die zukünftige Bewohnerschaft des Neubauprojekts „KronsbergKarree“ (150 WE) frühzeitig beteiligt. Um eine stabile Nachbarschaftsstruktur aufzubauen und eine nachhaltige Belegung der öffentlich geförderten Wohnungen zu erzielen, wurden folgende Schritte durchgeführt:

- Kennen lernen der Bewohnerinnen und Bewohner vor Einzug
- Auswahl der zukünftigen Wohnung nach Lage und Nachbarschaft durch die Haushalte
- Zuordnung bestimmter Häuser zu Wohnthemen wie ‚Wohnen mit Kindern‘, ‚Jung und Alt unter einem Dach‘ und ‚Integriertes Wohnen‘
- Erhebung der Wohnthemenwünsche mit Fragebogen
- Einladung zu Treffen in kleinen Gruppen und zur Bildung von Hausgemeinschaften
- Arbeitsgruppen zu den Themen Freiraumgestaltung und Gemeinschaftsräume vor und nach Bezug der Wohnungen

Ansprechpartner:

Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH)
In den Sieben Stücken 7A
30655 Hannover
Tel. 0511/6467-1

Belohnung von Nachbarschaftshilfe mit Treuepunkten

Im August 2000 hat die Neuland Wohnungsgesellschaft in Wolfsburg ein Bonussystem für ihre Kunden eingeführt. Belohnt werden Mieter, die bereit sind, sich zu engagieren. Das Unternehmen vergibt **Bonuspunkte** im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft und honoriert zudem **persönliches Engagement der Kunden**. Die Vorbereitung und Durchführung von Mieterfesten oder anderen Veranstaltungen, das **Organisieren von Nachbarschaftshilfen** oder auch **Reinigungsaktionen** im Wohnumfeld werden mit Treuepunkten belohnt. Die Anmietung einer Wohnung wird monatlich durch eine feste Punktzahl vergütet, die sich an der Wohnungsgröße und an der Höhe der Miete orientiert. Nach der Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen geben die Kundenbetreuer z.B. Bonuspunkte als Entschädigung für Belästigungen durch Lärm und Schmutz im Haus. Die Punkte können eingetauscht werden in Karten für **Veranstaltungen**. Die Angebote reichen von Konzerten, Theaterbesuchen und Sportveranstaltungen bis hin zu Städtereisen. Bei Tagestouren oder Wochenendfahrten sind in der Regel zwischen einem bis sechs Reisebusse unterwegs, die immer von einer Mitarbeiterin aus dem Team Nachbarschaftsmanagement begleitet werden. Mit diesen gemeinschaftlichen Unternehmungen werden soziale Kontakte befördert und es entsteht Vertrauen: Es können neue Nachbarschaften entstehen und nebenbei werden neue Ideen für (Hilfs-) Aktionen entwickelt.

Ansprechpartnerin:

Neuland Wohnungsgesellschaft mbH
Irina Helm
Erfurter Ring 15
38444 Wolfsburg
Tel. 05361/792-195

Datum	Punkte	Veranstaltung
Der Hit...	ab 700 pro Person	Tun Sie etwas für Ihre Fitness und gönnen Sie sich einen Besuch im „Badeland Wolfsburg“ im Allerpark. Sie wählen das Datum und die Badezeit und bekommen von uns die entsprechenden Eintrittskarten: 2 Stunden Badezeit: 700 Punkte/Person 3 Stunden Badezeit: 800 Punkte/Person 4 Stunden Badezeit: 900 Punkte/Person 3 Stunden Badezeit mit Saunabesuch: 1.000 Punkte/Person 4 Stunden Badezeit mit Saunabesuch: 1.300 Punkte/Person
12.06.02 20.00 Uhr	3500 pro Person	Die Show zum Mitrocken: „A Tribute to Buddy“ – das Musical on tour. Falls Sie das „Buddy Holly Musical“ in Hamburg nicht sehen konnten, haben Sie jetzt noch mal die Gelegenheit!
16.06.02 11.00 Uhr	1200 pro Person	The Bollywood Brass Band auf der „Internationalen Sommerbühne“ am Schloss Wolfsburg. Die neun Musiker der Band blasen Saxophone, Trompeten, Posaunen und Tubas unterstützt von Trommlern, die diesen Sound so unverwechselbar machen.

Treuepunktesystem – Neuland Wohnungsgesellschaft Wolfsburg

Kontaktsenior als Vermittler

Der ehemalige Bauhofleiter der Braker Wohnbau ist in den einzelnen Wohnquartieren des Unternehmens – trotz Ruhestand – weiterhin als so genannter „Kontaktsenior“ unterwegs. Er fährt regelmäßig auf seinem Fahrrad durch die Wohnstraßen, um nach dem Rechten zu sehen. Wenn sich Anwohner beispielsweise über Jugendliche beschwerten, die an den Abenden lautstarke Treffen auf dem Kinderspielplatz abhalten, schaut er dort vorbei und redet mit den Jugendlichen. Meistens hilft das und die Jugendlichen suchen sich Orte mit geringerem Störungspotenzial. Manchmal ist aber auch die Zusammenarbeit mit der Polizei notwendig, um den Frieden im Quartier wieder herzustellen. Bei den sensiblen Aufgaben ist es hilfreich, dass ihn viele Bewohner aus dem Quartier seit Jahren kennen und ihm vertrauen, z.B. wenn es darum geht, nach der seit Monaten nicht bezahlten Miete zu fragen oder den Streit zwischen Nachbarn zu schlichten.

Ansprechpartner:
Braker Wohnbau
Karl-Heinz Benecke
Hafenstraße 2
26919 Brake
Tel. 04401/1007-0



Kontaktsenior der Braker Wohnbau mit seinem Fahrrad

Ansatzpunkte des technischen und baulichen Sicherheitsmanagements

- Modernisierung der Wohnungen und Gebäude nach Gesichtspunkten der technischen Einbruchsicherung
- Gestaltung der Gebäudesubstanz und ihrer Ausstattung mit hochwertigen Materialien
- Übersichtliche und helle Gestaltung der Eingangsbereiche
- Transparenz und Pflege der Außenanlagen
- Kurzfristige Beseitigung von Zerstörungen und Verschmutzungen in der Wohnanlage
- Schnelle Erledigung notwendiger Reparaturen.

Maßnahmen zur sozialen Kontrolle

Nächtliche Streifengänge

Die Polizei der Stadt Lingen führte 1999 in ausgewählten Wohngebieten während der Abendstunden **verstärkte Sicherheitskontrollen** durch. Als **Ergebnis der Überwachung** fanden die Hausbewohner am anderen Morgen eine **Karte der Polizei** in ihren Briefkästen vor. Auf dieser Karte wurden im Einzelfall auch **Sicherheitsmängel** notiert, die den Beamten bei den Gebäudekontrollen aufgefallen waren. Die Evaluation dieser Maßnahme ergab, dass die Kartenaktion das Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrem Wohngebiet positiv beeinflusst.

In **Dannenberg** gab es Mitte der 90er Jahre gewalttätige Ausschreitungen durch rechtsextreme Jugendliche. Aus diesem Anlass rief der stellvertretende Samtgemeindedirektor einen „Runden Tisch“ ins Leben, an dem Vertreter der Jugendverbände und -institutionen mit der Polizei zusammenkamen, um gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln. Die Akteure des „Runden Tisches“ führten **nächtliche Streifengänge** durch, um für die Jugendlichen vor Ort **ständig präsent und ansprechbar** zu sein. Die Aktion verlief über mehrere Wochen und führte dazu, dass der „harte“ Kern rechtsradikaler Jugendlicher aus Dannenberg abwanderte. Der „Runde Tisch“ ist heute als örtlicher Präventionsrat tätig.

Ausbildung zum Seniorensicherheitsberater

In Delmenhorst wurde 1999 die Aktion „Sicherheitsberater für Senioren“ (SfS) ins Leben gerufen. Das Ziel ist, die Kriminalitätsfurcht unter den Senioren durch Beratung abzubauen. Vergleichbare Projekte gibt es in Friedberg in Hessen und in Neuwied in Rheinland-Pfalz. Die Maßnahme wird von der Polizei Delmenhorst in **Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und der Stadtaltenpflege** durchgeführt. Interessierte ältere Bürgerinnen und Bürger werden zu **Sicherheitsberatern für Senioren** ausgebildet. Die Ausbildung erfolgt durch die Polizei. Die Seniorinnen und Senioren bekommen grundlegende Kenntnisse über Vorbeugungsmaßnahmen in den Bereichen Kriminalität und Straßenverkehr vermittelt. Die kriminalpräventiven Kenntnisse werden dann an Seniorenorganisationen oder auch im privaten Umfeld an Familienmitglieder, Freunde und Bekannte weitergegeben.

Prämierungen für nachbarschaftliche Hilfen

Nachbarschaftshilfe führt dazu, dass Menschen Vertrauen und Verlässlichkeit in ihrem Wohnumfeld aufbauen. Da es intensive Nachbarschaften auf Grund veränderter Lebensformen nur noch selten gibt, lobt der Präventionsrat im Harlingerland e.V. (Wittmund) seit 1996 jährlich

Sicherheitsberatung für Senioren

Ziele der Ausbildung:

- Sachliche Aufklärung über Gefahren im Bereich der Kriminalität und im Straßenverkehr
- Abbau der Kriminalitätsfurcht
- Aufbau eines positiven Sicherheitsgefühls
- Abbau der Hemmschwelle für die Kontaktaufnahme zur Polizei
- Festigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Senioren und Polizei
- Vermittlung von vorbeugenden Verhaltensweisen
- Einsatz geeigneter technischer Sicherungen zum Schutz von Personen und Sachgütern
- Nutzung des Seniorenpotenzials zur Stärkung des Präventionsgedankens bei zukünftigen Vorbeugungsaktionen

einen Nachbarschaftspreis aus. Prämiert werden positive Beispiele einer funktionierenden Nachbarschaftshilfe. Einzelpersonen, kleinere Gruppen oder Dorfgemeinschaften, die sich für ihre Mitmenschen auf ganz unterschiedliche Art und Weise eingesetzt haben, werden für ihr Engagement ausgezeichnet. Der **Nachbarschaftspreis 2001** ging an eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürger, die regelmäßige **Reinigungsaktionen am Bahnhof** in Wittmund initiiert hatten. Das bürgerschaftliche Engagement beugt hier Verwahrlosungs- und Verschmutzungstendenzen in einem Bereich der Stadt – mit dem Stigma ‚hinter‘m Bahnhof – vor, der oft vernachlässigt und dadurch zu einer Zone der Unsicherheit wird.

Ansprechpartner:

Polizeikommissariat Lingen
Erster Polizeihauptkommissar Udo Wolf
Georgstraße 16
49809 Lingen, Tel. 0591/87-0

Örtlicher Präventionsrat Samtgemeinde Dannenberg
Roman Riedt
Rosmarienstraße 3
29451 Dannenberg, Tel. 05861/806712

Polizeiinspektion Delmenhorst
Kriminalhauptkommissar Schröter
Marktstraße 6/7
27749 Delmenhorst, Tel. 04221/1559-305

Präventionsrat Harlinger Land e.V.
Franz Andratzke
Isumser Str. 1-3
26409 Wittmund, Tel 04462/911-0

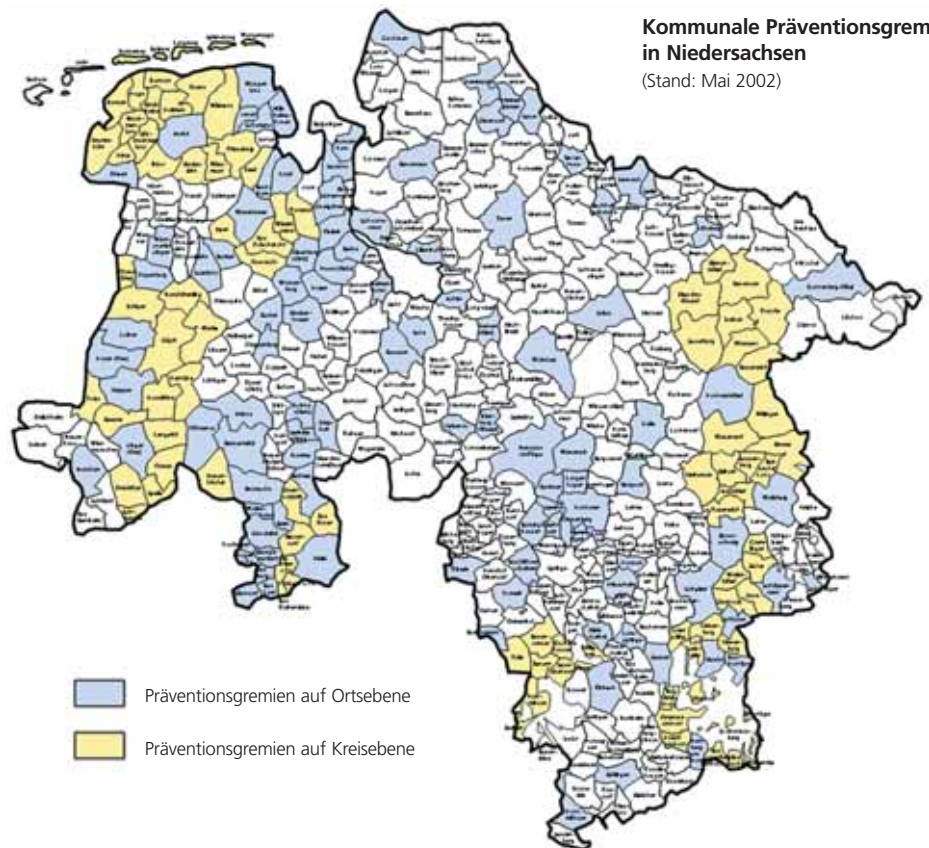


Die Delmenhorster Seniorensicherheitsberaterinnen und Seniorensicherheitsberater bei einem Aufbaueminar in der Feuerwehrschule in Celle

Prävention durch Kooperation

In Deutschland haben sich verschiedene Formen der Zusammenarbeit entwickelt, um mehr Sicherheit und Ordnung in den Städten und Gemeinden und damit mehr Lebensqualität für die Menschen zu schaffen. Begriffe wie Runde Tische, Kriminalpräventive Räte, Sicherheitspartnerschaften, Sicherheitsnetzwerke oder Ordnungspartnerschaften umschreiben die Vielfalt der möglichen Kooperationsformen. In Niedersachsen sind es über **120 kriminalpräventive Gremien**, die verschiedene Ansätze und Projekte zur Vorbeugung von Kriminalität auf kommunaler Ebene koordinieren, neue Projekte anregen und für einen kontinuierlichen Informationsaustausch sorgen. Auf der Grundlage des **Sicherheitspartnerschafts-Erlasses des Niedersächsischen Innenministers** von 1998 unterstützt die Polizei die Gründung von örtlichen und regionalen Präventionsräten.

Der Schlüssel liegt im **netzwerkartigen Zusammenwirken von lokalen Akteuren**. Auf freiwilliger Basis werden alle relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte einbezogen; angesprochen sind: Bürgerinnen und Bürger, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, städtische Ämter, die Oberstaatsanwaltschaft, die Polizei, die Gleichstellungsbeauftragte, der Ausländerbeirat, das Ausländerreferat, der Stadtjugendring, die Wohnungswirtschaft, Gemeinschaften des Handels, Handwerksunternehmen,



Gewerbetreibende, Verkehrsunternehmen, Kirchengemeinden, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Schülervertretungen und Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Vereine. Ein wichtiger Kooperationspartner sind die Wohnungsunternehmen, damit vermehrt auch Projekte zur Erhöhung der Sicherheit in Wohnquartieren durchgeführt werden können.

Auf Kabinettsbeschluss der niedersächsischen Landesregierung wurde 1995 **der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)** ins Leben gerufen. Der Landespräventionsrat berät bei der Einrichtung kriminalpräventiver Räte auf örtlicher Ebene und unterstützt die praktische Arbeit bereits tätiger Präventionsgremien. Zu den weiteren Aufgaben des LPR gehören die Beratung der Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen, die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Analyse der Entwicklung überörtlicher Kriminalität und ihrer Entstehungsbedingungen.

Ansprechpartner:
 Landespräventionsrat Niedersachsen
 Niedersächsisches Justizministerium
 Erich Marks, Susanne Wolter, Bernd Strauch
 (Geschäftsführung)
 Podbielskistraße 160/160a
 30177 Hannover
 Tel. 0511/106-3254
 Informationen unter
www.kriminalpraevention.niedersachsen.de

Stellungnahme Susanne Wolter, Stellvertretende Geschäftsführerin des Landespräventionsrates Niedersachsen

In der Regel haben lokale Einrichtungen, Vereine, Verbände, etc. gute Kontakte in das gesellschaftliche Umfeld eines Stadtquartiers. Durch den Aufbau von Stadtteiltreffs, „Runden Tischen“, örtlichen Präventionsgremien, die durch eine regelmäßige gemeinsame Arbeit in den Stadtteil hineinwirken, können soziale Kontakte verbessert und Ängste vor Kriminalität verringert werden. Berücksichtigt werden sollten hier vor allem Hilfestellungen für ältere Menschen, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Stadtquartier, die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge – insbesondere für Kinder und Familien – die Stabilisierung und Auflösung problematischer Wohnquartiere, die Verbesserung der Kommunikation im multikulturellen Bereich und eine Einbindung lokaler Unternehmen bei Veränderungen im Stadtquartier. Eine gezielte Wohnumfeldverbesserung bedeutet vor allem eine Veränderung des Angebotes für Kinder und Jugendliche. Neben den ‚normalen‘ kommunalen Angeboten – z.B. Betreuungsplätze in Kindertagesstätten – sollten eine Vielzahl von Maßnahmen für Jugendliche in den Stadtteilquartieren durchgeführt werden.



Kooperation von Polizei und Bauverwaltung

Die Polizei hat aus ihrem gesetzlichen Auftrag der Gefahrenabwehr heraus eine führende Rolle als Träger kriminalpräventiver Aktivitäten. In Niedersachsen informieren die polizeilichen Beratungsstellen und die Beauftragten für Kriminalprävention über Kriminalität hemmende Verhaltensweisen und über technische Sicherungsmöglichkeiten. In Informationsbroschüren, Veranstaltungen und persönlichen Beratungsgesprächen erhalten Interessierte praktische Sicherheitshinweise. Darüber hinaus engagiert sich die Polizei an Runden Tischen, in Kriminalpräventiven Räten oder in Facharbeitsgruppen. In den meisten Kommunen sind solche Gremien die Schnittstellen für eine Zusammenarbeit von Polizei und Bauverwaltung. Erste Ansätze, die Präventionsbeauftragten der Polizei regelmäßig zu Planungsbesprechungen der Stadtplanung einzuladen, gibt es in Osnabrück.

Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen

Im August 1993 veröffentlichte das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen den Runderlass „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“. Das (damalige) Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr gab den Städten und Gemeinden im Jahr 1994 die Empfehlung, die Polizeibehörden bei städtebaulichen Planungen zu beteiligen. Auf dieser Grundlage hat sich in Düsseldorf der Arbeitskreis „Vorbeugung und Sicherheit“ gebildet; er arbeitet als „Kriminalpräventiver Rat“ fachübergreifend. Mit der Berücksichtigung kriminalpräventiver Belange im Städtebau beschäftigt sich dort die Projektgruppe „Sicheres Wohnen“. Die Projektgruppe erarbeitete einen Vorschlag zur Umsetzung „Städtebaulicher Kriminalprävention“. Anfang 2001 beschloss die Verwaltungskonferenz als höchstes Verwaltungsgremium der Landeshauptstadt Düsseldorf die vorgeschlagene Verfahrensweise mit der Absicht, bereits im Planungsstadium von Bau- und Umbaumaßnahmen, kriminalpräventive Sicherheitsaspekte zur Berücksichtigung zu bringen:

Vermittlung von Sicherheits-Fachwissen: Das Team des Kommissariats Vorbeugung bietet Informationsveranstaltungen für Planungsamtsleiter und für Planungssachbearbeiter zu Fragen städtebaulicher Kriminalprävention an. Als Arbeitsgrundlage dient der vom Landeskriminalamt NRW entwickelte Ratgeber „Städtebauliche Kriminalprävention“ (siehe Quellenverweise).

Beteiligung im Rahmen der Bauplanung: Bei der Beteiligung in Bebauungsplanverfahren ergeben sich vor allem Rückfragen zu den Möglichkeiten technischer Prävention gegen Einbruch und Diebstahl. Darüber hinaus lassen sich Investoren auch über städtebauliche Gestaltungsaspekte beraten, die als kriminalpräventiv gelten. Die Sicherheitsexperten der Polizei werden außerdem in



Plan des Baugebiets „Rather Kreuzweg“ in Düsseldorf: Die Projektgruppe „Sicheres Wohnen“ regte beim Investor erfolgreich an, Durchgänge und Wegeführungen aus Gründen der Kriminalitätsprävention anders als ursprünglich vorgesehen zu planen (rote Markierungen).

Projektgruppe „Sicheres Wohnen“ in Düsseldorf



Verfahren des Amtes für Verkehrsmanagement (U-Bahn-Linien, Bahnhöfe etc.) und in städtebauliche Wettbewerbe eingebunden.

Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht:

In enger Kooperation mit dem Bauamt erfolgt eine Prüfung der vorgelegten Bauanträge im Hinblick auf Möglichkeiten der Prävention durch Verbesserung der technischen Sicherung und der Gestaltung des Wohnumfeldes. Bei größeren Baumaßnahmen werden die Bauantragsteller vom Kommissariat angeschrieben und auf die Möglichkeit einer kriminalpräventiven Beratung hingewiesen.

Ansprechpartner:

Polizeipräsidium Düsseldorf
 Erster Kriminalhauptkommissar Kurt-Peter Schnabel
 Kriminalhauptkommissar Dietmar Otto Wörz
 Kriminalkommissariat Vorbeugung
 Jürgensplatz 5-7
 40219 Düsseldorf
 Tel. 0211/870-5151 bzw. 870-6866

Polizeiinspektion Osnabrück-Stadt
 Kriminaldirektor Ernst Hunsicker
 Zentraler Kriminaldienst
 Kollegienwall 6-8
 49074 Osnabrück
 Tel. 0541/327-3001

Informationen unter www.polizei.niedersachsen.de

Sportangebote gegen Vandalismus



Mitternachtssport in Delmenhorst

Der **Mitternachtssport** wurde in den Ghettos von New York eingesetzt, um junge Menschen nachts von den Straßen zu holen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich sinnvoll zu beschäftigen. Damit wurden Kriminalität und Vandalismus vorbeugend bekämpft. In Deutschland wurde der Mitternachtssport 1995 eingeführt. Mittlerweile bietet fast jede Kommune zu den Wochenenden Sportangebote am Abend an. Sie reagieren damit auf das **veränderte Freizeitverhalten junger Menschen**, die Zeiten ab 22.00 Uhr bis in die frühen Morgenstunden für gemeinsame Unternehmungen bevorzugen. Kostengünstige Freizeitangebote in diesen Zeiten sind für Jugendliche attraktiv und bieten eine Alternative zum ziellosen ‚Herumhängen‘ auf der Straße. Neben dem Spaß, den Bewegung mit sich bringt, ist Sport auch ein hervorragendes **Lern- und Erlebnisfeld**. Der Sport führt zu einer Stärkung der eigenen Kompetenzen, die Jugendlichen lernen eigenständiges Handeln, Selbständigkeit und Verantwortung für den anderen mit zu tragen.

Ergebnisse von Befragungen unter Jugendlichen unterstreichen immer wieder ihr hohes Interesse an Sportangeboten. Weil nicht alle Kinder und Jugendliche sich über Vereine oder organisierte Veranstal-

tungen erreichen lassen, muss es auch **offene Sport- und Freizeitangebote** in den jeweiligen Wohngebieten geben. Öffentliche Flächen, die den jungen Menschen je nach Altersstufe auch verschiedene Möglichkeiten des „Sich Treffens“ und „Sich Austobens“ bieten, sind dafür besonders geeignet:

- **Spielflächen für Kinder** mit Spielhügel, Sandkasten und Kletterburg
- **Sichtgeschützte Bereiche**, wo Jugendliche sich ungestört treffen können
- **Bolzplätze, Streetballanlagen, Sportflächen mit Basketballkörben und Fußballtoren**, die so geschützt sind, dass Anliegerfamilien nicht durch Lärm oder Bälle im Garten belästigt werden
- **Schulgelände**, deren Grün- und Spielflächen auch am Nachmittag für alle nutzbar sind
- **offenes Gelände als Aktions- und Spielräume**, wo Kinder und Jugendliche ihre spielerischen Experimente und unkontrollierten Erfahrungen machen können.

Ansprechpartnerin:
Kriminalpräventiver Rat Delmenhorst
Angelika van Ohlen
Lange Str. 1a
27749 Delmenhorst
Tel. 04221/992519

Dr. Dagmar Schlapeit-Beck, Sozialdezernentin der Stadt Göttingen



In Göttingen haben die Integrationsbedarfe bei Kindern und Jugendlichen aus deutschen Familien mit hohem Armutsrisiko, bei ausländischen Jugendlichen und vor allem bei Aussiedlerjugendlichen zugenommen. Hier werden niedrigschwellige Angebote benötigt, um Ausgrenzungen zu vermeiden, Ansprechmöglichkeiten zu schaffen und interkulturelle Begegnung zu ermöglichen. Ansätze bietet u.a. das Präventions- und Integrationsprogramm (PRINT) mit Angeboten in der Hauptschule zur Erreichung des Schulabschlusses und der beruflichen Orientierung. Ebenso haben wir mit „moon-sport“ (Basketball, Breakdance, Inline-Hockey) gut frequentierte Angebote geschaffen. Daneben sind auch flexible Angebote mit spezifischen Zugängen für Mädchen erforderlich. Hier haben wir mit Theaterworkshops, Sprachkursen, interkulturellem Kochen, gesundheitlicher und sexueller Aufklärung viele junge Frauen erreichen können. Neben diesen Projekten bieten städtische Kinder- und Jugendhäuser sowie verschiedene Freie Träger der Jugendhilfe dezentrale intrakulturelle, d.h. die jeweilige Sprache und Kultur unterstützende Angebote für Jugendliche in den Wohnquartieren an. Die Einbeziehung von Jugendlichen in örtliche Beschäftigungsprojekte (z.B. Malerarbeiten, Gartenbau, Internet-Café), die der Aufwertung und Belebung des Stadtteils dienen, hat sich bewährt. Attraktive Spielplätze und Freiraumangebote integrieren Migrantenfamilien, ohne dass die jugendlichen Migranten ausschließlich als Störende erlebt werden.

Integrationsprojekte

Seit Anfang der 90er Jahre findet in Niedersachsen ein verstärkter Zuzug von Familien aus den ehemaligen GUS-Staaten statt. Da in der Regel nicht alle Familienmitglieder die deutsche Sprache beherrschen, wird die Integration in das Gemeindeleben durch sprachliche Barrieren erheblich erschwert. Hinzu kommen Konflikte mit Jugendlichen, die durch Sachbeschädigungen oder wegen starken Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit auf- und missfallen. Viele Kommunen haben auf diese Entwicklungen reagiert und präventive Projekte ins Leben gerufen, die darauf zielen, den Kindern und Jugendlichen die Integration zu erleichtern.

Integrationsprojekte der Stadt Hessisch Oldendorf: Kinder und Jugendliche von Zuwanderern aus den ehemaligen GUS-Staaten und von türkischen Familien sollen gezielt gefördert werden. Es wurden **zwei Integrationsfachkräfte** mit Migrationshintergrund für die **Sprachförderung im Kindergarten und in der Schule** eingestellt. Angeboten werden auch sportliche Aktivitäten und Ferienprojekte. Darüber hinaus wenden sich die Integrationsfachkräfte an die Eltern der Kinder und Jugendlichen. Die Integrationsfachkräfte übernehmen z.B. Übersetzungsdienste und begleiten Familienmitglieder auch bei Behördengängen oder an Elternsprechtagen.

Gifhorer Integrationsprojekt (GIP): In einem Stadtteil, der überwiegend von Zuwanderern aus den ehemaligen GUS-Staaten bewohnt wird, können die Jugendlichen in einem Raum Karten spielen, fernsehen oder sich anderweitig beschäftigen. Außerdem erhalten sie hier Unterstützung,



Das TV-Studio in der Kasseler Siedlung



Integrationsprojekt in Hessisch Oldendorf: Die Kinder einer Grundschule in Hessisch Oldendorf haben große Pause und „erholen“ sich auf dem Klettergerüst vom sprachlichen Förderunterricht.

um z.B. Bewerbungen und Lebensläufe zu erstellen oder wenn sie ein Gespräch suchen, um über Alltagsorgen oder Probleme mit der Ausbildung zu sprechen. Das Mitarbeiterteam des GIP fährt auch in das **Stadtgebiet** und besucht die Jugendlichen auf Spielplätzen, Schulhöfen, Parkplätzen und anderen bekannten Treffpunkten. Es entstehen „belastbare“, vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Jugendlichen und den Mitarbeitern, so dass die Jugendlichen wissen, wo sie bei Bedarf jeder Zeit Ansprechpartner für ihre Probleme finden. Mittlerweile ist das Team des GIP zu einer festen Größe in der Stadt nicht nur bei den Jugendlichen geworden. Vielmehr **werden sie immer häufiger als Vermittler und Streitschlichter** auch von Erwachsenen angefordert, wenn es Konflikte mit Jugendlichen gibt.

Integration durch Kunstprojekte

Ein innovatives Modell zur Integration randständiger und verhaltensauffälliger Jugendlicher fand während der Kunstausstellung Documenta 11 in Kassel statt. In der Friedrich-Wöhler-Siedlung im Kasseler Norden hat der Künstler Thomas Hirschhorn zusammen mit arbeitslosen Jugendlichen das „Bataille-Monument“ als Außeninstallation errichtet. Es handelt sich um eine Ansammlung von Hütten, die in den Grünanlagen zwischen den Wohnblocks verteilt sind. Ein improvisiertes TV-Studio des „Offenen Kanals“, ein

Ausstellungsgebäude, eine Bibliothek, eine Döner-Bude und eine Skulptur sind durch eine bunte Lichterkette miteinander verbunden. Rund 50 Jugendliche aus der Siedlung waren beim Aufbau und beim Betrieb beteiligt. Den typischen Verwahrlosungstendenzen im Quartier wurde vorgebeugt, indem die Jugendlichen (teilweise gegen Honorar) zum Beispiel das TV-Studio verantwortlich betreiben, dort Vorträge über Dinge halten, die ihnen wichtig sind (z.B. Boxen), den Döner- und Getränkeverkauf organisieren, ihre eigenen Videos und Bücher an die Bataille-Bibliothek ausgeliehen haben und dort in den Lesezeiten die Aufsicht führen. Der kriminalpräventive Integrationseffekt stellt sich über diese aktive Einbindung und über die Anerkennung durch das kunstinteressierte Publikum her, das die Siedlung im Rahmen der Documenta 11 besucht hat.

Ansprechpartner:
 Stadtjugendpflege Hessisch Oldendorf
 Stephanie Wagener
 Kirchplatz 4
 31840 Hessisch Oldendorf, Tel. 05152/782-156

Stadt Gifhorn
 Erster Stadtrat Walter Lippe
 Dezernat II
 Marktplatz 1
 38518 Gifhorn, Tel. 05371/88-0

GWH – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft
 mbH Hessen
 Stefan Bürger
 Theaterstraße 1
 34117 Kassel, Tel. 0561/9377-0

Quellenverweise

Fotos

S. 5: The Battle for public housing, Chicago Tribune, 1996; Newman, Oscar: Creating Defensible Space. Center for Urban Policy Research: Rutgers University, 1996
S. 11: Phoenix Neighborhood Services Department, September 2001, S. 3; http://www.floa.org/Community/neighborhood_watch.htm (05/2002); <http://www.nyselfhelpguide.org/tips/tip1001952982-25379.html> (05/2002)
S. 25: Stadt-sanierungsamt Tübingen
S. 36: Foto C. Kuthe; Isometrie und Gebäudeansicht entnommen bei Tornow, Britta 1994
S. 38: <http://www.mainitz.de> (05/2002), H. Schubert
S. 41: Kinderstadtplan Lüneburg von Stadt Lüneburg, H. Schubert
S. 43: Foto „Offene Jugendarbeit im St. Jacobi – Jugendkeller“ von der Braunschweiger Bau-genossenschaft eG, H. Schubert
S. 48: Präventionsrat Delmenhorst
S. 49: Stadtjugendpflege Hessisch Oldendorf, H. Schubert
Übrige Seiten: H. Schubert

Literatur

Alexander, Christopher / Sara Ishikawa / Murray Silverstein / Max Jacobson / Ingrid F. King / Shlomo Angel: Eine Muster-Sprache (A Pattern Language) – Städte, Gebäude, Konstruktion. Löcker: Wien, 1995 (amerikanisches Original: 1977)
Allpass, John: The design program for Sibeliusparken, Copenhagen 1994 (Original in Dänisch)
Baumgart, S. / H. v. Seggern u.a.: Frauengerechte Stadtplanung. Ein Beitrag zu einer „gender sensitive“-Planung der Stadt. Schriftenreihe Forschung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 498, Bonn, 1996
Beck, D. / B. Müller / U. Painke: Gewaltfreie Nachbarschaftshilfe. Kreatives Eingreifen in Gewaltsituationen und gemeinschaftliche Prävention fremdenfeindlicher Übergriffe. Ein Handbuch für die Praxis. Minden, 1994
Brossman, Renae / Ann Choi / Steve Daniel / David Pio: East St. Louis Action Research Project. University of Illinois at Urbana-Champaign; [URL http://www.eslarp.uiuc.edu/la/LA338-S01/groups/b/Evolution1.html](http://www.eslarp.uiuc.edu/la/LA338-S01/groups/b/Evolution1.html) (05/2002)
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Nutzungsmischung im Städtebau. Endbericht. Werkstatt: Praxis, Nr. 2/2000, Bonn 2000
Bundesstiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention: [URL http://www.forum-kriminalpraevention.de](http://www.forum-kriminalpraevention.de)
Coester, Marc u.a.: Kriminologische Analyse empirisch untersuchter Präventionsmodelle aus aller Welt. 61 Studien im Überblick. In: Rössner, Dieter u.a., Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, 2 Bände, bearbeitet vom Institut für Kriminalwissenschaften und vom Fachbereich Psychologie / Sozialpsychologie der Philipps-Universität Marburg in Zusammen-

arbeit mit Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg und Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung e. V. Berlin, Typoskript, Marburg, Düsseldorf, August 2001, S. 194-264

Community Policing: URL http://www.bka.de/vorbeugung/community_policing_projektbericht_1997/community_policing_projektbericht_1997-2.html (05/2002)

Crime Prevention through Environmental Design: URL <http://www.cpted-watch.com/introduction.htm> (05/2002); European Designing Out Crime Association E-DOCA: URL <http://www.e-doca.net/> (07/2002)

Crouch, Steve / Shaftoe, Henry / Fleming, Roy : Design for Secure Residential Environments. London, Englemere, 1999

Crowe, Timothy: Prevention Through Environmental Design, 2000, Butterworth-Heinemann
Flade, A. u.a.: Die sichere Stadt. Institut Wohnen und Umwelt, 2. Auflage, Darmstadt, 1997

Fleissner, Dan / Fred Heinzelmann: Crime Prevention Through Environmental Design and Community Policing, NIJ Research in Action, 1996

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg: Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention. Villingen-Schwenningen: Fachhochschule Villingen-Schwenningen / Hochschule für Polizei, ohne Jahresangabe

Gardner, Robert A.: Crime Prevention through Environmental Design, URL <http://www.protect-mgmt.com/library/cpted.html>

Geason, Susan / Paul R. Wilson: Designing out crime: Crime prevention through environmental design (Crime prevention series) (1989 Australian Institute of Criminology); URL <http://www.aic.gov.au>

Hawighorst, Christine / Wolf, Udo: Angst vor Wohnungseinbrüchen. Setzen von Sicherheitssignalen in besonders belasteten Wohngebieten im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention. In: Die Polizei, Heft 5/2002, S. 145- 150

Hess, Henner: New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben: Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., (1996) H. 3, 179ff.

Hildebrand, Reiner / Gert Wittmoser: Lüneburg: Spielen in der Stadt. – Konzepte für eine neue Raumstruktur. In: Spielraum und Freizeitwert, Heft 1, 1995, S. 28-52

Hillier, Bill / Shu, Simon: Do Burglars understand defensible Space? New evidence on the relation between crime and space. URL <http://www.spacesyntax.com/housing/BillCrimePaper/BillCrimePaper.html> (05/2002)

Hunsicker, Ernst: Das ressortübergreifende Präventionsmodell Osnabrück. Initiativfunktion von Seiten der Polizei. In: Kube, Edwin / Schneider, Hans / Stock, Jürgen (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität. Wiesbaden 1996, S. 189-210

Hunsicker, Ernst / Bruns, Bernhard / Oevermann, Martin / Ratermann, Martin: Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück 1996/97 zum Thema „Mehr Sicherheit für uns in Osnabrück“ - Osnabrück 1998

Jacobs, Jane: The Death and Life of Great American Cities. Penguin Books, Hammonds-worth, 1961 (dt.: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. 3. Auflage, Braunschweig, Wiesbaden, 1993)

Jäger, Joachim: Kommunale Kriminalprävention aus der Sicht der Polizei oder Wie lässt sich Versäumtes (schnell) nachholen? In: Kube, Edwin / Schneider, Hans / Stock, Jürgen (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität. Wiesbaden 1996, S. 35-43

Jeffery, C. Ray: Crime Prevention through Environmental Design. Beverly Hills, CA: Sage, 1971

Kitchen, Ted / Richard Schneider: Planning for Crime Prevention: Trans-Atlantic Perspectives on Defensible Space, 2001

Kjeldsen, Marius: Industrialized Housing in Denmark, Copenhagen 1988; DAB, Heft 10, S. 1575, 1991

Kohl, Andreas: „Veilig Wonen“ – erfolgreiche Einbruchsprävention in den Niederlanden. Kriminalistik, Heft 11, S. 752-756, 2000

Korthals Altes, H.J. / Woldendorp, Tobias: Handboek Politiekeurmerk Veilig Wonen. Stuurgroep Experimenten Bolkshuisvesting, Rotterdam 1994

Kriminalpräventiver Rat der Stadt Delmenhorst / Polizei Delmenhorst: Sicherheitsberater für Senioren (SfS). Informationsschrift

Krings-Heckemeier, Marie-Therese / Heckenroth, Meike: Sozialmanagement in überforderten Wohnquartieren. Artikel für vhw Forum Wohneigentum. Empirica Projektnummer 1004, Berlin 2000

Kürpick, S. / M. Murböck: Kriminalprävention in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund, 1997

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Städtebauliche Kriminalprävention. Ein Ratgeber für die Praxis. Das Nachschlagewerk richtet sich an polizeiliche Fachberaterinnen und Fachberater der Kommissariate Vorbeugung; wird ständig aktualisiert

Laue, Christian: Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten? In: Rössner, Dieter u.a.: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Eine Sekundäranalyse der kriminalpräventiven Wirkungsforschung, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, Band 2, bearbeitet vom Institut für Kriminalwissenschaften und vom Fachbereich Psychologie / Sozialpsychologie der Philipps-Universität Marburg in Zusammenarbeit mit Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg und Gesellschaft für praxisorientierte Kriminalitätsforschung e. V. Berlin, Typoskript, Marburg, Düsseldorf, August 2001, S. 333-436

Lee-Sammons, Lynette / Jürgen Stock: Kriminalprävention. Das Konzept des „Community Policing“ in den USA. In: Kriminalistik, Heft 3/93, S. 157-162

Leow, Willy: Von New York lernen, heißt siegen lernen?, Auszug aus - kassiber 33 - November 1997, URL http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_33nym3.htm

McElroy, Jerome E. u. a.: Community Policing – The CPOP in New York. SAGE Publications. Newbury Park 1993

National Crime Prevention Council der USA, URL <http://www.ncpc.org/2add4dc.htm>

Neighborhood Watch: URL <http://www.usaonwatch.org/history.asp>; <http://www.bgky.org/organizingnw.htm>; <http://www.bgky.org/neighborhodwatch.htm>; <http://www.bgky.org/nwhistory.htm> (05/2002)

Newman, Oscar: Defensible Space. New York, Macmillan Company, 1972

Newman, Oscar: Crime prevention through town-planning and architecture, International comparison, synopsis and outlook in the United States. In: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Städtebau und Kriminalität / Urban Planning and Crime, Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden, 1979, S. 103-134

Newman, Oscar: Community of Interest. Garden City, New York: Anchor Press / Doubleday, 1980.

Newman, Oscar: Creating Defensible Space. Center for Urban Policy Research. Rutgers University, 1996; als PDF-Datei über URL <http://www.huduser.org/publications/pdf/def.pdf>; Ansicht im HTML-Format: URL <http://www.defensiblespace.com/book.htm>

Niederländisches Prüfkennzeichen

„Sicheres Wohnen“: Informationen unter www.veiligwonen.nl und www.politiekeurmerk.nl; Expertisecentrum Woningcriminaliteit, Postfach 219, 2501 CE Den Haag/Niederlande; Europäisches Zentrum für Kriminalprävention, Kautenstege 10, 48565 Steinfurt

Niedersächsischer Innenminister: Einrichtung kriminalpräventiver Räte auf Landes- und örtlicher Ebene. Kabinettsvorlage vom 18.09.1995, Hannover

Niedersächsischer Innenminister: Polizeiliche Kriminalprävention in Niedersachsen. RdErl. 23/24 - 12197. In: Nds. Mbl. Nr. 30, S. 1139-1140, Hannover, 1997

Niedersächsischer Innenminister: Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und zur Erhöhung des individuellen Sicherheitsgefühls der Bevölkerung - Partnerschaft für mehr Sicherheit in unseren Städten. RdErl. 24/23/21 - 12300, Hannover, 1998

Niedersächsisches Ministerium für

Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit: Sicherheit planen und gestalten – Realisierung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Kriminalprävention durch Leitbilder und Verfahren, Hannover, 2004

Oberste Baubehörde im Bayerischen

Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Sozialarbeit in der bayerischen Wohnungswirtschaft. Arbeitsblätter zum Wohnungsbau 2; Verfasser: InWIS Bochum 1999; URL http://www.wohnen.bayern.de-soz_manag-dokument-arb_bl_sozialarbeit.pdf

Painke, Uwe: Ein Stadtteil macht mobil – Neighborhood Safety in den USA, Lit: Münster, Hamburg, London, 2001

Pilz, Gunter: Mitternachtssport: Medienwirksames Spektakel oder Beitrag zur Gewaltprävention; URL <http://www.sportstattgewalt.de>

Pohlmann-Rohr, Birgit: Sichere Stadträume – auch für Frauen. Berücksichtigung von Sicherheitskriterien in der kommunalen Bauplanung. In: Kube, Edwin / Hans Schneider / Jürgen Stock (Hrsg.): Vereint gegen Kriminalität. Wege

der kommunalen Kriminalitätsprävention in Deutschland. Schmidt-Römhild: Lübeck u.a., 1996, S. 231-259

Präventionsrat der Stadt Lingen (Ems)/

Manfred Tücke: Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Möglichkeiten der Prävention in einer Mittelstadt. Regionale kriminologische Analyse der Stadt Lingen (Ems). Lengerich 2000

Preis, U. / Pohlmann-Rohr, B.: Für eine Stadt ohne Angsträume. Planungsleitfaden für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund, 1995

Protze, Käthe: Freiräume im Alltag von Frauen. Handreichung zur Sicherung von Handlungsmöglichkeiten für Frauen im Rahmen des Städtebaus und der Freiraumplanung; hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover 2000

Riege, Marlo / Schubert, Herbert: Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Leske+Budrich, Opladen, 2002

Schlüter, Gottfried: Pruitt-Igoe – Die Dritte.

In: Wolkenkuckucksheim, Internationale Zeitschrift für Theorie und Wissenschaft der Architektur, 2. Jg., Heft 1, Mai 1997; URL http://www.theo.tu-cottbus.de/wolke/deu/Themen/971/schlueter/schlueter_t.html (Lehrstuhl Theorie der Architektur, Technische Universität Cottbus)

Schubert, Herbert: Städtischer Raum und Verhalten. Zu einer integrierten Theorie des öffentlichen Raumes. Leske+Budrich, Opladen, 2000,

URL <http://www.sozial-raum-management.de>

Schulting, Heinz: Präventionsplakette: Chancen für Polizei und Handwerk. Ein Pilotprojekt der Kreispolizeibehörde Gütersloh. In: Die Kriminalprävention, Zeitschrift des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention, Heft 4, S. 125-128, 2001

Soomeren, Paul van / Tobias Woldendorp:

Kriminalitätsprävention und Sicherheit im öffentlichen Raum in den Niederlanden. URL <http://www.dsp-advies.nl>; http://www.e.doca.net/content_resources.htm (07/2002)

Stummvoll, Günter: CPTED Kriminalprävention durch Gestaltung des öffentlichen Raumes. Institut für Höhere Studien, Wien. URL http://www.e.doca.net/content_resources.htm (07/2002)

Stadt Lüneburg: Spielen in Lüneburg. Kinder-Stadtplan. Lüneburg, 2000

Stadt Delmenhorst: Kriminologische Regionalanalyse - Die Kriminalitätsentwicklung 1987 – 1999. Delmenhorst 2001

Stadt Garbsen / Polizei Garbsen: Kriminologische Regionalanalyse Garbsen 2000. Garbsen 2002

Stadtsanierungsamt Tübingen: Stadt mit Eigenschaften. Städtebaulicher Entwicklungsbereich „Stuttgarter Straße/Französisches Viertel“, Tübingen 1999

Stadtsanierungsamt Tübingen: Tübinger Südstadtentwicklung. Grundlagen – Konzeption – Umsetzung, 2002

Tillner, S. / K. Licka: Richtlinien für eine sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume. Herausgegeben von der Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegen-

heiten der Stadt Wien (Frauenbüro), Wien, 1995

Tornow, Britta (Hrsg.): Neuer Wohnungsbau in Dänemark. Beispiele aus dem Raum Kopenhagen. Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich III (Städtebau, Stadtökologie und Wohnungswesen) 1994

Vaarkamp, Adrie: Die Einführung des Gütezeichens „Sicheres Wohnen“ („Veilig Wonen“) in den Niederlanden. In: Die Kriminalprävention, Zeitschrift des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention, Heft 5, S. 166-171, 2001

Verband der Wohnungswirtschaft in

Niedersachsen und Bremen e.V. (Hrsg.): Kriminalprävention und Sicherheit in Wohnanlagen. Hannover 1998

Weber, Lutz: Familien- und Frauengerechtes Wohnen bei einer Wohnungsbaugenossenschaft. In: vdw-Dokumentation „Wohnen und Bauen aus der Sicht von Familien und Frauen“, S. 38-41, vdw Niedersachsen Bremen, 1998

Wilson, James W. / George L. Kelling:

Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., (1996), H. 2, S. 121ff (Übersetzung des Originalartikels „The police and neighborhood safety: Broken Windows“ aus „The Atlantic Monthly“, März 1982; URL <http://www.theatlantic.com/politics/crime/windows.htm>)

Wittmoser, Gert: Planung von Spielräumen.

In: Das Gartenamt, Heft 3/1994, S. 152-156

Zaiser, Steffen: Community policing – auch in Deutschland anwendbar? URL <http://www.dpolg.com/Archiv/deleg99/compmpoli.htm>;

Herausgegeben vom
Niedersächsischen Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie
und Gesundheit
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
www.ms.niedersachsen.de

Erarbeitet durch
Prof. Dr. Herbert Schubert, Köln
Dipl.-Geographin Angela Schnittger, Hannover
im Auftrag des
Niedersächsischen Ministeriums
für Inneres und Sport

Gestaltung: Ilona Bock, Hannover

3. aktualisierte Auflage, August 2005

Diese Broschüre darf, wie alle Publikationen
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.